

40
Merc.
33^m

40 Meri. 33^m

G. p. Sullivan

40 Meri. 33^m

Gn/sulting.

DIE NEUE GESTALTUNG

DER

GELD- UND CREDIT-VERHÄLTNISSE

IN

ÖSTERREICH.

WIEN, 1855.

WILHELM BRAUMÜLLER,

K. K. HOF-BUCHHÄNDLER. *B.*

R. 3.



WIEN, 1832.

WILHELM BRUNNEN

K. K. Hofbibliothek

Die Massregeln, welche bestimmt sind, der Finanzverwaltung Oesterreichs eine neue Ordnung zu geben, haben jetzt eine definitive Gestalt gewonnen. Es liegt in der Natur solcher Massregeln, dass sich zuerst dasjenige gleichsam herauslöst aus den Verhältnissen und Bestrebungen, was man das herrschende Princip derselben nennt, und dass erst, wenn dieses sich Anerkennung verschafft hat, zur Ausführung im Einzelnen übergegangen wird. Wir behalten uns vor, seiner Zeit diese einzelnen Punkte genauer zu betrachten. Jenes Princip selbst aber greift so tief in alle Verhältnisse hinein, und hat eine so ausserordentliche Tragweite, dass es sich in der That der Mühe lohnt, es in seinem ganzen Umfange in's Auge zu fassen.

Wir halten vor allen Dingen dabei an einem Satze fest. In einer Zeit, wie der unsrigen, darf es für eine Macht, welche die Stellung einer Grossmacht einnimmt, keine Dimensionen geben, die zu gross für die Auffassung ihrer Stellung und ihrer Verhältnisse wären. Für eine Grossmacht kann nur das, was an diesen höchsten Standpunkt hinanreicht, zugleich einen dauernden und einen allgemeinen Werth haben. Das gilt für die äussere Politik, das gilt für Verfassung und Verwaltung, das gilt auch für die Finanzen. Die Finanzen sind die materiellen Bedingungen für die Verwirklichung der geistigen Forderungen, welche das Wesen einer solchen Macht beständig auf's neue an dieselbe stellt. Die Möglichkeit mit jenen zu vollziehen, was diese vorschreiben, ist die Möglichkeit überhaupt, die Stellung zu erhalten, welche eine solche Macht besitzt. Die Schwäche jener Mittel, wie ihre Stärke, sind in solchen Fällen nicht bloss finanzielle Zustände, sondern sie werden zu mächtigen Factoren der Geschichte. Und in der That lässt es sich nicht verkennen, dass schon jetzt die höher stehende öffentliche Meinung in Europa alle grossen finanziellen Bewegungen wesentlich von diesem Gesichtspunkte aus auffasst.

Wir unsererseits stehen keinen Augenblick an, die Folgerungen dieser Sätze für Oesterreich im Allgemeinen, für die Gesammtheit der gegenwärtigen Massregeln im Besondern zu acceptiren. Wir meinen nicht der rein finanziellen Auffassung damit ihr eigenthümliches Recht zu beschränken. Im Gegentheil glauben wir, dass wir ihr nur den Weg bahnen zum Verständniss ihres Zusammenhanges mit den übrigen Elementen des Staatslebens, denn in der That ist es dieser Zusammenhang, der bei den meisten Berechnungen finanzieller Ereignisse nur zu oft gefährdet erscheint.

Man ist gewöhnt worden, finanzielle Massregeln ausschliesslich als Geldgeschäfte zu beurtheilen. Man ist daran gewöhnt worden, weil dieselben für die Hunderttausende von einzelnen Capitalisten, welche direct oder indirect sich daran betheiligen, wirklich nur Geldgeschäfte sind. Es gibt aber Zeiten, in denen die höhere Natur des Finanzwesens sich fast unwiderstehlich für jeden Denkenden Bahn bricht. Eine solche Zeit ist die gegenwärtige; und für Oesterreich insbesondere ist sie es in doppeltem Masse.

Versuchen wir es daher, in möglichster Kürze die allgemeine Lage der Dinge zu bezeichnen, aus welcher die gegenwärtigen Finanzmassregeln hervorgegangen sind, und durch welche sie verstanden werden müssen.

I.

Die bisherige Finanzlage Oesterreichs ist bekanntlich das Resultat einer Geschichte, die mit der ersten Noten-Emission unter Maria Theresia beginnt, und die sich in zwei grosse Epochen abtheilen lässt, welche ihrem Umfange nach zwar sehr verschieden, ihrem Inhalte nach aber sehr ähnlich sind. Wir werden aus der Finanzgeschichte dieser beiden Epochen hier nur so viel anführen, als nothwendig ist, um die neueste Ordnung der Dinge klar zu machen.

Die erste Epoche geht vom vorigen Jahrhundert bis zum Jahre 1848. Es ist viel über dieselbe geschrieben worden; man kann wohl sagen, dass wissenschaftlich und auch rechtlich die Resultate dieser Epoche als abgemacht und festgestellt anzusehen sind. Diese nun sind, so weit sie unseren Gegenstand betreffen, folgende:

Der Staat griff seit den grossen französischen Kriegen, um sein Deficit zu decken, zu dem Mittel der Zettel-Emission, was natürlich eine sehr grosse Entwerthung dieser Zettel zur Folge hatte. Um den verderblichen Einflüssen dieser Entwerthung ein Ende zu machen, errichtete er die Nationalbank, welche jene Staatsnoten gegen Banknoten einzog, zu dem festen Course von 250 zu 100 Banknoten, und dabei die Verpflichtung hatte, diese ihre Banknoten beständig gegen Silber einzutauschen, so dass diese ganze Operation in der That nichts anderes war, als ein Rückkauf der alten Zettel gegen neue mit Pari-Cours zu Silber.

Diese Verpflichtung konnte die Bank um so weniger aus eigenen Mitteln erfüllen, als die Grundlagen jener Operation keineswegs weder für den Staat günstig waren, noch auch eine richtig vertheilte Entschädigung für den durch die Werthlosigkeit der Staatszettel erlittenen Verlust enthielten. Der Staat war daher gezwungen Anlehen zu machen, und diese Anlehen ganz oder zum Theil der Bank zu überweisen, damit sie mit dem Betrage dieser Anlehen in der regelmässigen Einziehung der alten Zettel und der Tilgung der Zettelschuld fortfahren könne. Dies ist der Hauptgrund für die Entstehung

der einzelnen grossen und kleinen Anlehen, welche der Staat seit 1813 gemacht hat. Freilich war dabei auch stets das Deficit, in welchem sich die Finanzen befanden, mitwirkend, so dass meistens die Bank und die Finanzen sich in die Anlehen theilten.

Ohne auf das Einzelne einzugehen, was hier nicht von Wichtigkeit ist, bestand das Gesammtresultat dieser Operation in Folgendem:

Durch die Einziehung der alten entwertheten Zettel und Hinausgabe von Banknoten, die beständig eingewechselt werden konnten, ward das neue Papiergeld, eben diese Banknoten, mit Silber Pari gehoben.

Durch die Unterstützung der Bank von Seite des Staates vermöge seiner Anlehen ward die Staatsschuld bedeutend vermehrt.

Der Rest der Verpflichtungen gegen die Bank aus der Einlösung der alten Zettel ward zusammengefasst in eine Schuld des Staates an die Bank, und die Abzahlung dieser Schuld ward in regelmässigen bestimmten Raten auf die Staatseinkünfte angewiesen.

Um eine Vorstellung von der ungeheuren Aufgabe zu gewinnen, welche der österreichische Staat durch die Kriegszeit überkommen und die er seit 1816 mit einer grossartigen Consequenz gelöst hat, bemerken wir hier nur, dass die Schuld nicht weniger betrug als 678,700.000 fl. Wiener-Währung. Der Rest der Forderung der Bank für die durch sie bewirkten Einlösungen beträgt gegenwärtig noch circa 60 Millionen Gulden; die Summe der jährlichen, fest bestimmten Abzahlung ist steigend von 3 bis 5 Millionen. Die Raten werden regelmässig bezahlt, so dass dies ganze Geschäft als ein vollkommen geordnetes angesehen werden muss und seiner Abwicklung ohne alle Störung entgegen geht, mithin die erste grosse Epoche bis 1848 als abgeschlossen betrachtet werden kann.

II.

Die zweite Epoche beginnt mit dem Jahre 1848. Auch hier muss alles Einzelne einer besondern eingehenden Darstellung vorbehalten werden. Im Grossen und Ganzen aber ist auch diese Epoche sehr leicht verständlich, da sie ganz denselben Charakter wie die vorige hat.

Bei den furchtbaren Störungen, welche das Jahr 1848 in finanzieller Beziehung in ganz Europa brachte, entstand auch für Oesterreich die Nothwendigkeit, an Mittel für die Befriedigung der finanziellen Bedürfnisse zu denken. Für diesen Zweck gab es nur zwei Wege. Entweder man musste Anlehen contrahiren, oder man musste Zettel emittiren. Einen dritten Weg gab es nicht.

Es wird hier keiner Darstellung bedürfen, wesshalb man in jener Zeit, wo sich aller Capitalisten ein panischer Schreck bemeistert hatte, Anstand nahm, Capitalien zu suchen. Es ist wahr, dass die Emission von Zetteln zur Deckung der Staatsbedürfnisse durch das Sinken des Werthes dieser

Zetteln sehr theuer zu stehen kam. Es ist aber auch nicht zu übersehen, dass die Contrahirung von Anlehen nur unter Bedingungen hätte stattfinden können, die vielleicht noch schwerer gewesen wären. Es darf ferner nicht vergessen werden, dass die Noth, in welche die Bank damals kam, keineswegs bloss die Verhältnisse des Jahres 1848 zur einzigen Ursache hatte. Es ist im Gegentheil schon oft und mit allem Nachdruck darauf hingewiesen worden, wie das ganze Gebrechen der Wiener Bank, namentlich ihr Festhalten an einem Disconto von 4% zu einer Zeit, wo alle übrigen Banken Europas ihr Disconto auf 5 und sogar 6% erhöht hatten, dieselbe in eine höchst gefährliche Lage versetzt hatte. Schon Tegoborški hatte mit richtigem Blick und eingehender Sachkunde diesen Punkt in der Verwaltung des Disconto-Wesens der Bank nachdrücklich berührt, aber man hatte die Sache nicht für so bedenklich angesehen, und Niemand konnte eine Katastrophe, wie die von 1848 vorher für wahrscheinlich halten. Und noch wäre vieles vermieden worden, wenn man die Suspension der Zahlungen in Silber gleichzeitig mit der Pariser Bank angeordnet hätte. Aber man liess das Silber abfliessen, und schloss den Canal erst bei einer sehr gefahrdrohenden Ebbe. Die Folge war natürlich eine ernste Verwicklung der Bankverhältnisse, und diese ward noch tiefergehend, als man später auf den alten Weg zurückkam, das ausser den Banknoten im Reiche umlaufende Papiergeld des Staates wieder durch die Bank einlösen zu lassen.

Die Aufgabe war auch diesmal an sich genau dieselbe, wie in dem zweiten Jahrzehnt unseres Jahrhunderts. Man wollte ein Papiergeld — das Papiergeld der Bank — an die Stelle der vielfachen Papierscheine stellen, und dann die Bank in den Stand setzen, allmählich dies Bankpapier oder die Banknoten wieder gegen Silber einzulösen. Die Identität dieses Planes mit demjenigen der ersten Epoche musste natürlich im Wesentlichen auch die Identität der Mittel erzeugen. Und so sehen wir eine fast überraschende Gleichartigkeit in dem Verfahren der Finanzverwaltung der Bank gegenüber. Um der Bank die Mittel zur Aufnahme ihrer Zahlungen, das ist also zur Rückerstattung des in der Form der Reichsschatzscheine gemachten Anlehens zu geben, wurden drei grosse Massregeln ergriffen.

Die erste dieser Massregeln war die Emission der noch nicht ausgegebenen Bankactien, welche bekanntlich fast die Hälfte der ursprünglichen Summe von 100,000 betrug. Sie vermehrte allerdings das Capital der Bank, aber sie konnte auch nicht entfernt den gesteigerten Anforderungen der Finanzverwaltung an die Bank genügen.

Das zweite Mittel hatte einen ganz andern, weit grossartigeren Charakter. Das Capital, dessen die Bank bedurfte, um durch Aufnahme ihrer Zahlungen die Schuld des Staates zu tilgen, war ein so grosses, dass man durch die gewöhnlichen Anlehen durchaus nicht im Stande war, es herbeizuschaffen. Da fasste die Regierung den Plan, ein Anlehen von der Nation zu erlangen. Man weiss, mit welchem Eifer das Volk den Erwartungen

seines Kaisers entsprach. Zum erstenmal brachte die Gesammtheit des Volkes ein Opfer, das an Grösse nicht minder als an Bereitwilligkeit seines Gleichen suchte. Und dies Nationalanlehen ward nunmehr die erste Grundlage für die Herstellung der Valuta, oder für die Rückzahlung der Schuld.

Allein es begleiteten diese ausserordentliche und glänzende Anstrengung zwei Umstände, welche einen definitiven Erfolg durch dieselbe wenigstens nicht auf einmal möglich machten. Der erste Umstand lag in der Natur des Anlehens selbst. Es konnte nur ratenweise eingezahlt werden, und die Ergebnisse dieser Einzahlung oder die Rückzahlung der Zettelschuld des Staates, mit ihr die Herstellung der Valuta, musste daher auch nur als eine successive erscheinen. Wichtiger noch war der Gang der orientalischen Verwicklungen, der die österreichischen Finanzen zu ganz ausserordentlichen Anstrengungen zwang. Es kam mithin darauf an, mit dem Nationalanlehen eine zweite nicht minder umfassende Massregel zu verbinden, durch welche der Staat in den Stand gesetzt ward, den augenblicklichen Bedürfnissen die Spitze zu bieten, und zugleich eine möglichst bedeutende Masse von Silber in's Land zu ziehen. Diese Massregel war der Verkauf der Eisenbahnen.

Beide letztere Massregeln erreichten von den beabsichtigten Zwecken den Einen, während sie den Zweiten nicht vollständig und nicht sogleich erreichen konnten. Das, was unter den obwaltenden Umständen unmöglich war, war die Wiederaufnahme der Zahlungen der Bank; das was dagegen erreicht wurde, war die definitive Liquidirung der zweiten grossen Zettelschuldenmasse, welche der Staat der Bank übertragen hatte, und die aus den Jahren der inneren Kriege herstammte. Dadurch nun schloss sich diese Epoche in ganz ähnlicher Weise wie die frühere ab, und wir können jetzt das Ergebniss derselben, gerade wie bei jener, in eine kurze Darstellung zusammenfassen.

Von der Summe des auf die obige Weise entstandenen neuen Staatspapiergeldes wurden von der Bank 147 Millionen in der Weise übernommen, dass dieselbe dieses Papiergeld einzog, und statt desselben Banknoten ausgab. Diese Banknoten sollte sie natürlich einlösen, und zwar konnte es nicht bloss im Allgemeinen darauf ankommen, diese Einlösung als Pflicht und Aufgabe anzuerkennen, sondern es musste bei der grossen Gefahr, mit welcher das Hinaufgehen der Valuta drohte, ein bestimmter, den Verhältnissen gewachsener Plan aufgestellt werden. Dieser Plan bestand seinem Principe nach darin, dass man die Mittel, welche die oben angeführten Massregeln darboten, zur Herstellung des richtigen Verhältnisses zwischen Papier und Silber zu benützen beschloss. Und zwar geschah dies in folgender Weise.

Zur Deckung jener Zettelschuld von 147 Millionen war vor allem das Nationalanlehen bestimmt worden. Diese Bestimmung ward nun so ausgeführt, dass gleich nach geschehener Subscription des Nationalanlehens ein Theil desselben der Bank zur Tilgung jener Zettelschuld überwiesen

wurde. Davon waren bis zum 1. November 1855 im Ganzen 95 Millionen bar eingeflossen, und ihrer Bestimmung gemäss verwendet. Ausserdem wurden der Bank aus den Zolleinkünften 10 Millionen fl. in Silber zu dem gleichen Zwecke entrichtet, so dass die Gesamtsumme, welche auf diese Weise von den schuldigen 147 Millionen in diesem Augenblick wirklich getilgt ist, im Ganzen 105 Millionen fl. beträgt. Es restiren demnach noch 42 Millionen von jener grossen Schuld der zweiten Epoche, welche, dem ursprünglichen Plane des Nationalanlehens gemäss, durch dasselbe ihre Deckung erhalten hat. Denn gleichwie die Zettelschuld vor 1848 ihre normative, vertragsmässige Tilgung in der jährlichen Abzahlung von 3 bis 5 Millionen findet, so findet die letztere Schuld von 42 Millionen ihre Abzahlung einfach in den Terminen, in welchen die Subscriptionen des der Bank überwiesenen Theiles des Nationalanlehens gesetzlich einlaufen. Die zweite grosse Epoche der österreichischen Zettelschuld ist daher ebenfalls als beendet anzusehen.

In der That wird jeder Fachkundige, wenn er einen vorurtheilsfreien Blick auf dasjenige wirft, was auf diese Weise von 1848 bis Ende 1854 von der österreichischen Finanzverwaltung geleistet worden ist, demselben seine Anerkennung nicht versagen können. Selbst zur Zeit der Napoleonischen Kriege war Oesterreich nicht so hart getroffen, wie in den Jahren 1848 und 1849. Was es an Hilfsmitteln in dieser Zeit, wo es zwei furchtbare Kriege zugleich bestand, einerseits entbehren musste, und was es andererseits dennoch wirklich zu verbrauchen gezwungen war, ist mit dem, was andere europäische Staaten aus jener Zeit aufzuweisen haben, gar nicht in Vergleich zu bringen. Als die Kriege siegreich beendet waren, begann jene neue, grossartige innere Umgestaltung, welche dazu bestimmt war, die Basis einer neuen Geschichte zu bilden. Dies alles in einer Zeit, wo in ganz Europa die Angst der Geldinhaber die Capitalien unerreichbar machte. Es war zwar gewiss, dass Oesterreich Hilfsquellen genug hatte, um auch noch grössere Dinge für die Zukunft bewältigen zu können. Allein es galt eben dem Augenblick zu helfen. Und das in einer Zeit, wo Ungarn verwüstet, die deutschen Länder gedrückt, die italienischen zerfahren waren, wo Handel und Industrie in ganz Europa darnieder lag. Und dennoch gelang das, was man wollte, so weit es in menschlicher Kraft lag. Die obigen Massregeln bewältigten den Druck, der auf dem Notencredit ruhte. Das Agio ging zurück, das Vertrauen siegte, die Ordnung nahte, und mit dieser zweiten Epoche wäre der Zettelschuld und Zettelnoth durch die vereinte Kraft von Regierung und Volk abgeholfen gewesen, wenn nicht von aussenher Factoren hineingegriffen hätten, die, wenn auch nicht ausserhalb menschlicher Berechnung, so doch ausserhalb menschlicher Kraft lagen.

III.

Während nämlich dies alles geschah, gingen die grossen europäischen Verhältnisse ihren Gang. Der Krieg ward immer ernster, und die Frage nach dem Frieden nahm immer grössere Dimensionen an. Immer schwerer ward die Aufgabe Oesterreichs. So grossartig auch die bisherigen Massregeln gewesen waren, so trat in dieser Lage der Dinge dennoch ihr eigentlicher Charakter allmählich mehr und mehr zu Tage, und mit jener instinctartigen Sicherheit, die namentlich dem grossen Geldverkehr eigen ist, sprachen auch die Cours- und Werthverhältnisse ihr Urtheil über dieselben aus. Sie waren nicht ausreichend. Um die ganze Bedeutung dieses Satzes zu verstehen, um die wahrhaft immense Aufgabe, die aus einer plötzlichen Cumulirung aller einzelnen inneren und äusseren Aufgaben Oesterreichs entsprang, in ihrem ganzen Umfange zu würdigen, bemerken wir nur, dass bei einer sehr strengen Sparsamkeit dennoch die steigende Summe der regelmässigen Einnahmen nicht nur verbraucht, und die Einnahmen aus den der Bank nicht überwiesenen Subscriptionen des Nationalanlehens nicht nur consumirt wurden, sondern dass auch dies nicht ganz ausreichte. Diesem Steigen des Bedarfs gegenüber genügten selbst die ausserordentlichen Anstrengungen der letzten Jahre nicht. Und zwar nicht bloss darum nicht, weil ihre Summe zu gering blieb, sie konnten es auch desshalb nicht, weil sie allerdings wohl die Möglichkeit boten, eine einmalige, wenn auch noch so grosse Schwierigkeit zu überwinden; sie trugen aber nicht die Fähigkeit in sich, neuen Bedürfnissen zu begegnen. Die Lage der Sache aber in ganz Europa war auch für die einfachste Erkenntniss der Art, dass die Aufgabe der Grossmächte überhaupt, und Oesterreichs insbesondere, eine in fortschreitenden Dimensionen wachsende werden musste. Kein Verständiger konnte sich die Unvermeidlichkeit dieser Aufgaben verhehlen. Die Regierung natürlich am wenigsten, sie musste auf's neue das durch die überwältigenden Anforderungen entstehende Deficit decken.

So entstand denn nun eine neue Serie von Operationen. Die Regierung hatte bei der Bank bereits in früherer Zeit mehrere kleine Schulden contrahirt. Die Nothwendigkeit einer bestimmten und klaren Ordnung des Schuldenwesens aber machte es wünschenswerth, dieselben in einen grossen Posten zusammenzuziehen, um einheitliche Massregeln zu ihrer Deckung zu finden. Bei dieser Zusammenziehung ergab sich eine Schuld von $71\frac{1}{2}$ Millionen Gulden, auf welche durch einzelne Abzahlungen nur noch ein Rest von 55 Millionen verblieb.

Die Regierung hatte ferner auf die Zuflüsse von dem Nationalanlehen eine Schuld von 80 Millionen bei der Bank contrahirt, die als Vorschuss auf diese Erträgnisse eingeschrieben waren.

Endlich hatte die Regierung bei der Bank gegen statutenmässige Depositen eine Summe von 20 Millionen bei der Darlehenscasse der Bank aufgenommen, eine Summe, welche in den 95 Millionen Bankvorschüssen gegen Effecten enthalten war.

Auf diese Weise war nun eine Gesamtschuld des Staates gegen die Bank von neuen 155 Millionen entstanden, die neben den 60 Millionen der ersten und den 42 Millionen der zweiten Epoche bestanden, die aber nicht, wie diese Summen, eine normative Abzahlung gefunden hatten.

Das Agio stieg unter diesen Einflüssen wieder auf 21—28 %; die Wechsel auf London standen fl. 12 „ 20 bis 30 kr. und die Staatspapiere sanken, während das Staatsbudget nach wie vor ein sehr bedeutendes Deficit nachwies. Die Lage der Sache war demnach eine sehr ernste, und diesen Verhältnissen gegenüber gewann in der öffentlichen Meinung wieder eine grosse Unsicherheit Raum. Man sah wohl das Ende der beiden ersten Epochen, nicht aber das dieser dritten, jetzt neu begonnenen.

Unter diesen Umständen konnte nur das Einschlagen eines neuen Weges durchgreifend helfen. Wir wollen versuchen, Geist und Sinn dieser neuen Gestalt der Finanzverwaltung darzulegen.

IV.

Um die gegenwärtigen Massregeln in ihrer ganzen Bedeutung würdigen zu können, müssen wir zunächst einige Bemerkungen vorausschicken. Betrachtet man nämlich das ganze System der Anlehen und Abzahlungen, wie dasselbe in den beiden obigen Epochen vorliegt, so lässt sich dasselbe auf ein Hauptprincip reduciren.

Seit der Errichtung der grossen Banken in ganz Europa und seit der engen Verbindung, in welche die Finanzen mit den Banken getreten sind, hat sich in naturgemässer Weise die Thatsache ergeben, dass die eigentliche Geldwirthschaft aller grossen Nationen Europas auf's engste mit dem Verhältnisse verflochten worden ist, in welchem die Banken zu den Finanzen stehen. Sowie einmal das System der Zettelanleihe zur Geltung kam und die Banknoten mit den Staatsscheinen verschmolzen wurden, lag es in der Natur der Sache, dass die regelmässige Abzahlung dieser von den Banken übernommenen Zettelschulden nicht bloss die Erfüllung einer privatrechtlichen Verbindlichkeit, sondern zugleich die Grundlage eines geordneten Geldmarktes war. Und dadurch wieder stand dann diese Abzahlung in enger Verbindung mit dem Course der Staatspapiere. Auf diese Grundlage hin erzeugte ein an sich Richtiges ein zugleich Einseitiges und Fehlerhaftes. Man ward nämlich in die Nothwendigkeit versetzt, vor allem dem unmittelbaren Bedürfnisse der Bank mit Anlehen oder sonstigen

Operationen in der regelmässigen Einlösung der Zettelschulden zu helfen. Allein andererseits glaubte man auch damit schon genug gethan zu haben, und hielt die Annäherung an den Pari-Cours des Papiergeldes für das allein günstige, die Entfernung von demselben für das allein ungünstige Element der Finanzwirthschaft.

Wenn nun die äussern Verhältnisse es erlaubt hätten, so hätte man diesen Zweck auch in der zweiten Epoche mit den angewandten Mitteln wirklich erreicht, und diesen Vortheil, wenn auch mit sehr grossen andern Nachtheilen, erzielt. Allein die äussern Verhältnisse erlaubten dies nicht. Wir wollen nichts weniger als eine Darstellung dieser Verhältnisse geben; aber es ist nothwendig, ihren wahren und tiefern Charakter herauszuheben, weil er am Ende entscheidend für den Charakter der ihm entsprechenden Finanzmassregeln werden musste.

Als die orientalische Frage entstand, war man bis zu einem gewissen Grade berechtigt, dieselbe für einen, wenn auch sehr ernsten, so doch vorübergehenden Streit zu halten. Man konnte denken, dass, wenn auch schwere, so doch vereinzelte Massregeln ausreichen würden, um einem Staate wie Oesterreich seine Stellung in dieser grossen europäischen Angelegenheit zu sichern. Man hat gesehen, dass man mit dieser Auffassung nicht ausgereicht hat. Die orientalische Frage ist zu einer dauernden Aufgabe Europas geworden. Es handelt sich nicht mehr um diese oder jene einzelne Bestimmung des Friedens, nicht um diesen oder jenen Ausfall des gegenwärtigen Krieges. Es handelt sich darum, den ganzen Orient systematisch und auf die Dauer der europäischen Gesittung, der europäischen Macht, den europäischen Interessen aufzuschliessen.

Hält man an diesem Gesichtspunkte fest, so wird man ohne Schwierigkeit begreifen, dass die Grundlage des bisherigen Systems beider Epochen für die Zukunft theils nicht genügen konnte, theils aber in jedem Falle nur ein Moment an dem grössern Ganzen bleiben durfte. Die Verbindung der politischen Lage mit der Finanzwirthschaft konnte daher nur einen ernsten Gesichtspunkt verfolgen. Es galt, jener kommenden Gestalt der Dinge gegenüber, vor allem die Steuerkraft des Landes zu erhöhen. Ueber diesem allgemeinen Princip stand aber zugleich die zweite, unabweisbare Forderung, die Schulden- und Geldverhältnisse des Staates und der Bank zu ordnen. Es bedarf keines Beweises, dass dies letztere die absolute Bedingung für das erstere war. Will man nun diesen Principien gegenüber die Stellung der neuen Verwaltung mit einem kurzen Ausdrücke bezeichnen, so kann man sagen, dass die Finanzverwaltung der zweiten von uns oben bezeichneten Epoche von 1848 bis 1854 bereits mit umfassender Einsicht beide Aufgaben, sowohl die Vermehrung der Steuerkraft als die Abzahlung der Staatszettelschuld verfolgte, während die erste Epoche sich wesentlich auf die letztere beschränkt hatte; die grosse Aufgabe der neuen Verwaltung aber war es, eine Ordnung zu finden, in der beide Principien

mit einander verbunden wurden, so dass das Eine die Bedingung und Erfüllung des Andern werde.

Wir unsererseits legen, indem wir nunmehr zu den Grundzügen der Ausführung übergehen, auf diese Sätze den entschiedensten Nachdruck. Es ist ganz natürlich, dass die neu angekündigten Massregeln vorerst beinahe ausschliesslich von dem Standpunkte eines Mäcklers in Staatseffecten und Börsenpapieren aufgefasst werden. Ihm ist die nächste Frage die, wie sich das Agio, oder der Cours dieses oder jenes Papiers stellen wird. Wir sind weit entfernt, ihm dies Recht zu bestreiten. Denn in der That ist dies nicht bloss das Gebiet der Sonder-Interessen, denen ihr freier Lauf gelassen werden muss, sondern es ist vielmehr die ganze, wir möchten sagen, finanzielle Erziehung der öffentlichen Meinung gerade auf diesen Punkt mit Gewalt hingewiesen worden. Wer will daher die leitenden Stimmen des Geldmarkts verklagen, dass sie jetzt wieder thun, was sie seit fünfzig Jahren täglich zu thun gewohnt waren? Wir nicht. Wohl aber halten wir dafür, dass sich der Charakter der Finanz-Operationen in dieser Beziehung wesentlich verändert hat — und hat ändern müssen. Die Bank kann nicht der einzige Mittelpunkt der Operationen bleiben; sie kann künftig nicht mehr so gestellt sein, dass sie nur Einnahmen und Ausgaben verrechne. Es ist ein Widerspruch, dass ein so machtvolles Institut, wie die Bank, zugleich an der Spitze der Geldwirthschaft stehe, und doch nicht einen wesentlichen Antheil an der finanziellen Aufgabe Oesterreichs nehme, wie sie an den Vortheilen einen nicht minder wesentlichen Antheil nehmen wird. Ja wir gehen unbedenklich einen Schritt weiter. Wir müssen einer solchen Auffassung gegenüber ganz unbedenklich den Satz festhalten, dass ein etwas niedriger Cours der Bankactien und der Staatspapiere gewiss grosse, aber durchaus keine massgebenden Uebelstände sind. Eben darin muss sich in einem Lande wie Oesterreich die neue Zeit von der alten unterscheiden, dass man im Geiste der Zukunft den Uebeln der Gegenwart ganz unbedenklich die Stirn bietet. Sind einmal jene Massregeln richtig für die Gesamtentwicklung, so darf ein augenblicklicher Zweifel, im Schwanken des Courses ausgedrückt, durchaus kein Bedenken für die Ausführung erregen. Die Folgen — ja, schon die allernächsten Folgen werden zeigen, dass ein Finanzsystem, welches die höhere Natur der Sache für sich hat, auch die Course für sich haben wird. Und in diesem Sinne werden wir jetzt versuchen, die Gesammtheit jener Massregeln nach ihren einzelnen Seiten hin darzustellen.

V.

Wir glauben für das Folgende am verständlichsten zu reden, wenn wir jetzt, statt bei dem einfachen Verhältnisse von Bank- und Staatsschuld stehen zu bleiben, einen Schritt weiter gehen. Es wird darauf ankommen, die

Gesammtheit der Schwierigkeiten, welchen zu begegnen ist, zunächst in einem klaren und übersichtlichen Bilde darzulegen. Und schon dabei wird man erkennen, dass es in der That ein höchst einseitiger Standpunkt war und bleiben wird, diese Schwierigkeiten bloss in dem Deficit der Finanzen zu suchen. Aber eben desshalb ist es auch ganz unmöglich, die Lage der Dinge bloss in einer einfachen Betrachtung des Staatsbudgets aufgehen zu lassen. Wir müssen unseren Lesern zumuthen, vor allem eine Gesamtanschauung der Grundverhältnisse zu gewinnen, um den Sinn und die innige Verbindung des Einzelnen, was geschehen soll, zu verstehen. Und dabei werden wir mit vollkommener Offenheit zu Werke gehen.

Die erste grosse Schwierigkeit der Finanzverwaltung lag anerkannter Weise in der nothwendig gewordenen Aufstellung eines mächtigen Heeres, welche die Finanzen über ihre Kräfte in Anspruch nahm.

Die zweite Schwierigkeit liegt in dem eigenthümlichen Verhältnisse der Bank und der Börse zu dem Agio, durch welches die einfachste Differenzspeculation das Motto der Wiener Börse geworden ist und eine grosse Masse von Capital auf diesen einzigen Punkt concentrirt hat.

Die dritte Schwierigkeit liegt in der Masse der Zettel, wodurch eine Herstellung des *Pari-Courses* und mithin eine Wiederaufnahme der Zahlungen der Bank in eine ganz unbestimmte Ferne gerückt erscheint.

Eine weitere Schwierigkeit liegt allerdings in dem Deficit des Budgets, so weit dies nicht schon durch Beseitigung des ersten Punktes erledigt werden konnte. Diese Schwierigkeit kann einzig und allein durch theilweise Erhöhung und Regelung der Steuern, vornehmlich aber durch Erhebung der Steuerkraft des Volkes gelöst werden. Eine solche aber muss sich nach den eigenthümlichen Verhältnissen eines jeden Staates richten. Und hier liegt daher die grösste, aber auch die schönste Aufgabe, die nur durch ein richtiges Verständniss der wahren Kräfte des Staates und durch ein systematisches Vorgehen auf der naturgemässen Bahn der Entwicklung Oesterreichs bewältigt werden kann.

Fasst man nun diese Punkte ins Auge, so leuchtet es ein, dass sich die zu ergreifenden Massregeln in negative und positive theilen mussten, von welchen die ersteren schon vollzogen sind. Es ist nothwendig, dass wir etwas genauer auf dieselben eingehen.

Die erste dieser Massregeln war ohne allen Zweifel die Reducirung des Heeres. Oesterreich ist in der ganzen Stellung, welche es in der orientalischen Frage eingenommen hat, von der klaren Kenntniss ausgegangen, dass die künftige Gestalt der Dinge in Europa von der Solidarität der Interessen aller Mächte ausgehen muss. So lange daher die Lage der Westmächte der Art war, dass durch einen möglichen unglücklichen Ausfall ein Stoss auf das Herz von Mitteleuropa zu befürchten sein konnte, mussten alle finanziellen Erwägungen ganz unbedingt in den Hintergrund treten. Die neue Gestalt der Dinge hat diese Furcht verschwinden lassen. Die grosse

Aufgabe Mitteleuropas liegt nicht mehr in derselben unmittelbaren Nähe, wie vor einem Jahre. Es kommt in diesem Augenblicke nicht mehr so sehr darauf an, mehrere hunderttausend Bajonnette wirklich aufgestellt zu haben, sondern vielmehr nur dieselben in jedem Augenblicke aufstellen und sie ohne Mühe unterhalten zu können. Die Bedingungen eines solchen Auftretens sind aber auf die Dauer allein die finanziellen Grundlagen. Und auf Basis dieser Erwägungen, die das wahre Machtverhältniss fest im Auge behalten, konnte die erste grosse Reducirung der Armee beschlossen, und eine weitere in Aussicht gestellt werden. Oesterreich hat nicht gefürchtet, und auch nicht zu fürchten gebraucht, dass es in dieser Beziehung zum Missverständniss Grund gebe; denn niemals ist die Gleichartigkeit der Auffassung und die Gemeinschaft in dem grossen Zwecke gesicherter gewesen als gerade jetzt.

Nachdem somit der erste Schritt zur Besserung der Verhältnisse theils geschehen, theils vorbereitet war, ward zu dem zweiten übergegangen.

Niemand kann einem Geschäftsmanne einen Vorwurf daraus machen, dass er die Lage des Geldmarktes zu seinem eigenen Vortheile so gut benützt als er es immer vermag. Im Gegentheil, gerade dies Moment ist es, von dem aus das Leben im Einzelnen sich entwickelt. Wo das Sonder-Interesse nicht wach ist, da schlummert der Fortschritt. Freilich aber gibt es Verhältnisse, in denen diese Sonder-Interessen einer Begrenzung bedürfen. Das ist im Allgemeinen stets dann der Fall, wenn sich das Sonder-Interesse in zu hohem Masse eines Institutes bemächtigt, welches seiner Bestimmung nach eben das Gesamt-Interesse tragen und vertreten soll. Dadurch eben hatte der ganze Gang der finanziellen Bewegung in Oesterreich die grösste Masse der verfügbaren Capitalien auf die Speculation in Staatspapieren und in Agio hingedrängt und in diesem Verhältnisse lag die Schuld, dass die Valuta, vermöge der Speculation, aus ihrer natürlichen Ordnung herausgerissen, in einem beständigen Schwanken begriffen war. Nun aber ist es ein ganz unzweifelhafter Satz, dass bei jeder Valuta, ausser der Entwerthung, eben das Schwanken derselben das Verderbliche ist.

Machen wir die Sache klar. Der Stand des Papiergeldes eines Staates, mag dieses Geld aus einfachen Cassenscheinen oder aus Banknoten bestehen, die den Charakter von Cassenscheinen zugleich in sich vereinigen, regelt sich nach den Mitteln, diese Art der Staatsschuld zu decken. So wie es nun ungewiss wird, sei es aus welchem Grunde es wolle, ob das Papier, welches etwa auf 1000 lautet, heute 900, morgen nur 880, oder aber 920 werth sein wird, so wird die Folge davon zunächst sein, dass im Verkehre immer der wahrscheinlich schlimmste Fall angenommen werden wird. In diesem Satze liegt der wahre und immer lebendig und mit aller Kraft wirkende Grund des Verderbens, den jede Schwankung des Werthes von Papiergeld unabweisbar mit sich bringt. Daraus entspringt dann vor allem ein Zurückziehen der Capitalien und ein verderbliches Brachliegen derselben. In diesem Falle nun, wenn sich die Capitalien aus Furcht vor dem Verlust dem täglichen

Verkehr entziehen, wird die Differenz im Werthe des Papiers zum Gegenstande einer selbstständigen Speculation. Gegen eine solche Speculation ist natürlich an sich durchaus nichts einzuwenden. Sie ist berechtigt, wie jede andere es ist. Allein wenn Capitalisten dazu nicht mehr ihr eigenes, sondern das Capital der Bank gebrauchen, so leuchtet es ein, dass dies in zweifacher Weise verderblich ist. Erstlich wird dadurch die Summe der Unternehmungen gelähmt, zweitens aber wird durch diese Benützung des Bankgeldes die grösste Summe der Capitalien gerade demjenigen Gebiete entzogen, für welches das Bankcapital wirken soll. Und endlich leuchtet es ein, dass das grosse Gesammt-Resultat jener Bestrebungen stets eine Höherstellung des Agios über seinen natürlichen Stand sein wird, weil diese Höherstellung ja auch in jedem einzelnen Falle das Ziel der Bestrebungen ist, die wir oben charakterisirt haben.

Was nun in einem solchen Falle die Aufgabe der Finanzverwaltung ist, liegt auf der flachen Hand. Sie soll natürlich durchaus nicht in die privaten Geschäfte eingreifen, sie soll nur verhindern, dass man ein seiner Natur nach allgemeines Institut wie die Bank für gewisse Sonder-Interessen zu sehr ausbeute. Es muss, kurz gesagt, der Credit bei der Bank so geregelt werden, dass eine Verwendung desselben für jenen Zweck entfernt gehalten werde.

Diese Regelung des Bankcredits war daher die zweite, zwar wesentlich negative aber doch auch naturgemässe Massregel für die Ordnung der Finanzen. Sie konnte keine Gelder schaffen und keine Schulden bezahlen, und sollte es nicht. Sie sollte nur den Werth der Banknoten dem Einflusse jener Speculationen entziehen, und den wahren Werth derselben herstellen und zugleich feststellen. Es war damit der weitere Gedanke verbunden, eben durch diese Feststellung der Valuta auch dem Unternehmungsgeiste jene Fessel abzunehmen, die in dem Schwanken der Valuta liegt. Und wie nachdrücklich diese Massregel gewirkt hat, weist zunächst das Herabgehen des Agios in sehr kurzer Zeit auf 14 bis 15 %. Es war allerdings die Meinung eine Zeit lang waltend, dass dies rasche Herabgehen des Agios, und was damit identisch ist, der Wechsel auf London nur für sehr kurze Zeit giltig sein könne. Die Finanzverwaltung ihrerseits hielt aber an dem richtigen Satz unwandelbar fest, dass die Höhe des Agios das Ergebniss dauernder Ursachen sei, und dass das Herabgehen andererseits eben durch die Beseitigung dieser Ursachen ein dauerndes sein werde. Die Erfahrung hat diesen Satz bereits bestätigt, und wird ihn noch ferner bestätigen.

VI.

Indem wir nunmehr unseren Blick auf die neuen positiven Massregeln richten und es versuchen werden, unsere Auffassung derselben darzulegen, müssen wir es zuvörderst aussprechen, dass, mag man die österreichische Finanzlage betrachten wie man will, immer zwei grosse Thatsachen

hervorragen, welche das erste Object aller Thätigkeit der Finanzverwaltung sein müssen. Das sind die Lage der Bank, oder die Abzahlung der Zettelschuld, und das Deficit. Von dem Deficit und seiner Bedeckung handelt es sich in dieser unserer Arbeit zunächst nicht. Was aber die Abtragung der Zettelschuld oder, was mit ihr gleichbedeutend ist, die Wiederaufnahme der Barzahlung der Bank betrifft, so ist es eine absolute und allgemein anerkannte Nothwendigkeit, den Pari-Cours der Noten herzustellen; über die Mittel aber, durch welche diese unabweisbare Pflicht zu erfüllen ist, sind allerdings nicht allein verschiedene Ansichten möglich, sondern auch vorhanden. Wir sind daher genöthigt, diese Ansichten und Vorschläge zunächst zu beleuchten.

Geht man nämlich, wie die Meisten es thun, von der Meinung aus, dass die Herstellung des Pari-Courses durch einfache und plötzliche Massregeln erzielt werden müsse, so gibt es nur zwei Mittel, dieses Ziel zu erreichen. Entweder man muss den Silberbestand der Bank, ohne auf weitere Verhältnisse Rücksicht zu nehmen, einfach so weit vermehren, dass die Bank ihre Zahlungen wieder aufnehmen kann, oder man muss die Zettel vermindern.

Was das Erste betrifft, so ist dies physisch unmöglich, wenn man sich unter der betreffenden Operation nichts anders denkt, als die Herbeischaffung einer den Zetteln gleichkommenden Silbermasse. Aber gesetzt, ein solches Vorhaben wäre an sich richtig und ausführbar zugleich, so würden wir dennoch im Namen der Wissenschaft eben so sehr als im Namen der Erfahrung dagegen aus allen Kräften protestiren müssen. Denn eine plötzliche Ueberschwemmung mit Silber würde den übertriebensten Speculationen Bahn brechen. Wir haben dafür das grosse und warnende Beispiel Englands vor uns — Englands, das uns hätte lehren sollen, wie lange im Grunde eine Bank ihre Zahlungen einstellen könne, ohne an Credit und an Energie zu verlieren. In England hatte die Bank von 1797 an bis zur Annahme von Robert Peel's erster Bankbill im Jahre 1819 ihre Zahlungen eingestellt. Als aber in Folge der Bill im Jahre 1823 (1. März) die einzelnen Zettel in klingende Münze umgewechselt wurden, da entstand eine so starke Benützung des Escomptegeschäfts und der Speculation, dass sich im Jahre 1824 eine gefährliche, in Lord Ashburton's bekannter Schrift zuerst klar dargelegte Bankkrise ergab, der im Jahre 1825 die erste grosse europäische Handelskrise folgte. Und dennoch glaubte Peel in seiner Aufhebung jener Restriction-Bill vom 27. Februar 1797 noch sehr vorsichtig zu Werke gegangen zu sein, als er die Wiederaufnahme der Zahlungen der Bank vom 1. October 1820 bis zum 1. Mai 1823, also dritthalb Jahre hindurch, nur in Barren zuliess, und dann erst die Einwechslung in einzelnen Münzen feststellte.

Ehe wir jedoch weiter gehen, müssen wir mit wenigen Worten des zweiten Mittels, der Verminderung der Banknoten gedenken. Bei diesem

Mittel tritt die Frage in den Vordergrund, inwieweit der Verkehr eine solche Verminderung ertragen kann. Jede Verminderung der Banknoten ist nicht bloss eine Operation, welche den Preis der Noten steigen macht, indem sie die Masse derselben vermindert, nach dem absoluten Gesetz, dass der Werth jedes Gutes steigt, wenn die Masse sinkt, sondern sie ist zugleich eine Verminderung der Umlaufsmittel, und mithin eine Verminderung jenes machtvollen Elementes im Güterleben des Geldes, das die Einen als das eigentliche Gut, die Andern als ein unproductives Element des Ganzen betrachten, noch Andere mit den Rädern einer Maschine, Andere mit dem Oel, das die Reibung hindert, Andere mit den Lastträgern verglichen haben. Es ist einleuchtend, dass man in der Verminderung eines so wesentlichen Elementes höchst vorsichtig sein muss. Jedes Güterleben fordert eine bestimmte Masse von Geld; vermindert man diese zu sehr, so sind die Störungen eben so unausbleiblich, als wenn man jene zu sehr vermehrt.

Es bleibt mithin nur der eine Weg, eine normale Tilgung der Zettelschuld eintreten zu lassen. Die Zettelschuld des Staates an die Bank geht in ihren beiden ersten Theilen den ersten 60 und den zweiten 42 Millionen bereits der Tilgung in ganz bestimmten, contractmässig feststehenden Normen entgegen. Die Summe, um welche es sich jetzt handelt, wird von den oben angegebenen 155 Millionen Zetteln gebildet.

Um nun auch diese letzte Schuld zu decken, könnte man den Weg der ersten Epoche einschlagen, und der Bank einen normativen Theil der Einkünfte des Staates überweisen. Allein offenbar setzt dies voraus, dass der Staat die dazu überwiesenen Einkünfte entbehren könnte. Das ist bekanntlich nicht der Fall. Es muss daher dieser Weg aufgegeben werden.

Dasselbe gilt von dem Wege der zweiten Epoche. Man könnte die letzten 155 Millionen durch Anlehen decken. Allein betrachtet man den Stand der Staatspapiere, so ist es einleuchtend, dass ein Anlehen, bei dem jetzigen Stande der Valuta, viel theurer sein würde, als es nöthig ist. Man würde den Pari-Cours zu theuer bezahlen.

Hier war es daher, wo ein neuer Weg betreten werden musste. Das Ziel dieses Weges aber war ein doppeltes. Es musste nicht bloss der Bank die Abzahlung auch dieser Schuld gesichert, sondern es musste die Abzahlung dieser Schuld selbst die Quelle einer neuen Vermehrung der Steuerkraft werden. Es leuchtet ein, dass der eigentliche Schwerpunkt der ganzen Auffassung der Finanzen gerade auf diesem Punkte liegen muss. Und es kommt mithin alles darauf an, dass man gerade hier den richtigen Gesichtspunkt festhalte.

Es ist bekannt, dass die Regierung, um jene Aufgabe zu lösen, der Bank als Deckung für die Schuld von 155 Millionen Staatsgüter zum Belaufe derselben Summe übergeben hat, welche unter gewissen, näher zu bestimmenden Modalitäten von der Bank verwaltet und verkauft werden sollen. Ferner hat die Regierung die Vermehrung des Bankfonds in der Weise genehmigt,

dass die Inhaber der Bankactien ein Capital von 35 Millionen in Silber einzahlen, in Actien vertheilt, so dass auf je zwei Bankactien eine neue Actie fallen wird. Die Bank wurde zugleich berechtigt, eine Hypothekenbank für das gesammte Reich zu gründen und eine Summe von 200 Millionen in Hypothekar-Anweisungen auszugeben.

Dies ist zunächst die allgemeine Grundlage — wir sagen unbedenklich, nicht des eigentlichen Planes, sondern seiner Verwirklichung. Und nun müssen wir vor allen Dingen darauf aufmerksam machen, dass man jenen Plan nicht in seiner wahren Tragweite zum Verständnisse bringt, wenn man jene beiden Massregeln jede für sich betrachtet. Es wird dadurch nicht allein der wahre Sachverhalt gestört, sondern man wird auch, sowie man jeden dieser Punkte für sich betrachtet, zu einer Reihe von Bedenken kommen, die vielleicht vom Standpunkte der Börse vollkommen berechtigt erscheinen, die aber hier durchaus untergeordneter Natur sein müssen. Wir stehen vielmehr vor einer von jenen Massregeln, die in das tiefste Mark der Verhältnisse hineinschneiden, und die ihren Erfolg nicht in der Hebung der Gesammtheit der Interessen durch die Ausgleichung der Valuta, sondern vielmehr umgekehrt die Ausgleichung der Valuta durch die Hebung und Entwicklung der Gesammt-Interessen anstreben. Desshalb müssen wir auch in unserer Darstellung offenbar einen Schritt weiter gehen. Es handelt sich darum, einen Blick auf diese Gesammtheit der Verhältnisse Oesterreichs zu werfen, um von ihnen aus das Beabsichtigte und das Erreichbare zu beurtheilen.

VII.

Wenn in einem grossen Staate ausserordentliche Anstrengungen, deren Wirkungen sich auf weite Dauer erstrecken, nothwendig werden, so wird die Verwaltung der Finanzen stets gezwungen werden, sich an das aufgesammelte Capital des Landes zu halten, und es zur Tragung der Lasten in der Weise herbeizuziehen, dass seine Betheiligung zugleich eine möglichst vortheilhafte Capitalsanlage darbietet.

Das aufgesammelte Capital in jedem Lande ist das Ergebniss einer langen Reihe von Bestrebungen und Arbeiten der Einzelnen. Es ist, in der Gestalt wie es da ist, das Ergebniss der Volkswirthschaft, dargestellt in Millionen einzelner Bruchstücke, die zusammen ein Ganzes bilden, dem Begriffe nach gleich, dennoch in der Wirklichkeit sehr verschieden, und zwar je nach der ganzen Eigenthümlichkeit und Geschichte des Volkes, von welchem man reden will. Daraus denn ergibt sich von selbst, dass auch die Benützung dieses Capitals für ausserordentliche Zwecke des Staates zu ihrer ersten und nothwendigsten Aufgabe haben muss, sich an diese Eigenthümlich-

keit der eigenen, nationalen Volkswirtschaft anzuschliessen. Es ist klar, dass im Allgemeinen zwar die grossen Grundsätze der Theorie unwandelbar feststehen, dass aber in Beziehung auf jede wirkliche Ausführung solcher Massregeln die Finanzverwaltung in dem Grade richtiger handeln wird, in welchem sie die Eigenthümlichkeit des eigenen Volkes besser versteht und ihr gemäss sich einrichtet.

Betrachtet man nun von diesem Gesichtspunkte aus die wirthschaftliche Lage Oesterreichs, in Vergleich mit derjenigen der beiden anderen grossen Staaten, die auch ihrerseits einen eigenthümlichen und selbstständigen wirthschaftlichen Charakter haben, so ergibt sich Folgendes:

In England zunächst ist die Form, in welcher die Capitalien für einen ausserordentlichen Gebrauch im Volke vorhanden sind, vorwiegend die des grossen Capitals. England hat nicht bloss mehr Ueberschüsse als alle anderen Staaten, sondern es hat diese Ueberschüsse auch in Geldmassen vorrätzig, welche das Vermögen der Reichen des Landes bilden. Da nun der zum grossen Capital gewordene Ueberschuss vorzugsweise nach einer möglichst sicheren, wenn auch verhältnissmässig weniger einträglichen Capitalsanlage sucht, so ist England das Land der grossen und eigentlichen Anlehen. Wenn daher England ausserordentliche finanzielle Leistungen fordert, so wird es naturgemäss zu Anlehen schreiten. Und aus demselben Grunde wird England die ausserordentliche Deckung von Staatsbedürfnissen auch am billigsten durch grosse Anlehen erzielen. Es würde in England weder weise noch thunlich sein, etwa z. B. ein National-Anlehen auszuscheiden; thäte man es aber, so würde man, wenn man das Capital des kleinen Unternehmers zum Grunde legt, in den Fehler verfallen, einen zu hohen Zinsfuss für das Capital des grossen Capitalisten zu setzen, während man andererseits einen zu niedrigen Zinsfuss für den kleinen Capitalisten bestimmen würde, nähme man den regelmässigen Zins des grossen überschüssigen Capitals als Grundlage.

Anders dagegen ist es in Frankreich. Der Charakter der Einzelwirtschaft in Frankreich unterscheidet sich von demjenigen der Einzelwirtschaft in England dadurch, dass die Franzosen im Grossen und Ganzen genommen vielleicht das arbeitsamste und sparsamste Volk der Welt sind, und dass sie vor allem daran denken, sich ein freies Einkommen für die Zeit ihres Alters zu erwerben; dadurch wird ein sehr grosser Theil des angesammelten Capitals beständig wieder verbraucht und vertheilt, die grosse Capitalsbildung gehindert, aber freilich durch jenen Verbrauch auch wieder eine ausserordentlich lebendige Production erzeugt, und dieser rasche Kreislauf bildet den Charakter der französischen Volkswirtschaft. Es leuchtet ein, dass auf diese Weise die Gesamtsumme des disponiblen Capitals in Frankreich eben so gross, wenn nicht grösser ist als irgendwo in der Welt; aber dagegen darf man diese Gesamtsumme nicht bei einzelnen mächtigen Capitalisten, sondern man muss sie in der Gesamtheit des Volkes suchen.

Wenn daher Frankreich ausserordentliche Capitalien gebraucht, so führt dieser Charakter seiner Volkswirtschaft fast unmittelbar darauf hin, diese Capitalien bei dem Volke im Ganzen vorauszusetzen. Es wird dann nur darauf ankommen, demselben diejenigen Bedingungen von Seiten des Staates zu bieten, welche der Einzelne für seine Ersparnisse am meisten wünscht. Diese aber bestehen in einer jährlichen gesicherten Rente. Indem der Staat sich dort zum Verwalter jener Ueberschüsse und zum Verpflichteten für jene Rente macht, kömmt er diesem Bestreben entgegen. Dies nun geschieht offenbar am einfachsten durch die Nationalanlehen, an denen das kleine Capital theilnehmen kann. Es ist hier nicht der Ort, genauer auf die Modalitäten eines solchen Anlehens einzugehen, allein es unterliegt keinem Zweifel, dass Frankreich auf diese Weise als das für Nationalanlehen geeigneteste Land betrachtet werden muss, was freilich nicht die eigentlichen Anlehen ausschliesst, aber dennoch ihnen mehr und mehr den Charakter einer temporären und zufälligen Aushülfe geben wird.

Neben diesen beiden Ländern steht nun Oesterreich mit einer wo möglich noch bestimmter ausgeprägten Eigenthümlichkeit. Wir werden uns erlauben, dieselbe etwas näher zu betrachten, da sie es ist, welche das Verständniss der nächsten Zukunft dieses mächtigen, nach allen Seiten hin fast noch ganz unerschlossenen Reiches absolut bedingt. Zuerst wollen wir aber hervorheben, dass Oesterreich Staatsgüter zu einem Werthe besitzt, der in ausserordentlichen Fällen naturgemäss eben auf diese Domänen hinweisen musste. Allerdings hat man in Oesterreich die Richtigkeit dieses Satzes lange anerkannt. Indessen ist der Betrag der bisherigen Veräusserungen von Staatsgütern — etwa zum Belaufe von 39 Millionen — viel zu unbedeutend gewesen, um irgendwie bestimmend in den Gang der Finanzwirtschaft eingreifen zu können. Da man in Oesterreich so gut als irgendwo in der Welt weiss, dass der Staat seiner ganzen Natur nach kein guter Verwalter von Privatwirthschaften ist, und wenn man dennoch bis jetzt die Domänen ihrem bei weitem grössten Theile nach noch immer im Eigenthume des Staates behalten hat, so muss dies Verhältniss bei den grossen ausserordentlichen Bedürfnissen der Monarchie einen anderen Grund gehabt haben.

Diesen Grund nun können wir ganz einfach dahin angeben, dass der Staat während der früheren Epochen nicht im Stande war, auch nur annähernd den wahren Werth dieser Domänen im Falle eines Verkaufes zu erhalten. Es wäre daher offenbar noch weniger richtig gewesen, die Domänen zu verschleudern, als sie zu behalten, obwohl es zu gleicher Zeit einleuchtete, dass die Verwendung des Werthes der Staatsgüter zur Deckung der Staatsschulden aus finanziellen und wirtschaftlichen Gründen durchaus angezeigt war. Dasjenige demnach, worauf es unter diesen Umständen ankommen musste, war ganz offenbar die Herstellung und Benützung der Bedingungen, unter denen Domänen zu ihrem annähernd wahren Werth wirklich zu Gunsten der Abtragung der Staatsschuld verkauft werden könnten.

VIII.

Einer der wesentlichsten Fortschritte, den die Lehre von der Volkswirtschaft und das Verständniss der nationalökonomischen Zustände theils schon gemacht hat, theils in noch höherem Grade machen wird, beruht ohne Zweifel darauf, dass man den innigen Zusammenhang der volkswirtschaftlichen Zustände mit der gesellschaftlichen und politischen Ordnung der Völker erkannt und in ihrer Wechselwirkung zu begreifen gelernt hat.

Vielleicht gibt es in unserer Gegenwart kein Land der Welt, in welchem dies Verhältniss in seiner ganzen Bedeutung so klar hervortritt, als eben Oesterreich. Da nämlich durch die gewaltsamen Bewegungen der neuesten Zeit die zu grosse politische Selbstständigkeit und Verschiedenheit der öffentlichen Rechte in den grossen Ländertheilen aufgehört hat, die Action der höchsten Staatsgewalt kräftiger und freier geworden ist, und die wirtschaftliche Abhängigkeit des kleinen Besitzes, sowie die Unfreiheit der landwirtschaftlichen Arbeit aufgehoben sind, an ihre Stelle aber der freie Eigenthumsübergang der Grundstücke und die Ablösung der Robot getreten ist, so leuchtet es ein, dass damit eine ganz neue Zeit für die wirtschaftlichen Zustände Oesterreichs begonnen hat. Es gibt auch wohl in der That nur wenig Punkte, über welche man so einig wäre, wie über diesen Satz; allein es kommt darauf an, denselben in seiner praktischen Bedeutung, namentlich für die grösseren Besitzungen, darzulegen.

Durch die Aufhebung der Robot wird nicht bloss der kleine Besitz in den Stand gesetzt, seine Arbeitskraft jetzt dem eigenen Grund und Boden zuzuwenden, und ihm dadurch einen doppelten Werth zu geben, so dass diese Ablösung gleichsam einem Samenkorne gleicht, das, in einen fruchtbaren Boden gesäet, der kommenden Zeit die Frucht eines reichen Wohlstandes der kleinen Besitzer erzeugen wird. Sie griff, wenn auch nicht tiefer, so doch weit unmittelbarer in die Wirtschaft der grossen Güter und Herrschaften hinein. Das Wegfallen der gezwungenen Arbeit nämlich nöthigte die grossen Wirthschaften dazu, jetzt die Arbeit nach dem Taglohn zu bezahlen. Diese Zahlung, die früher nicht nöthig war, forderte für den Betrieb der grossen Complexe plötzlich ein bedeutendes Betriebscapital, und zwar in der Weise, dass ohne ein solches Capital die Wirtschaft fast stillstehen musste. Aus dieser Nothwendigkeit ergab sich eine Reihe von Folgen, die man im Auge haben muss, um die ganze gegenwärtige innere Lage Oesterreichs klar zu übersehen.

Zuerst stieg natürlich der Arbeitslohn zu einer bis dahin auf dem Lande niemals gekannten Höhe, da mit den Jahrhunderte alten Frohndiensten theils die Lust zur tüchtigen Arbeit bei den minderen Classen halb verschwunden war, theils aber auch diejenigen, welche arbeiten wollten, auf ihrem eigenen

Grund und Boden genug zu thun fanden. Und zwar um so mehr, als die jetzt befreiten kleinen Grundbesitzer aus den Erträgnissen ihres Eigenthums auch die Ablösungssummen bezahlen mussten. Es war und ist daher noch in diesem Augenblick eine ganz natürliche Erscheinung, dass durch die Aufhebung der gezwungenen Arbeit ein sehr grosser und fühlbarer Mangel an Arbeitskräften namentlich für die grösseren Wirthschaften entstand, der schon an und für sich, abgesehen von dem hohen Preise eine schwere Last für jene werden musste. Es ist daher jetzt gerade dies ein ganz allgemeiner Gegenstand der Klage in den Gebieten des Reiches, wo die grössten Güter liegen, dass die Arbeit zu theuer und zu wenig vorhanden sei; nur dass man dabei nicht die zweite Seite der Sache vergessen darf, welche in fortschreitendem Masse den Uebelstand dieses Punktes wieder ausgleicht. Das ist das Steigen des Preises der Bodenproducte in der ganzen Monarchie. Dies Steigen der Preise hat vollkommen gleichen Schritt gehalten mit dem Steigen des Arbeitslohnes, und es sind keine oder nur wenig Aussichten da, dass sich dieses Verhältniss bald ändern dürfte.

Beide Verhältnisse nun erzeugten, abgesehen von ihren übrigen wirthschaftlichen Folgen, vorwiegend eine Thatsache, die gerade für die Finanzverwaltung von Wichtigkeit werden musste. Mit dem steigenden Preise der Arbeit und der Producte stieg auch das Bedürfniss nach Umlaufsmitteln, nach Geld in irgend einer Form, und zwar in einem ausserordentlichen Grade. Man wird sich durchaus nicht wesentlich von der Wahrheit entfernen, wenn man sagt, dass dies Minimum des Geldbedarfs im innern Verkehr, namentlich auf dem Lande, durch jene Verhältnisse mindestens um das Doppelte gestiegen ist. Es ist dieser Satz darum so wichtig, weil man ihn in seinem Einflusse auf den natürlichen Stand der Valuta betrachten muss. Die umlaufende Notenmasse ist zwangsweise die vorwiegende Form des Geldes. Der Werth dieses Geldes wird nun wesentlich bedingt durch das Bedürfniss nach demselben. Indem nun aus den obigen Gründen das Bedürfniss nach Geld in Oesterreich unverhältnissmässig viel mehr gestiegen ist als in irgend einem Theile Europas, und dieses Bedürfniss nur durch Banknoten befriedigt werden kann, so leuchtet es ein, dass der natürliche Werth der Banknoten in Oesterreich im beständigen Steigen begriffen ist, ein Steigen, das fast mächtig genug ist, um den Pari-Cours herzustellen, wenn dieser Process nicht durch ungünstige Ereignisse, oder nicht in der Weise, wie wir es früher gezeigt, durch Börse-Operationen gehemmt wird. Dasjenige, dessen wir bedürfen, ist durchaus nicht eine übermässige Verringerung des Umlaufsmittels, sondern nur eine systematische Ordnung und Fundirung desselben. Und dieser Satz wird durch das Folgende noch weitere Bestätigung empfangen.

IX.

Denken wir uns nämlich die grossen Güter mit ihren ausgedehnten, bis dahin durch Robot bearbeiteten Territorien gegenüber dem hohen Arbeitslohne und dem zugleich erhöhten Preise der Producte, so leuchtet es ein, dass nunmehr auch das ganze bisherige wirthschaftliche System dieser grossen Güter einer durchgreifenden Aenderung entgegengehen musste. Wir können diese Aenderung sehr kurz bezeichnen, es wiederholt sich das betreffende Verhältniss auf allen Punkten.

Die Besitzer der grossen Güter wurden gezwungen, eine intensivere, rationelle, und durch den steigenden Productenpreis einträglichere Wirthschaft einzuführen. Um dies zu können, brauchten sie aber ein grösseres Betriebscapital. Und die grosse Frage war nun, auf welche Weise ihnen dies Betriebscapital zu verschaffen sei? Dazu gab es nun offenbar zwei Wege.

Entweder konnten die grösseren Complexe einzelne Theile ihrer Territorien veräussern, und den Erlös aus dieser Veräusserung als Betriebscapital für den Rest benützen. Oder sie konnten auf ihren Besitz hypothekarische Gelder aufnehmen, und auf diese Weise mit der Verwendung des Realwerthes den Betrieb vermehren. Ohne Zweifel sind dies, von den meisten Seiten betrachtet, sehr verschiedene Operationen. Allein bei genauerer Betrachtung haben sie ein sehr Wesentliches gemein. Diejenigen nämlich, welche die zur Veräusserung bestimmten Güter kaufen sollen, werden der Regel nach nicht in der Lage sein, oder nicht wünschen, den ganzen Preis auszusahlen. Sie müssen daher auch für ihre neuen Ankäufe hypothekarische Anlehen machen. Sie sind daher in derselben Lage, wie die Besitzer grosser Güter, welche nicht veräussern.

Auf diese Weise ergibt sich für alle Fälle ein Gesamteresultat. Der grosse innere Entwicklungsprocess Oesterreichs hat für alle Grundbesitzungen von Bedeutung die Herbeischaffung von Betriebscapitalien immer nothwendiger gemacht. Die steigende Entwicklung der Production, die Erhöhung des Arbeitslohnes und des Productengenusses hat dagegen das Geld im Werthe steigen gemacht, und die vorhandene Geldmasse für den täglichen Verkehr absorbirt. Es ist dadurch der Preis der Capitalien so hoch gestiegen, dass der Werth desselben zu gross geworden ist, um ein Capital zum Zwecke regelmässigen Betriebes aufnehmen zu können; die grosse Aufgabe für alle Verhältnisse der Landwirthschaft besteht daher jetzt in Oesterreich darin, Betriebscapitalien zu mässigen Zinsen für die Herstellung rationeller Landwirthschaft und zur Ermöglichung der Ankäufe kleinerer Landgüter herbeizuschaffen.

Und jetzt kehren wir diesen Satz um und wenden ihn auf die früher aufgestellte Behauptung an, wesshalb der Staat bisher nicht zum Verkaufe

seiner Domänen im Grossen hat schreiten können. Wir zeigten, dass er es nicht gethan hat, weil er nicht im Stande war, annähernd den wahren Werth derselben zu erhalten. Jetzt sind die beiden Grundverhältnisse aufgehoben, die dies verhinderten, die Robot und die Beschränkung des Eigenthumsrechtes. Indem nun der Staat Betriebscapitalien zu mässigen Zinsen für den Landwirth überhaupt schafft, was wird die Folge für den Domänenverkauf sein? Diese Folge ist klar; nur durch jenes Mittel wird er wirklich in den Stand kommen, diejenigen Capitalien selbst zu schaffen und zugleich mit hypothekarischer Sicherheit zu fundiren, durch welche er allein jenen wahren Werth seiner Domänen zur Abzahlung der Schuld erzielen kann.

Dieser Satz ist so einfach, dass nur die Grossartigkeit seiner Anwendung ihn schwierig macht. Und doch ist es die Aufgabe der Staatswirthschaft, auch noch die andern bedeutenden Folgen desselben in's Auge zu fassen. Es ist das Bedürfniss von Umlaufsmitteln, durch welches der gegebenen Form des Geldes gegenüber, die in Noten besteht, der Cours dieser Noten bei weitem mehr als durch die Silberbestände der Bank aufrecht gehalten wird. Wenn nun die grossen Güter und namentlich die Domänen der rationellen Landwirthschaft übergeben werden, so wird dadurch wieder das Bedürfniss nach Umlaufsmitteln noch weiter vermehrt, und mithin der Cours der Noten schon an und für sich gehoben werden. Ein Verkauf der Domänen zum Zwecke der Deckung der Staatsschulden in Zetteln hat daher gerade in Oesterreich eine zweifache Wirkung auf den Cours des Papiergeldes. Es wird das letztere durch die Summe, welche für den Grund und Boden eingeht, fundirt und durch die vermehrte Production, welche sich an die verkauften Grundstücke anschliesst, zu gleicher Zeit gehoben. Und so wird diese Massregel, welche die Anlage von Capitalien im Grundbesitze durch Herstellung und Ordnung des Realcredits möglich macht, die Ordnung des Papiergeldes wesentlich bessern, selbst ohne unmittelbare Einwirkung auf die Bank.

Aber eben so wichtig ist die zweite Seite der Sache, die eben so wenig einer weiten Ausführung bedarf. Jedes Unternehmen in den neuen, der Privatindustrie durch einen solchen Verkauf geöffneten Grundstücken ist nicht bloss ein Factor für das Nationalvermögen im Allgemeinen und die Geldverhältnisse im Besonderen, sondern es wird zugleich ein Element für die Vermehrung der directen und indirecten Steuern des Staates. Und dieselbe Massregel daher, durch welche der Staat ein erreichbares und billiges Capital für den Grundbesitz schafft, wird ihm nicht allein die Entwicklung der schon vorhandenen Betriebe sichern und neue hinzuschaffen, sondern sie wird ihm ausser dem Verkaufscapital auch noch die gleiche Summe von steuerfähigen Capitalien in dem Gebiete seiner früheren Domänen erzeugen.

X.

Auf diese Weise ziehen sich gleichsam in concentrischen Kreisen die wichtigsten Folgen um die Frage, wie jene Forderung der österreichischen Landwirthschaft nach einem billigen und doch gesicherten Betriebscapital zu erfüllen ist. Und es ist daher leicht erklärlich, dass man schon lange diesen Punkt in ernste Untersuchung gezogen hat. Auch ist man über die Natur und das Princip der Sache um so mehr einig, als es sich hier nicht etwa um einen neuen Grundgedanken handelt. Alle diejenigen, welche über die Verhältnisse der österreichischen Landwirthschaft nachgedacht haben, stimmen darin überein, dass dem dringenden Bedürfnisse nur durch eine Hypothekenbank abgeholfen werden konnte. Trotzdem ist eine solche Hypothekenbank nie in's Leben gerufen worden.

Es gab nämlich für die Errichtung einer solchen Bank nur zwei Formen. Man konnte diese Bank nach den einzelnen Ländern vertheilen, und zwar so, dass jedes Land seine eigene Bank, und mithin auch seine eigene selbstständige Verwaltung dieser Bank erhalten hätte. Oder man konnte eine Central-Hypothekenbank für die ganze Monarchie bilden, und diese von Wien aus in allen Theilen der Monarchie als ein neues, mehr oder weniger selbstständiges Glied der Finanzwirthschaft fungiren lassen.

Die erste Form der Ausführung hätte zur Folge gehabt, dass wenn man den einzelnen Ländern die Bildung und Verwaltung der Banken überliess, dieselben schwerlich von Sonderinteressen und Sonderbestrebungen frei geblieben wären. Nichts wäre alsdann leichter gewesen, als die freie Bewegung der Capitalien, die durch alle Theile der Monarchie lebendig und unaufgehalten hindurchgehen soll, zu hemmen. Es war also der zweite Weg vorzuziehen und eine grosse Gesamt-Hypothekenbank auf dem blossen Verwaltungswege zu realisiren. Wir lassen die Frage bei Seite über Centralisirung und ihre Gefahren; denn wer über die Sache nur einmal ernsthaft nachgedacht hat, der weiss, dass die Centralisirung wie alle grossen staatlichen Institutionen und Principien überhaupt an sich weder gut noch schlecht ist, sondern stets nach den gegebenen Verhältnissen beurtheilt werden muss. Allein in Beziehung auf eine Hypothekenbank kam es vielmehr darauf an, derselben den Charakter einer realen und nicht bloss administrativen Centralisation zu geben, und dennoch diese centralisirte Bank zu gleicher Zeit mit den Interessen aller einzelnen Länder in so materieller Weise zu verbinden, dass die praktische Thätigkeit der Bank gezwungen werde, mit ihren eigenen allgemeinen, zugleich auch provinzielle und sogar locale Interessen vertreten zu müssen. Oder, positiver ausgedrückt, es war angezeigt, die Hypothekenbank dadurch den eigenthümlichen Verhältnissen Oesterreichs entsprechend herzustellen, dass man einen Realbesitzer

schuf, der an das Centrum in Wien gebunden, in jedem Theile des Staates grosse Besitzungen und daher mit allen Besitzern zu gleicher Zeit das grösste und allenthalben gleiche Interesse habe, durch die möglichst beste Organisirung des Realcredits den Verkauf von Grundbesitzungen an neue Unternehmer zu erleichtern.

Diese Aufgabe ward durch einen Plan gelöst, dem es gegeben war, alle diese Zwecke zu erreichen, und zu gleicher Zeit auch noch in die früher dargelegten Schuldverhältnisse des Staates zur Bank definitiv ordnend einzugreifen.

XI.

Man wird sich aus unserer Darstellung erinnern, dass der Rest der ersten Zettelschuld des Staates von 60 Millionen mit einer normativen Abzahlung von jährlichen 3 bis 5 Millionen ihrer Ablösung entgegen geht, und dass die zweite grosse Schuld, die noch mit circa 42 Millionen restirt, gleichfalls durch Ueberweisung von Nationalanlehen gedeckt ist und ihre Abzahlung findet. Es bleiben daher noch 155 Millionen, für welche ein gleicher Betrag an Domänen der Bank überwiesen und dieselbe zugleich zur Vermehrung ihrer Fonds und zur Errichtung einer Hypothekenbank veranlasst ward.

Gerade in dieser Verbindung beider Bestimmungen liegt die eigentliche Bedeutung der gegenwärtigen Massregeln. Hält man die Nothwendigkeit für die grossen Grundbesitzer — deren grösster der Staat ist — zu einer rationellen Wirthschaft überzugehen, zusammen mit der Aufgabe, für alle landwirthschaftlichen Unternehmer ein billiges Betriebscapital zu schaffen, mit der Gewissheit, dass dem billigen Betriebscapital die höheren Verkaufspreise der Grundbesitzungen überhaupt und der Domänen insbesondere folgen werden, mit der Sicherheit, dass daraus eine höhere Verwerthung des Staatseigenthums und zugleich eine Vermehrung der Steuerkraft des erkauften Staatsgutes sich ergeben muss, und endlich mit der feststehenden Regel, dass der Werth der Banknoten steigen und mithin der Pari-Cours der Valuta sich nähern muss in dem Grade, in welchem die Bank selbst in den Stand gesetzt wird, die Sicherheiten, welche ihr für ihre Forderungen gegeben werden, zu veräussern, so wird man jetzt begreifen, dass der neue Finanzplan nicht etwa aus einer Reihe mehr oder weniger nothwendigen Massregeln besteht, sondern dass alle seine Bestimmungen ein fest geschlossenes, mit dem ganzen Leben des Reiches und seinen innersten Verhältnissen auf das innigste verflochtenes Ganzes bilden, aus dem man keinen Theil entfernen kann, ohne dies Ganze selbst in seiner wesentlichen Bedeutung zu vernichten. Es war unsere Aufgabe, dieses planmässige Ineinandergreifen der gefassten

Beschlüsse und der Grundzüge ihrer Ausführung darzulegen. Wir wollen nun fortfahren, diesen Zusammenhang aller einzelnen Bestimmungen in sein rechtes Licht zu stellen.

Der Unterschied, der durch diese Uebertragung der Staatsgüter an die Bank in ihrem bisherigen und künftigen Verhältnisse zum Staate hervorgebracht wird, besteht zunächst nicht darin, dass jetzt die Bank plötzlich im Stande wäre, eine Summe von 155 Millionen an Zetteln einzuziehen. Wir haben schon früher darauf aufmerksam gemacht, dass eine plötzliche Verringerung der Zettelsumme für die gegenwärtigen Verhältnisse Oesterreichs eine höchst gefahrvolle Operation sein würde, da das Bedürfniss nach Umlaufsmitteln viel zu gross ist, um dieselbe zuzulassen. Das, worauf es ankommt, ist zuvörderst nicht die wirkliche Herstellung einer Silbermasse, welche der Zettelmasse bankmässig entspricht, sondern die Möglichkeit, dass dies geschehen kann, und das gesicherte Vertrauen, dass geschehen wird, was eben geschehen kann und soll. Dieses Vertrauen ist durch die getroffene Massregel über allen Zweifel erhoben worden, und das ist eine Operation, durch welche die Bank selbst in die Lage kommt, die Realisirung ihrer Forderung zu betreiben. Das der Bank übertragene Recht an den Staatsgütern stellt daher die Tilgung seiner Zettelschuld von 155 Millionen eben so objectiv fest, wie es die Tilgung der andern beiden Posten von 60 und 42 Millionen ist. Es ist der entscheidende Schritt, durch welchen der Staat die Bank dafür verantwortlich macht, dass sie selbst ihren Gläubigern zahlhaft werde.

Dass nun dabei die Natur der Staatsgüter und die grosse Bedeutung der Operation an sich eine Mitwirkung der Staatsverwaltung bei dem wirklichen Verkaufe durchaus unerlässlich erscheinen lässt, liegt klar vor. Es kann der Bank eben so wenig überlassen bleiben, durch einen zu massenhaften und plötzlichen Verkauf den Preis so sehr zu drücken, dass trotz aller Umsicht der wahre Werth der Domänen nicht erzielt wird, noch auch darf im einzelnen Falle der Preis ganz ohne Mitwirkung des Staates bestimmt werden. Die betreffenden Modalitäten der Ausführung in diesem Punkte sind daher von grosser Wichtigkeit; indessen leuchtet es ein, dass sie die Sache selbst durchaus nicht weiter berühren, sie beziehen sich nur auf die Ausführung der durch das Uebertragen des Eigenthums an die Bank schon ohnehin feststehenden Massregel.

Bei alledem würde im Grunde erst für die Valuta und die Staatsschuld gesorgt sein. Von dem höhern Standpunkte der Finanzverwaltung aus kann es in der gegenwärtigen Sachlage aber keineswegs bloss darauf ankommen. Es wird vielmehr erst dann der Zweck erreicht werden, wenn durch jene Ueberlassung der Domänen an die Bank zugleich mit dem Verkaufe derselben die Entwicklung einer rationellen Landwirthschaft sich verbindet. Dies nun kann, wie wir zeigten, nur dadurch geschehen, dass man dem landwirthschaftlichen Betriebe ein möglichst billiges und leicht erreich-

bares Betriebscapital vermöge einer Hypothekenbank für den Grundbesitz verschafft.

Es ergibt sich demnach, dass die Bank durch ihr Interesse an dem Verkaufe der Staatsgüter zugleich das grösste Interesse an der Errichtung einer solchen Hypothekenbank hat. Es ist merkwürdig genug, dass die bisherigen Beurtheilungen der neuen Hypothekenbank gerade diesen Punkt am wenigsten beachtet haben. Man hat von der Verbindung der Hypothekenbank mit der Bank in der That nur die eine negative Seite aufgefasst. Man hat in der Hypothekenbank entweder nur eine vertragsmässige Verpflichtung der Bank, oder eine ihr nicht entsprechende Aufgabe gesehen. Man hat freilich mit Recht darauf hingewiesen, dass schon bei Gründung der Bank derselbe Gedanke mit aufgenommen ward, und dass daher weder in jener Verpflichtung, noch in jener Aufgabe etwas wirklich Neues ist. Man hat aber das Neue und Eigenthümliche des Verhältnisses gar nicht hervorgehoben. Und dies besteht eben darin, dass durch denselben Act, welcher die Abzahlung der Zettelschuld an die Bank sichert, zugleich die Hypothekenbank für die Bank zu einer Lebensfrage geworden ist, da nur diese den raschen, gesicherten und zugleich angemessenen Verkauf der Bankgüter an Private ermöglicht.

Man wird es jetzt als etwas sehr Einfaches und Verständliches erkennen, dass die Hypothekenbank aus den Actionären der Bank gebildet wurde. Die Hypothekenbank ist daher in der That nicht, wie es auf den ersten Blick scheinen muss, ein ganz für sich stehendes Institut, sondern das ist der Sinn dieser ganzen Massregel, dass die Ueberlassung der Domänen an die Bank erst durch die Errichtung der Hypothekenbank ihre rechte Erfüllung erhält, während andererseits die Errichtung der Hypothekenbank durch jene Ueberlassung der Domänen an die Bank theils erst ihre Ausführbarkeit, theils auch ihren bedeutenden wahren Wirkungskreis erhalten hat.

In diesem Sinne haben wir früher gesagt, dass die ergriffenen Massregeln ein Ganzes bilden, das man nicht verstehen kann, so wie man sich herbeilässt, irgend einen Punkt in demselben für sich allein zu betrachten. Es leuchtet aber ein, dass in diesem ganzen Plane nicht mehr bloss eine Geldoperation vorliegt; ja dass derselbe seinem Wesen nach sogar weit über das Gebiet der Staatsschulden und ihrer Abzahlung hinausgreift. Wir haben versucht, den inneren Zusammenhang der einzelnen Bestimmungen nachzuweisen; wir können es jetzt unbedenklich unseren Lesern überlassen, das Verhältniss der ganzen Massregel zu der staatswirthschaftlichen Eigenthümlichkeit Oesterreichs und seiner wahren Hülfquellen, und zu den grossen, durch Wissenschaft und Erfahrung gleich fest begründeten Principien der Finanzverwaltung und der Geldwirthschaft in einem Blick zusammenzufassen.

XII.

Allein trotz dieser in sich abgeschlossenen Gestalt des neuen Planes bleibt uns dennoch noch eine Seite desselben übrig, die in den Augen Vieler vielleicht die wichtigste, für alle Verständigen aber in jedem Falle eine hochbedeutsame sein wird. Offenbar ist, wenn man die stets zulässige und zuweilen nothwendige Unterscheidung zwischen den eigentlichen Finanzen und der Staatswirthschaft in's Auge fasst, bisher vorwiegend von der finanziellen, auf die eigentliche Geldwirthschaft des Staates bezüglichen Seite jener Ueberlassung der Staatsgüter und der damit innig verbundenen Aufstellung einer Hypothekenbank die Rede gewesen. Wir werden es jetzt versuchen, dasjenige darzulegen, durch welches die Beziehung zu weiteren, in gewissem Sinne noch viel tiefer greifenden Aufgaben hergestellt wird.

Mag man sich die Veräusserung der Domänen unter was immer für einer Form denken, so wird man stets von der Thatsache ausgehen müssen, dass es eben ausserordentlich grosse Gütercomplexe sind, um welche es sich handelt. In Beziehung darauf nun gibt es zwei Wege, zwischen denen man zu wählen, oder die man in geeigneter Weise mit einander zu erläutern hat. Man kann nämlich entweder den Verkauf im Grossen einleiten, so dass für Zahlung mächtiger Capitalien auch mächtige Grundbesitzungen geschaffen werden. Oder man kann vorwiegend an diejenige Art des Verkaufes denken, die man als die Parcellirung zu bezeichnen pflegt. Oder endlich man kann theils im Grossen, theils aber auch in Parzellen verkaufen. Es ist einleuchtend, dass bei einem Plane, der das ganze wirthschaftliche Leben des Staates umfasst, eine so wichtige Frage unmöglich unberücksichtigt bleiben konnte. Und es möge uns daher gestattet sein, die Gesichtspunkte hervorzuheben, welche hiefür der Natur der Sache nach in Betracht kommen.

Es ist zunächst wünschenswerth, dass in jeder Vertheilung des Grundbesitzes nicht eine Grösse der Besitzungen absolut dominire. Es ist weder gut, wenn die grossen Grundbesitzungen vorherrschen, noch auch wenn die kleinen Grundbesitzungen die überwiegende Form der Vertheilung bilden. Es muss im Gegentheil gewünscht werden, dass zwischen der Classe der grossen Grundbesitzer und derjenigen der kleinen Leute eine zweite, die bäuerliche Mittelclasse, mitten zwischen beiden stehe. Diese Forderung wird in unserer, dem Verständnisse der gesellschaftlichen Elemente mit besonderer Theilnahme zugewendeten Zeit der Verwaltung eines Staates unabweisbar erscheinen. Dasselbe aber muss gefordert werden vom rein wirthschaftlichen Standpunkte. Es ist die Herstellung einer tüchtigen bäuerlichen Mittelclasse neben dem kleinen Arbeiter und dem grossen Besitzer zugleich die Grundlage einer wohlorganisirten Volkswirthschaft, und diejenige eines ergiebigen und regelmässigen Ertrages der Steuern. Man wird daher im

Allgemeinen sagen können, dass jede Verwaltung dahin streben muss, eine solche Mittelclasse mit den beiden andern Elementen zugleich zu erzeugen und zu erhalten. Dieser allgemeine Satz wird natürlich in dem Grade praktisch nothwendiger, je mehr unter gegebenen Verhältnissen bereits die eine oder andere Classe durch den Gang der Geschichte zur vorherrschenden geworden ist. Und es leuchtet demnach ein, dass gerade unter solchen Umständen der Verkauf der Domänen, namentlich wo dieselben in grösserer Masse vorkommen, nicht bloss als ein Factor in der Geldwirthschaft des Staates, sondern auch als ein Element höherer Erwägungen zu betrachten ist.

In den östlichen Provinzen der Monarchie, wo der Hauptcomplex der zur Veräusserung bestimmten Domänen liegt, herrscht bekanntlich der grosse Grundbesitz als Hauptform der territorialen Vertheilung vor. Schon vor hundert Jahren erkannte die Regierung mit voller Klarheit, dass das einzige, was den wirthschaftlichen Zuständen dieser so reich gesegneten Lande fehle, eben ein mittlerer Besitz, ein Stand wohlarrondirter und mithin wohlhabender Bauern sei. Die Versuche der Colonisirung, namentlich in Ungarn, zeigen auf jedem Punkte, dass die Regierung gerade diese Lücke durch ihre verschiedenen Massregeln auszufüllen bemüht war. Und bekanntlich ist ihr dies in einigen Gebieten so vollständig gelungen, dass der herbeigezogene deutsche Bauernstamm den Kern von Tüchtigkeit und Wohlhabenheit für weite Gebiete des fruchtbaren Ostens abgibt.

Indessen blieben diese Versuche örtlich beschränkt. Und zwar lagen die Gründe dafür hauptsächlich in den rechtlichen Verhältnissen und in dem Mangel einer tüchtigen Verwaltung. Als nun in der neuesten Zeit die inneren Störungen das alte System der Verwaltung und des Rechts zum Falle brachten, da konnte die grosse Frage aus einer theoretischen zu einer praktischen werden, in welcher Weise die Veräusserung der Domänen zu bewerkstelligen, und in welcher Weise dieselbe wünschenswerth sei. Da aber der gegenwärtige Charakter der Landwirthschaft in Oesterreich wesentlich auf dem Mangel an Betriebscapital beruht, so ergeben sich daraus zwei Folgen, die mit einander im Zusammenhange stehen.

Zuerst nämlich hat sich durch denselben eine grosse Neigung auch bei den grossen Grundbesitzern in Ungarn erzeugt, Theile ihrer Güter an Einzelne zu verkaufen, um mit dem Capitale den Rest zur productiveren Wirthschaft überzuführen — eine Neigung, für die es früher wegen des absoluten Netherrechts der Geschlechter keinen Raum gab, und die wegen der übrigen Unsicherheit der Verhältnisse keine entsprechende Kauflust erwecken konnte. Jetzt aber, wo das volle Eigenthum auf jeden Käufer übergehen kann, und wo das erworbene Eigenthum als vollkommen gesichert erscheint, tritt dieselbe nicht bloss mit weit grösserem Nachdruck sondern auch mit einer weit grösseren Berechtigung auf, und wird demnächst zu einem wichtigeren Factor der neuen Verhältnisse werden. Die Erreichung dieses grossen Zieles hat bei dem Mangel an Betriebscapitalien und Arbeitskräften eine wesentliche Voraus-

setzung. Es muss nämlich, so weit als thunlich, dahin gewirkt werden, jene Betriebscapitalien aus andern Ländern herbeizuziehen.

Andererseits aber muss der erste Blick auf die wirthschaftlichen, und namentlich auf die landwirthschaftlichen Zustände Deutschlands jeden vorurtheilsfreien Beobachter darüber belehren, dass vermöge des eigenthümlichen Charakters der deutschen landwirthschaftlichen Classen ein solches überschüssige Capital vorhanden sei, ohne dass dennoch für dasselbe eine angemessene Verwendung dort gefunden werden könnte.

Wer die Gegenden Deutschlands kennt, die sich vor allem durch ihre Landwirthschaft auszeichnen, der wird wissen, dass hier gerade in der neuesten Zeit die Grundbesitzungen ausserordentlich im Preise gestiegen sind. Die Gründe, welche diese Preissteigerung erzeugten, haben zugleich bei den Besitzern in den meisten nördlichen Provinzen die Capitalsbildung gefördert. Allein da zugleich die Höfe entweder durch die Gesetze oder durch die Sitte vor der Zerstückelung bewahrt werden, so hat sich dort eine Classe gebildet, die wir im Allgemeinen als die Classe der jüngeren Söhne bezeichnen möchten. Sie umfasst, von den grösseren Grundbesitzern bis zum Halb- und selbst Viertel-Hufner hinab, alle männlichen Kinder des Hauses, die zwar ein kleineres oder grösseres Geldcapital aus dem väterlichen Erbe erhalten, aber keinen Grundbesitz. Dies Geldcapital ist nun in den bei weitem meisten Fällen zu klein, um ein neues Grundstück dafür kaufen zu können, zu gross, als dass jene genannten Söhne gerade Tagelöhner werden möchten. Auf dem Lande in der Mitte der Landwirthschaft erzogen, haben dieselben weder Lust noch Zeit, sich mit gewerblicher Arbeit zu beschäftigen. Sie stehen daher meist in einem sehr schiefen Verhältnisse, ohne dass demnach ihnen unter jener Ordnung der Dinge unmittelbar zu helfen wäre. Niemand kann sich darüber täuschen, dass dies Verhältniss kein gutes, und dass es dennoch ein im Steigen begriffenes ist. Und daran schliessen sich dann eine Reihe anderer Fälle, welche einzelnen Besitzern das Verlassen ihrer Heimath wünschenswerth machen, so dass auf diese Weise gerade der Fortschritt der Cultur jenen Ueberschuss an Capital und Arbeitskraft für die Landwirthschaft erzeugt, in dem sich Gutes und Bedenkliches in eigenthümlicher Weise vermischen.

Dieser Ueberschuss ist nun bisher wesentlich nach Amerika abgeflossen. Wir haben über die Auswanderung nach Amerika hier natürlich nichts zu sagen. Aber soviel dürfte jetzt feststehen, dass der Zweifel an den Vortheilen und den Annehmlichkeiten der Auswanderung nach Amerika als ein sehr wohl begründeter anzunehmen ist. Die Zahl der Rückkehrenden mehrt sich jährlich. Es kommt darauf an, ihm eine andere Zukunft zu bieten, und bei dem gesunden, geraden Sinne des deutschen Bauernstandes, bei seiner angestammten Tüchtigkeit ist es keine Frage, dass sich, wenn nur einmal die Grundlagen feststehen, alles Einzelne leicht durch eine tüchtige Leitung ordnen werde.

XIII.

Denkt man sich diese grossen, zunächst auf den Realcredit und die auf ihm beruhende Entwicklung der Agricultur berechneten Institute in ihrer vollen Thätigkeit, so leuchtet es ein, dass immer noch ein wichtiges Gebiet übrig bleibt, welches von demselben nicht unmittelbar umfasst wird. Es ist aber nothwendig, auch dieses in seiner Bedeutung mit aufzunehmen, denn es leidet keinen Zweifel, dass erst hier das letzte Glied der auf den Realcredit bezüglichen Pläne gefunden werden wird. Wir meinen nämlich den kleinen Realcredit, der in vieler Beziehung nicht weniger wichtig ist, als der grosse, und welcher zunächst in zwei Hauptarten, den kleinen Realcredit der Städte und denjenigen des Landes zerfällt.

Der kleine Realcredit der Städte nämlich beruhte und beruht noch jetzt auf den Sparcassen. Wir haben hier über die Bedeutung der Sparcassen an sich nichts zu sagen. Allein jede Sparcasse steht ihrer Natur nach in dem Verhältnisse, dass sich die beiden Zweige derselben, das Aufnehmen von Einlagen und das Ausleihen der letzteren, gegenseitig ungefähr decken. Es wird der Regel nach eine Sparcasse ihre Darlehen innerhalb desselben Gebietes geben, in welchem sie zum Empfange von Einlagen berechtigt ist. Aus diesem naturgemässen Verhältnisse ergibt sich nun, dass die Verwendung der Sparcassengelder in den Städten, in denen sie selber entstehen, Platz greift, so dass die Sparcasse gleichsam von selbst die Bank für die kleinen städtischen Hypotheken wird, ein Verhältniss, das in jeder Beziehung ein sehr heilsames und gesundes ist. So ist es wohl allenthalben, und so war es auch in Oesterreich.

Auch dies nun ist in neuerer Zeit durch die Geldnoth und die daraus entstehenden hohen Zinsen ernstlich gestört. Die Möglichkeit, mit den in den Sparcassen deponirten Geldern einen bedeutend höhern Ertrag zu gewinnen als die gesetzmässigen Zinsen der Sparcassen selbst betragen, hielt die grösseren Einlagen von den letzteren zurück, und veranlasste andererseits alle, welche irgendwie bedeutendere Summen zu fordern hatten, ihre Capitalien zu kündigen. Daher die bekannte Erscheinung, dass die ausgezahlten Summen die eingezahlten überstiegen, was wiederum die Kündigung der Sparcassengelder und mithin Verlegenheiten der Sparcassenschuldner zur Folge hatte. Daraus wiederum ergab sich das Sinken des kleinen Realcredits, und dies Sinken äusserte sich in zwei Weisen, die beide gleich sehr bedenklich sind. Zuerst sank der Preis der städtischen Realitäten durch die steigende Schwierigkeit, Geld auf dieselben geliehen zu bekommen; dann nahm auf allen Punkten die Zahl und der Umfang der Bauunternehmungen ab, trotzdem dass die Zahl der Bewohner der grösseren Städte ihre beständige Tendenz zum Steigen beibehielt. Und da es nun ein bekannter und in leicht erklärlicher Weise

wohlbegründeter Erfahrungssatz ist, dass das Blühen der Bauunternehmungen die Bedingung für das Blühen der meisten, und das Zeichen für das Wohlergehen aller Gewerbsunternehmungen ist, so wird man jetzt ohne Schwierigkeit den Grund vieler in dem Gewerbsstande laut werdenden Klagen verstehen.

Es musste daher als eine sehr wichtige Aufgabe anerkannt werden, den Sparcassen ihre frühere Thätigkeit wieder zu geben. Und dies konnte offenbar nur auf einem Wege geschehen. Man musste die Ursache entfernen, welche die der Sparcasse naturgemäss angehörigen Capitalien derselben theils entzog, theils sie von ihnen entfernt hielt. Dieser Grund aber war kein anderer als die unnatürliche Höhe der Zinsen, die aus der Störung der Creditverhältnisse hervorgegangen ist. Es ist eine sehr wichtige Aufgabe der Regierung, durch Herbeischaffung von flüssigem Capital jene naturgemässe Realcreditordnung in den Stand zu setzen, dass sie sich vermöge der im städtischen Kreise selbst liegenden Elemente wieder herstelle. Es bedarf dazu keines Vorschusses und keiner eingreifenden Massregel. Es ist nur nöthig, dass das Geld überhaupt billiger werde, um die Sparcasse wieder zum Mittelpunkte der Ansammlung für den städtischen kleinen Realcredit zu machen. Und die Erfahrung wird schon im Laufe einer kurzen Zeit lehren, wie wichtig und wie praktisch die Herstellung der grossen Creditinstitute um der kleinen willen ist.

Dies nun ist das Verhältniss des kleinen städtischen Realcredits. Wo nun auch das Land Sparcassen von Erheblichkeit hat, da treten für diese auch in den ländlichen Gemeinden die gleichen Gesetze ein. In Oesterreich indessen war und ist dies nur verhältnissmässig wenig der Fall. Hier half bisher ein anderes Institut dem kleinen ländlichen Realcredit in eigenthümlicher Weise aus. Und wir werden jetzt kurz darstellen, wie dies gewesen, wie dies gestört, und wodurch ihm wieder zu helfen ist.

Vor der Einführung der neuen Organisation, unter der Herrschaft der alten Patrimonial-Jurisdiction, bestand ein Verhältniss, das ein ungemein nützliches und entsprechendes war. In jeder patrimonialen Herrschaft nämlich war der Herr zugleich der Verwalter der Waisenfonde, und andererseits waren auch die Grundbücher mit der Herrschaft verbunden. Diese beiden Aufgaben wurden nur von dem Gerichtshalter der Herrschaft verwaltet. Dieselben hatten zuerst die Pflicht, die Waisengelder auf angemessene Art zu belegen, um den Waisen einen Ertrag für ihre Einschüsse zu sichern, und andererseits hatte er das Recht, vermöge seiner Grundbuchsführung ohne grosse Schwierigkeiten etwaige Anlehen auf die Folien der einzelnen Gutsangehörigen zu übertragen. Mitten unter diesen lebend, in genauester Bekanntschaft mit ihrer Wirthschaftsführung in ihrem Anspruche auf Credit, konnte er daher ohne alle Umstände ihnen aus den Waisengeldern Vorschüsse bewilligen, und diese Vorschüsse sofort und beinahe ohne Kosten in die Folien der Bauern eintragen. Das geschah fast in allen Kronländern. Die Waisenfonde wurden die kleinen, communalen Creditbanken. In ihnen sammelten sich die kleinen

Beträge der Waisengelder bis zu einer gewissen runden Summe (weshalb sie die cumulativen Waisenfonde hiessen) und gingen dann an die Creditbedürftigen, die dabei natürlich weder grossen Zeitverlust noch grosse Kosten hatten, und dennoch stets vermöge der genauen Bekanntschaft mit den Einzelnen vollkommene Sicherheit darboten. Es haben diese Waisenfonde auf diese Weise sehr gut gewirkt, und man kann sagen, dass sie es waren, die in den meisten Theilen des Reiches die kleineren Grundbesitzer vor der Geldnoth bewahrt haben.

Diesen alten Zustand der Dinge hat nun die neue Ordnung unmöglich gemacht. Erstens ist der Gerichtshalter verschwunden und an seiner Stelle sitzt ein kaiserlicher Richter, der in den meisten Fällen nicht im Stande ist, den persönlichen Credit der kleinen Grundbesitzer zu würdigen. Andererseits ist die Grundbuchsführung mehr centralisirt, und den Bezirksgerichten überlassen. Die Folge ist, dass jetzt der Bauer, wenn er von dem Waisenfonde eine Anleihe machen will, meistens eine kleine Reise an den Sitz des Bezirksgerichtes zu machen und unvermeidliche Kosten auszugeben hat, während zugleich die einzig mögliche Grundlage der Sicherheit jetzt eine förmliche Schätzung seines Besitzes ist, die stets sehr theuer wird. Durch das Zusammentreffen dieser Umstände hat nun der kleine ländliche Realcredit seine alte Organisation verloren, und das in einer Zeit, wo auch der kleine Landmann mehr als je ein flüssiges Capital nöthig hat.

Behält man nun dabei im Auge, dass die eigentliche Kraft der Monarchie gerade in der Landwirthschaft liegt, und dass jede Entwicklung der letzteren als eine wesentliche Entwicklung des Ganzen angesehen werden muss, so konnte ein so wesentlicher Theil des Geld- und Creditsystems in Oesterreich der ernsten Beachtung nicht entgehen. Und zugleich wird es einleuchten, dass diesem Verhältnisse durch die Hypothekenbank nicht abgeholfen werden kann, da dieselbe schwerlich mit der Lage jener kleinen Creditbedürftigen sich wird befassen können. Die Hülfe liegt vielmehr da, wo der Uebelstand selbst liegt. Da nämlich auch unter den neuen Organisationen einerseits die Waisenfonde und andererseits die Creditbedürftigen geblieben sind, so kömmt es nur darauf an, das geeignete, leicht zugängliche und gewährleistende Vermittlungsglied zu finden, das die Stelle des früheren Gerichtsverwalters zu vertreten im Stande ist.

Nachdem wir nun auf diese Weise in ihren Grundzügen die Gesamtsumme der auf die Ordnung des Credits zunächst des Grundbesitzes bezüglichen Principien dargelegt, bleibt uns jetzt nur noch eine, freilich sehr entscheidende Frage. Es ist die nach der gegenwärtigen augenblicklichen Lage der Zettelschuld und dem Verhältnisse des obigen Systems zu derselben.

XIV.

Viele unserer Leser werden nämlich, wenn sie das bisher Gesagte zusammenfassen, vielleicht mit dem Ganzen einverstanden sein. Aber sie werden dennoch ihren Blick zunächst auf die vorliegenden Zahlen der Zettel, des Silberfonds und endlich der zur Deckung angewiesenen Domänen richten, und das, was später der Fall sein wird, der Zukunft überweisend, sich an die Gegenwart halten, und für diese mit demjenigen nicht befriedigt sein, was sie für jene als gültig anerkennen.

Wir haben hier natürlich nichts mit Denjenigen zu thun, die aus anderen Hintergedanken, oder weil ihnen das Zweifeln und das Opponiren das Denken ersetzen muss, mit nichts zufriedengestellt sind, als mit Gründen, welche Unzufriedenheit bedeuten. Wir reden mit Männern, welche der Sache, um die es sich handelt, klar und fest ins Auge blicken. Und den ernsthaften Bedenken, die diese uns entgegenstellen, haben wir ihr volles Recht widerfahren zu lassen.

Diese nämlich werden uns Folgendes sagen: — „Es ist wahr, dass die Abzahlung der Bankschuld gesichert ist. Aber das kann uns nicht genügen; denn es ist eben so wahr, dass die 60 Millionen der ersten Epoche mittelst der jährlichen Tilgungsquote von 3 bis 5 Millionen erst in fünfzehn Jahren abgezahlt sein werden. Zweitens können die 42 Millionen Zettel der zweiten Epoche doch immer erst nach drei Jahren durch die Einzahlung des Nationalanlehens getilgt sein. Drittens aber ist es wohl zu bedenken, dass selbst durch die Ueberlassung der 155 Millionen an Domänen, gesetzt auch, die Bank verkaufte sie plötzlich und schaffte sogar den ganzen Betrag an Silber herbei, diese Summe des auf diese Weise erzielten Silbers von 155 Millionen, selbst in Verbindung mit den bereits vorrätigen 48 und einzufließenden 35 Millionen, dennoch nicht ausreichen wird, um die Silberzahlung wieder aufzunehmen, und mithin die Valuta ganz herzustellen. Der Notenumlauf beträgt 390 Millionen; demnach würden noch nicht zwei Drittheile an Silber für die Zetteln da sein. Wir glauben daher, auch abgesehen von dem Deficit, dass der augenblicklichen Bedrängniss selbst in den nächsten Jahren nicht abgeholfen werden kann. Die Schwankungen der Valuta werden bleiben, trotz aller jener Massregeln, deren Bedeutung wir sonst gern anerkennen; die Hülfe kann erst die spätere Zeit bringen.“

Dies sind wohlüberlegte, besonnene Bedenken, und diesen haben wir jetzt zu begegnen. Nur müssen wir dabei allerdings um die volle Aufmerksamkeit unserer Leser bitten.

In der That nämlich ist bei objectiver Betrachtung, der Stand der Valuta oder das Silberagio ein unverhältnissmässig niedriger. Die umlaufende Zettelmasse mit circa 390 Millionen Gulden ist, dem Silbervorrathe der

Bank mit einigen 48 Millionen gegenüber, so gross, dass nicht eben ein Cours von 115 gerechtfertigt erscheinen würde. Dennoch zeigt die Geschichte der Valuta bei all den grossen und gefährlichen Schwankungen, welche dieselbe erlebt hat, stets eine ganz entschiedene Tendenz zur Herstellung des vollen Gleichgewichtes zwischen Papier und Silber. So wie nur die eingreifenden grossen Massregeln bekannt werden, so wie nur das leitende Princip hervortritt, sehen wir das Agio sinken, und nicht das Verhältniss zwischen Silbervorrath und Notenmasse, sondern äussere Umstände sind es, die mit ihrer bekannten Gewalt das sich nähernde Gleichgewicht stets wieder entfernt haben.

Es kann daher nicht zweifelhaft sein, dass bei dieser Bestimmung noch ein anderer Factor als der blosse Silberfond der Bank mitwirkt. Und es scheint uns nothwendig, diesen Factor mit allem Nachdruck hervorzuheben. Denn wenn er wirklich thätig ist, so ist es gut, dass sein Einfluss sich nicht bloss auf die wirklichen Verhältnisse erstreckt, die sich ihm nicht entziehen können, sondern auch auf die Meinung über jene, die ihrerseits nicht ohne Bedeutung bleibt. Da aber dieser Factor beinahe ganz unbeachtet geblieben ist, so sehen wir uns gezwungen, einen Schritt weiter zu gehen, um seine Natur zu erklären.

Die Fundirung von jeder Art von Papiergeld besteht nämlich ihrem Wesen nach darin, dass man die Note oder den Zettel vermöge irgend einer Bestimmung oder Einrichtung ganz in derselben Weise gebrauchen könne, wie das edle Metall. Die Möglichkeit der Einwechslung ist an und für sich nicht absolut die Grundlage des Werthes einer Note, sondern sie ist nur das sichere Mittel, um jenen Gebrauch des Papiers anstatt des edlen Metalles festzustellen. Es leuchtet daher ein, dass wenn es daneben noch ein anderes sicheres Mittel gibt, auch vermöge eines solchen eine Fundirung erzielt werden kann.

Dies Mittel besteht nun nicht in dem Zwangscours. Der Zwangscours kann allerdings erreichen, dass ein Papier anstatt des edlen Metalles wirklich gebraucht werde, nicht aber, dass dasselbe genau denselben Dienst leiste, wie das edle Metall; das heisst, dass man mit ihm genau dieselbe Summe bezahlen könne, die man mit dem Betrage seines Nennwerthes in Silber oder Gold bezahlen würde. Und desshalb gibt es Viele, welche die Nothwendigkeit und den Nutzen eines Zwangscourses überhaupt in Abrede stellen, indem sie davon ausgehen, dass bei dem Mangel an edlen Metallen in solchen Fällen die Annahme von Noten oder Zetteln ohnehin gewiss sei, während der Geldwerth der letzteren, das worauf eigentlich die Bestimmung eines Zwangscourses abzielt, dennoch der gesetzlichen Vorschrift und ihrem Einflusse sich entzieht.

Es ist vielmehr ein anderes Verhältniss, welches hier in Betracht kommt. Es gibt nämlich einen Punkt, auf welchem die Pflicht der Zahlung

eine ganz absolute, und zugleich in ihrer Summe ganz genau bestimmte ist. Das ist die Zahlung der Steuern und Abgaben.

Die Pflicht der Zahlung der Steuern und Abgaben kann nun in den Staaten der Regel nach nur durch Zahlung der betreffenden Summen in Metallgeld erfüllt werden. Diese Pflicht hat zugleich in jedem Staate nicht bloss einen annähernd genau bestimmten Umfang, sondern auch, mit Ausnahme der indirecten Steuern, einen bestimmten Termin. Oder es gibt vermöge der Steuern und Abgaben in jedem Staate gewisse Zeiten und gewisse Verkehrsbewegungen, bei welchen die Staatsangehörigen eine bestimmte und grosse Masse von Metall brauchen, um ihre Verpflichtungen gegen den Staat zu erfüllen.

Wenn nun der Staat diese Verpflichtungen als gelöst ansieht, oder kürzer und klarer gesagt, den Betrag der Steuern und Abgaben als vollständig gezahlt betrachtet, wenn ihm ein gewisses Papier statt des edlen Metalles in seine Casse fliesst, das auf dieselbe Summe lautet, welche der Staat sonst gesetzlich in edlen Metallen zu fordern hätte, — so leuchtet es ein, dass auf diese Weise ein solches Papier jedem, der Steuern zahlen soll, genau dieselben Dienste leistet, wie derselbe Betrag an Silber. Denn ohne dieses Papier würde der Einzelne eben Silber bezahlen müssen; das Papier gewinnt daher die Eigenschaft des edlen Metalles, obgleich man es nicht gegen edles Metall einwechseln kann. Es wird vielmehr die Einwechslung in der That in diesem Falle auch ganz unnütz; denn der zur Steuerzahlung Verpflichtete würde doch das edle Metall, welches er gegen seine Zettel einwechselte, sofort als Steuer wieder ausgeben müssen. Aber indem es vermöge der Steuerzahlung zu seinem vollen Nennwerthe als Silber fungirt, ist es durch diese seine Fähigkeit fundirt.

Es gibt mithin zwei Arten von Foundationen und nicht eine, wie die gewöhnliche Ansicht meint, die bankmässige Foundation, die durch den Silbervorrath der Banken erzielt wird, und die Steuerfoundation, die durch die Erklärung gegeben wird, anstatt des Silbers an den Staatscassen Zettel bei den Steuerzahlungen annehmen zu wollen.

Diese Steuerfoundation folgt nun ganz bestimmten Principien, die auf zwei Voraussetzungen beruhen. Erstlich nämlich auf der Grösse der Staatseinnahmen überhaupt, und zweitens auf den Perioden, in welchen diese Einnahmen von den Steuerpflichtigen gezahlt werden müssen. Je grösser nämlich die Summe der Steuer ist, desto grösser ist auch die Summe der Zetteln, welche durch die Steuer ihre Foundation erhalten. Nun scheint es auf den ersten Blick, als könnte man demgemäss die ganze, der jährlichen Staatssteuer gleichkommende, oder doch eine ihr sehr nahestehende Summe von Zetteln als durch diese Steuer fundirt ansehen. Indessen ist das nicht in dieser Ausdehnung der Fall, denn da die in die Staatscassen einfliessenden Summen von denselben stets wieder ausgegeben werden, so werden diese Zettel stets wieder auf dem Markte erscheinen. Indessen leidet es durchaus keinen

Zweifel, dass ein Betrag von solchen Zetteln im Belaufe von einem Drittheile der Steuersumme eines ganzen Reiches als vollkommen fundirt angesehen werden kann, — eben so vollkommen, als ob die vollständigste bankmässige Foundation vorhanden wäre, und dass selbst bei einem Zettelbetrage gleich der Hälfte der Staatseinnahmen ein Heruntergehen des Werthes desselben unter den Pari-Cours, noch nicht in der Natur jener Zettel, sondern in ernsteren Veranlassungen zu suchen wäre.

XV.

Wir wollen nun versuchen zu zeigen, dass nach den einfachen und klaren Grundsätzen über Papiergeld die Papiergeldsumme Oesterreichs als wirklich vollkommen fundirt angesehen werden muss. Denn es wird wohl schon auf diesem Punkte klar sein, dass jene ganz einfache arithmetische Berechnung durchaus nicht mehr ausreicht, um das wahre Verhältniss auszudrücken, wenn man bloss die Summe der Notenmasse auf die eine und die Summe des Silbers auf die andere stellt. In der That sollte man sich doch bedenken, so ernste und tiefgreifende Fragen auf einem so mechanischen Wege lösen zu wollen.

Es wird der Bank nicht schwer fallen, ihre Notenausgabe durch die mannigfachen Zuflüsse, welche ihr aus der Bedeckung der Schuld des Staates zugehen werden, in kurzer Zeit auf 350 Millionen zu beschränken. Diese Beschränkung kann auch dem Verkehre nicht lästig werden, da mittlerweile die neu geschaffenen Creditinstitute ihre Wirksamkeit beginnen und reichlich ersetzen werden, was auf anderer Seite entzogen werden muss. Wenn man nun von jener Summe wenigstens 50 Millionen abrechnet, welche stets bei den vielen Staatscassen in Vorrath liegen und die daher nicht im Umlaufe sind, so erübrigen eigentlich nur 300 Millionen Noten, für welche die Bank die normalmässige Foundation mit 100 Millionen in Silber zu beschaffen hat. Dies kann geschehen, da die Bank bereits 48 Millionen besitzt, weitere 35 Millionen durch die Ausgabe neuer Actien empfängt, und daher nur die fehlenden 17 Millionen auf anderem Wege aufzubringen braucht.

Zu dieser normalmässigen Foundation von 1 zu 3 tritt aber die ausserordentliche Steuerfoundation hinzu. Da die ordentlichen Staatseinnahmen über 250 Millionen betragen, so wird man die Annahme nicht übertrieben finden, dass wenigstens 100 Millionen Noten in allen Theilen des Reiches im Umlaufe festgehalten werden, wenn nur in diesen Noten die Steuern an die Staatscassen bezahlt werden können. Die Steuerfoundation im Vereine mit der Bankfoundation stellt daher das Verhältniss von 2 zu 3 her.

Ausserdem hat aber die Bank durch die Ueberweisung der Güter eine grosse Foundation von 155 Millionen erhalten. Allerdings kann solche erst im Verlaufe einiger Jahre durch den Verkauf derselben flüssig gemacht werden.

Wir haben aber bereits gezeigt, dass die dadurch dargebotenen Mittel auch schon früher in vielfacher Art nutzbar gemacht werden können. Man nehme zum Beispiele an, dass es gelänge, eine bedeutende Summe in Silber auf die Domänen zu erhalten, um solche nach und nach aus den eingehenden Geldern durch deren Verkauf zu ersetzen, so wird man nicht mehr in Abrede stellen wollen, dass selbst die Aufnahme der Barzahlung bei der Bank als eine nahe Möglichkeit erscheinen kann.

Dies ist nun der wahre Sachverhalt des österreichischen Notenwesens. Wir wiederholen ausdrücklich, dass wir dies alles wesentlich desshalb angeführt haben, um zu zeigen, bis wie weit eigentlich die unmittelbar dringendste Aufgabe der Finanzen geht, um die Valuta herzustellen. Wir sind von nichts weiter entfernt, als davon, uns ein Urtheil über die künftigen und besseren Massregeln anzumassen. Allein es musste uns darauf ankommen, die Ueberlassung der Domänen an die Bank nicht bloss, wie wir das im Eingange gethan haben, in ihr naturgemässes Verhältniss zu dem ganzen bisherigen Gange der Finanzverwaltung einerseits, und zu der Landwirthschaft mit ihrem neuen Entwicklungsprocesse andererseits darzustellen, sondern zugleich zu zeigen, dass gerade jene Summen auch in richtigem Verhältnisse zu dem wahren Bedürfnisse nach der Fundirung der gegenwärtigen Notenmasse und mithin nach der Erfüllung eines der grössten und unabweisbarsten Bedürfnisse steht, das von der Staatsverwaltung eben so lebhaft als von dem Volke gefühlt wird. Und wenn es uns gelungen sein sollte, damit die einheitliche Berechnung und die richtige Harmonie der Massregeln, welche nunmehr vorliegen, nachzuweisen, so werden wir allerdings glauben, wenigstens einen nicht unwesentlichen Theil unserer Aufgabe gelöst zu haben.

In jedem Falle aber ist es einleuchtend, dass die Aufgabe der Finanzverwaltung gegenüber der Zettelschuld und der Valuta eine sogar in kurzer Zeit lösbare erscheint. In der That liegt nun die Sache bei dem Zusammenwirken der Verhältnisse so, dass für diese Herstellung jetzt nur noch die Innehaltung eines klaren verständlichen Princips nothwendig erscheint. Es ist ein unendlicher Fortschritt, wenn die Dinge dahin gebracht sind, dass sie nur noch das Vertrauen auf ihre Leitung fordern, um ihr günstiges Ziel zu erreichen. Die beste Garantie aber für jede Ausführung wird stets nicht bloss in der principiellen Richtigkeit, sondern auch in der organischen und einheitlichen Ausbildung des Princips liegen, das seinerseits nicht nur für den Augenblick, sondern zugleich für die künftige Entwicklung der Dinge einen bestimmten und leicht verständlichen Weg aufstellt.

XVI.

Wir haben jetzt noch einen Blick auf die letzte, nicht minder tief in die Verhältnisse eingreifende Massregel zu werfen, die nach einer anderen, bisher nicht berührten Seite hin die Förderung der wirthschaftlichen Entwicklung und mit ihr zugleich die Erhöhung der Steuerkraft des Staates zu ihrer Aufgabe hat. Wir meinen die Herstellung einer Bank für die Geldbedürfnisse der wachsenden Geschäftsthätigkeit in Handel und Gewerbe.

Es kann unsere Absicht nicht sein, an diesem Orte schon auf das Einzelne einzugehen. Bekanntlich haben die grossen Creditinstitute überhaupt das mit allen anderen Unternehmungen gemein, dass sich das Einzelne in ihnen immer erst durch die wirkliche Praxis ausbildet; das Wesentliche ist, dass im Anfange für solche Anstalten zwei Dinge feststehen. Und zwar erstens ein bestimmtes Bild von der Aufgabe, welche ein solches Institut übernehmen soll, oder, um uns anders auszudrücken, von dem Platze, den es in dem gesammten Creditwesen eines Staates auszufüllen hat, und zweitens den Grundsatz, nach welchem die Ausführung im Allgemeinen geleitet werden muss. Es wird nicht ohne Interesse sein, wenn wir von diesem Gesichtspunkte aus die Elemente jenes neuen Institutes auch für ein grösseres Publikum darzustellen versuchen.

Vergleicht man die allgemeinen Grundlagen der von uns näher bezeichneten Hypothekenbank mit dem Gesamtbedürfnisse des Landes, so wird man ohne Schwierigkeit erkennen, dass die allgemeinste Aufgabe eines solchen neuen Institutes die sein muss, für Handel und Industrie dasselbe zu werden und zu leisten, was die Hypothekenbank ihrerseits für die Landwirthschaft zu leisten bestimmt ist. Da aber bereits mehrere mächtige Institute bestehen, so wird es vor allen Dingen nothwendig sein, in allgemeinen Zügen das Grundverhältniss der neuen zu der Stellung der bisherigen Anstalten zu veranschaulichen. Es wird sich dabei weniger um eine Reihe von ziffermässigen Angaben handeln, als davon, dass es uns gelinge, die eigentliche, und wie wir gleich hinzufügen wollen, eigenthümliche Natur des Geld- und Creditverkehrs in Oesterreich in ihrem Wesen zu treffen. Zu dem Ende sind wir auch hier gezwungen, nicht bei der unmittelbaren Gegenwart stehen zu bleiben. Wir werden einen Blick in die Vergangenheit thun müssen, um über ein Unternehmen zu reden, das für eine lange Zukunft wirksam sein soll.

Die erste Frage nämlich wird naturgemäss die sein: Was ist es, das ein solches neues Institut nothwendig macht, da ja schon die Nationalbank mit grossartigen Mitteln besteht, um das Creditwesen Oesterreichs zu leiten. Wir glauben nicht, dass es thunlich sein wird, diese Frage gründlich in anderer Weise zu beantworten, als indem man sich den geschichtlichen

Gang des grossen Creditwesens in seiner Verbindung mit anderen Elementen des volkswirtschaftlichen Lebens zur Anschauung bringt.

Bis zu diesem Jahrhundert nun war der Grosshandel Oesterreichs namentlich mit dem Westen ein sehr geringer im Verhältnisse zu der Grösse des Landes. Die Verbindung der Prohibition mit einem Prohibitiv-Schutzzoll machte einen lebhaften Verkehr so gut als unthunlich. Es war das Princip der Regierung gewesen, wo möglich durch jene gewaltsamen Mittel die ganze oder doch die grösste Consumption der Nation an ihre eigene Production ausschliesslich zu binden. Und dieser Zweck war bis zu einem sehr bedeutenden, wenn auch sehr bedenklichen Grade erreicht worden. Wir haben von den Folgen, welche dieses Verfahren hatte, nur diejenigen zu betrachten, welche sich auf das Geld- und Creditwesen bezogen. Diese aber sind allerdings gerade hier entscheidend.

Es war nämlich natürlich, dass durch diesen engen und möglichst scharf begränzten Kreislauf der Producte auch der Geldverkehr Oesterreichs stets zum bei weitem grössten Theile sich in den Gränzen dieses Reiches hielt. Unter diesen Umständen nahm auch die Nationalbank einen eigenthümlichen Charakter an. Eingerichtet für die Ordnung der Zettelschuld und mit grosser Anstrengung für diese arbeitend; ward sie natürlich zum grossen Centrum für den ganzen Geldverkehr Oesterreichs, so weit sich derselbe auf das Staatsschuldenwesen bezog. Aus dieser Beschränkung hätte sie nur ein kräftig commerzieller und industrieller Verkehr mit dem Auslande herausreissen können. Die Nationalbank blieb aber mit ihrem Credit und Wechselverkehr auf einen verhältnissmässig engen Kreis beschränkt. Sie konnte nur mit den grösseren Geschäftsleuten verkehren, und die von ihr escomptirten Wechsel hatten es einem sehr grossen Theile nach auch wirklich entweder nur mit den Zahlungen des Staates oder der einzelnen grössten Geschäftsmänner zu thun. Sie war auf den Geldmarkt mit ihrem Escomptegeschäft angewiesen; auf den Gütermarkt hatte sie nur mittelbar Einfluss.

Dieser eigenthümliche und engbeschränkte Charakter der Nationalbank fand seinen ernstern Ausdruck in den Bestimmungen, an welche die Verwaltung derselben durch die Statuten gebunden war, und die mit einer einzigen Ausnahme noch diesen Augenblick gelten.

Die erste dieser Bestimmungen war der Grundsatz, dass jeder Wechsel, den die Bank escomptirte, drei Unterschriften haben musste, die alle drei der Bank genügten. Das erzeugte eine ungemeine Sicherheit für das Escomptegeschäft, aber es schränkte dieses Geschäft auch natürlich auf einen sehr engen Kreis von Geschäftsleuten, und vorzugsweise von Banquiers ein, so dass sich die Sphäre der bankfähigen Häuser weit schärfer von den übrigen schied, als es für die Entwicklung des Ganzen gut war.

Die zweite Bestimmung, erst im vorigen Jahre aufgehoben, war die Ausschlussung aller Domicil-Wechsel vom Escompte der Bank, welche in anderer Weise dieselbe Consequenz hatte.

Die dritte, vielleicht wichtigste Bestimmung ist die, dass die Bank durchaus keine Vorschüsse auf Industrie-Papiere macht. Sie beschränkt sich absolut auf Staatspapiere.

Dies war im Grossen und Ganzen die Lage der Dinge, als mit dem Jahre 1848 eine Reihe von Erscheinungen eintrat, die aufs tiefste auch in das Geschäft der Bank eingreifen mussten. Von diesen Erscheinungen heben wir nur die beiden wichtigsten hervor, welche auf die gegenwärtige Stellung der Bank einen entscheidenden Einfluss geübt haben.

Die erste dieser Thatsachen war das Verhältniss der Bank zum Staate. Sie ward gezwungen, dem Staate grosse Vorschüsse in Noten zu machen, und ihre Kräfte nach dieser Seite hin fast zu erschöpfen. Sie musste, von den Finanzen aufs Aeusserste in Anspruch genommen, jetzt mit doppelter Vorsicht zu Werke gehen. Sie war nicht in der Lage, den hartbedrängten Geschäftsleuten ernstlich unter die Arme zu greifen, da sie selbst hart genug bedrängt war. So kam es, dass sie mitten in einer Zeit, wo auf allen Punkten die alten Schranken fielen, die Schranken ihres Geschäftes mit der alten Strenge aufrecht halten musste, und nur in beschränktem Masse aushelfen und unterstützen konnte.

Unterdessen bereitete und vollzog sich die zweite nicht minder wichtige Thatsache. Das Princip der Prohibition und das des übermässigen Schutzzolles widerstand nicht länger dem Drange der Zeit. Eine freiere Zollordnung musste kommen. Es kam nur darauf an, dieser ihren höheren Inhalt im Geiste einer grossartigen Handelspolitik zu geben. Das geschah, als Oesterreich auch auf dem volkswirtschaftlichen Gebiete Deutschland die Hand reichte. Jetzt begann der erste Pulsschlag eines neuen Lebens. Oesterreich fing an, im Auslande als eine consumirende und producirende Macht aufzutreten. Es ward mit all seinen grossen Schätzen eigentlich erst entdeckt.

Es ist durchaus nicht leicht, sich ein klares Bild von diesem Umschwunge zu machen, der gerade hier fast mit einem Male, in dem kurzen Zeitraume weniger Jahre, auf das tiefste in alle Zweige von Handel und Industrie hineingegriffen hat. Die Thätigkeit aller Unternehmungen musste verdoppelt werden. Die Verdopplung dieser Thätigkeit aber war gleichbedeutend mit einer Verdopplung des Betriebscapitals; ganz ähnlich wie bei der Landwirthschaft das Capital nothwendig ward durch die Befreiung der Arbeitskraft von der Robot, ward hier das Capital nothwendig durch die Befreiung von Prohibition, Zollschranken und anderen Fesseln, und durch die Annäherung an Deutschland und seine Märkte. Zu gleicher Zeit aber floss das bis dahin vorhandene Capital in andere Canäle ab, und so kam es denn in ganz einfacher Weise, dass bei den Unternehmungen aller Art sich eine Nachfrage nach Geld herausbildete, die für Oesterreich etwas ganz Ausserordentliches, etwas Unerhörtes war. Das Creditbedürfniss zeigte sich hier, weil der Credit zu rasch gefordert wurde, als eine

schwer auf dem ganzen gewerblichen Leben lastende Geldnoth; und zwar vorwaltend als eine Geldnoth für die mittleren und kleinen Unternehmungen.

Unter diesen Umständen wendete sich das Creditbedürfniss der Nation zuerst natürlich der Nationalbank zu. Allein diese vermochte doch nur wenig zu helfen. Erstlich besass sie keine Mittel, die im Verhältnisse zu den Bedürfnissen der neuen Epoche der Volkswirtschaft gestanden hätten, selbst nicht nach der Emittirung der zweiten Hälfte ihrer Actien. Zweitens aber besass sie als Zettelbank nicht die für jene Lage der Dinge geeignete Stellung, in welcher sie dem Lande hätte helfen können. Die Bank kannte die Masse des gewerblichen Volkes eben so wenig, als diese sie kannte. Allerdings entschloss man sich bald dazu, Filiale der Bank an den bedeutenderen Handelsplätzen einzurichten. Allein natürlich behielten diese Filiale das Grundprincip des Hauptinstituts bei, und die Escomptirung blieb nach wie vor von Bedingungen abhängig, die durch die ganze Lage der Bank allerdings vollkommen motivirt waren, aber freilich gerade der grösseren Anzahl nicht helfen konnten.

Dies war die Lage des allgemeinen Credits seit dem Jahre 1850, und dies ist sie einem wesentlichen Theile nach noch gegenwärtig. Man wird schon hier erkennen, welch' ein weites und wichtiges Feld die Bank übrig lassen musste, ohne es selbst betreten und dem Geschäftsleben helfen zu können. Aus dieser Noth nun entstand ein neues, in mancher Beziehung eigenthümliches Creditinstitut, das durch seine Eigenthümlichkeit es verdient besser gekannt zu werden.

XVII.

Man wird aus der ganzen bisherigen Darstellung gesehen haben, dass durch den Gang der Dinge sich der Mittelpunkt aller grösseren Geldgeschäfte in Wien concentrirt hatte. Wien war der einzige Platz, wo wirklich Geld vorhanden war; die Bank trotz ihrer grossen Aufgaben im Staatsschuldenwesen war doch noch immer das grösste Reservoir für flüssige Capitalien, und andererseits war auch Wien der Mittelpunkt für eine Menge der wichtigsten Industriezweige.

Hier, wo sich auf diese Weise eine Masse von Unternehmungen auf industriellem Gebiete sammelte, musste daher auch jenes Creditbedürfniss zuerst und am lebhaftesten gefühlt werden. Wien war zugleich durch die beständig fortschreitende Entwicklung des österreichischen Eisenbahnsystems der Mittelpunkt eines an Lebhaftigkeit immer zunehmenden Handels nach Aussen geworden. Die österreichischen Fabrikanten hatten auf den verschiedenen grossen Ausstellungen Europas das höchste Interesse Europas auf sich gezogen, die Bestellungen kamen, und zwar nicht bloss aus Europa, sondern selbst von jenseits des atlantischen Meeres; der Wechselverkehr

hob sich, und mit beiden natürlich der Bedarf nach der Escomptirung von Wechseln, wie sie eben den kleineren, im Aufschwunge begriffenen Unternehmungen zusagen. Kleine Wechsel von an sich unbedeutendem Betrage, und von Ausstellern, die ihren Namen und ihren Credit in der grossen commerziellen Welt erst mit ihrer Arbeit gleichsam erobern sollten, deren Escomptirung aber aus den angegebenen Gründen eine Lebensfrage für die entstehenden Unternehmungen war, diese Wechsel nun escomptirte die Bank nicht, nach dem oben angegebenen Principe. Und es ward daher die Herstellung zunächst eines solchen Institutes absolut nothwendig, durch welches dieser Classe von Unternehmern, einer Classe, auf deren lebendiger und tüchtiger Entwicklung im Grunde der ganze Fortschritt des industriellen Lebens Oesterreichs beruhte, ein Credit eröffnet wurde.

Das Institut nun, durch welches dies geschah, war die niederösterreichische Escompte-Gesellschaft. Die Aufgabe dieser Gesellschaft, deren Statut unter dem 16. December 1853 bestätigt ward, und die mit dem Jahre 1854 ins Leben trat, war demnach im Allgemeinen die, der mittleren Classe der gewerblichen Welt auf sichere Wechsel durch ihr Escompte Geld zu verschaffen. Sie war daher eine Creditanstalt, wie die Verhältnisse sie forderten. Ihre Operationen beruhten zunächst auf einer zweifachen Grundlage. Sie bildete ein eigenes Actien-Capital, und dann eröffnete ihr die Bank einen Credit. Die Benützung dieses Credits hatte aber bei der Bank die absolute Sicherheit dieser Wechsel zur Bedingung. Es kam mithin darauf an, diese absolute Sicherheit für Wechsel von kleinen Beträgen und von zum Theil in der grossen Welt gänzlich unbekannten Namen zu finden. Dieser Zweck ward nun in einer eigenthümlichen Weise erreicht, bei der das Princip der Association in einer durchgreifenden Art in Anwendung trat.

Die Escompte-Gesellschaft nämlich bildete sich mit einem eigenen, zwar nur kleinen Fonde von 10 Millionen Gulden auf Grundlage von Actien zu 500 Gulden, die auch in halben Actien zu 250 Gulden ausgegeben wurden. Davon wurden zunächst nur 10,000 Actien mit 5 Millionen ausgegeben. Die Gesellschaft lässt dann Theilnehmer mit solidarischer Haftung zu, denen ein Credit bis zum Minimum von 300 Gulden eröffnet wird, wofür der Creditinhaber fünf Percent seines Credits sogleich einzahlt, ohne Rücksicht auf die Creditbenützung, aus welchen Einzahlungen ein Sicherheitsfond gebildet wird. Die Escompte-Gesellschaft bietet also eine doppelte Sicherheit, zuerst durch ihr eigenes Actiencapital, und zweitens durch die solidarische Haftung der Creditinhaber; und es ist daher, da die Gesellschaft sich zunächst bei den letzteren vollkommen sicherstellt, die grösste Gewähr für die Wechsel der Escompte-Gesellschaft gegeben, die überhaupt gefunden werden kann.

Um diese Grundsätze zu verwirklichen ist die Gesammtheit aller Actionäre in der Generalversammlung und neben dieser ein Ausschuss der Theilnehmer oder Creditinhaber aufgestellt, so dass beide Elemente, Credit und Capital, sich gegenseitig controlliren. Das Wichtigste aber ist dabei

offenbar, dass vermöge dieser Einrichtung die Möglichkeit einerseits und das Interesse andererseits gegeben ist, um die Solidität aller derjenigen zu überwachen, welche als Creditinhaber bei der Gesellschaft auftreten. Es ist die engste Verbindung zwischen dem Einzel- und dem Gesamtcredit, der überhaupt erzielt werden kann, und zugleich ein Organ, das nach allen Seiten hin beständig ein wachsames Auge gerade auf jene kleinen Geschäfte richten muss, die mit ihrem geringen Betriebscapital den wachsenden Anforderungen des Unternehmungsgeistes genügen sollen.

Aber freilich wird man, wenn man einen Blick zurückwirft auf den Gesamtzustand der Creditverhältnisse in Oesterreich, wie wir ihn eben charakterisirt haben, nicht verkennen, dass damit nur die eine Seite der grossen Frage, und auch diese nur auf einem localen Gebiete gelöst war. Zu derselben Zeit nämlich, wo dies geschah, entfaltete sich das industrielle Leben Oesterreichs nicht bloss seinem Inhalte, sondern auch seinem Umfange nach in grossartigen Dimensionen. Die Theile des grossen Reiches traten mit einander in Verbindung. Die Productionen begannen für einander zu arbeiten, ohne Rücksicht darauf, in welcher Provinz sie Platz griffen. Die Eisenbahnen dehnten sich aus; sie wurden Mittel und Bedingung der Einheit des grossen Güterlebens, das sich hier entfaltete; der Handel nach Aussen wuchs; die Donau forderte immer neue Verkehrsmittel; Wien war noch immer der Mittelpunkt, aber nicht mehr die Herrin des Geschäftslebens. Und während die Eisenbahnen, Schifffahrt, Landwirthschaft, Industrieanlagen, immer neue Capitalien für sich absorbirten, trat das Bedürfniss des Credits seinerseits immer mehr in den Vordergrund. Es ward täglich nothwendiger, demselben abzuhelpen, und das vermochte die Escompte-Gesellschaft nicht. Sie vermochte es nicht, erstlich weil sie ihrer ganzen Anlage nach darauf angewiesen war, nur Wechsel zu escomptiren, und sich bei ihrem verhältnissmässig geringen Capital gar nicht darauf einlassen konnte, Vorschüsse zu machen z. B. auf Industriepapiere und Aehnliches. Sie konnte es zweitens nicht, weil sie sich statutenmässig auf Niederösterreich beschränkte, das grosse industrielle Leben aber weit über die Grenzen dieses Landes hinausging. Zwar lag es im Allgemeinen im Plane, an jedem Orte, wo die Nationalbank ein Filiale hatte, eine Escompte-Gesellschaft nach dem Muster der niederösterreichischen zu errichten. Allein erstlich hatte dies grosse Schwierigkeit durch die noch unentwickelte Natur der Industrie- und Creditverhältnisse der einzelnen Kronländer, andererseits blieb die Schwierigkeit, dass selbst vermöge eines solchen Systems von Escomptebanken doch nur das kleine Wechselgeschäft geordnet werden konnte, während der grössere industrielle Credit damit immer noch darniederlag. Es musste daher ein grösserer, umfassender Gedanke in diese Verhältnisse hineingreifen; und jetzt müssen wir uns gestatten, diejenige Seite dieses Gedankens hervorzuheben, durch welche derselbe in die Fragen eingreifen muss, welche auch den Staat und seine Finanzen berühren.

XVIII.

Dass die Finanzverwaltung Oesterreichs schon seit 1848 nicht mehr auf dem Standpunkte war, die Hilfsquellen des Staates bloss in den gesetzmässigen Einnahmen an und für sich, sondern vielmehr in der wirthschaftlichen Kraft des Landes zu suchen, dafür wird wohl schon das bisherige einen hinreichenden Beweis liefern. Es ist ohne alles überflüssige Hervorheben der einzelnen grossen Thatsachen klar genug, dass die Finanzverwaltung seit jener Zeit, indem sie mit grossen Opfern die augenblicklichen Bedürfnisse befriedigte, die Lösung der eigentlichen finanziellen Frage in der Entwicklung der Steuerkraft des Landes suchte.

Dass nun dabei auch die Entwicklung der Industrie und des Handels eine nicht minder wichtige Rolle spielte, wie die der Landwirthschaft, zeigt der erste Blick auf alles dasjenige, was geleistet worden ist. Und wenn daher jene Creditverhältnisse nicht eine ganz bestimmte Beziehung auch zu der Finanzverwaltung gehabt hätten, so würde der Keim des allseitigen Fortschrittes sich von selber entwickelt haben.

Allein gerade jener Mangel an Creditcapitalien war es, der alles, was namentlich bei den kleineren Besitzern an barem und disponiblen Gelde vorhanden war, auf die unter den obigen Verhältnissen doch immer sehr unsicheren, wenn auch gewinnreichen Geldgeschäfte des täglichen Verkehrs hinzog. Es musste dadurch einerseits die Steuerzahlung schwer fallen, weil das Geld durch den Mangel an Credit zu viel Werth hatte; andererseits aber sah man als ganz naturgemässe Folge, dass alle, namentlich die kleineren Besitzer von Staatseffecten, dieselben auf den Markt trugen, sie verkauften, und mit dem Erlöse Creditgeschäfte machten, oder sie um jeden Preis zur Erhöhung ihres eigenen Betriebscapitals losschlugen, weil bei der mangelhaften Organisirung des Creditwesens ihnen jener Credit noch theurer zu stehen kam, als wenn sie ihre Papiere behielten. Durch die Vermehrung des Angebots bei schwankender und zweifelnder Nachfrage musste der Cours aller Staatspapiere nothwendig viel tiefer stehen, als er naturgemäss hätte sein können. Dadurch ward wieder das einfache Mittel zu definitiver Ordnung der Valuta, die Herstellung eines ausreichenden Silberfondes vermittelst Anlehen so theuer, dass die Finanzverwaltung jedes andere Mittel lieber als dieses ergriff; und so wirkte der Mangel an einem guten und den Bedürfnissen entsprechenden Creditinstitute nachtheilig auf den Staatscredit ein. Es war durchaus nicht zu verkennen, dass die Hebung des Privaterredits ein Hinaufgehen der Course für die Staatsobligationen theils durch Verringerung des Angebots von Seiten der Besitzer, theils durch Vermehrung der Nachfrage von Seiten der Geldinhaber erzeugen, und mithin der Privateredit in seiner neuen und organischen Gestalt die Grundlage der Hebung des Staatscredits sein werde.

Fasst man nunmehr diese einfache und natürliche Thatsache zusammen mit der Natur und dem Umfange der bestehenden Creditinstitute, wie wir dieselben eben beschrieben haben, so wird man erkennen, dass zur Erfüllung der ganzen Aufgabe der neuen Finanzverwaltung, abgesehen sogar von allen anderen staatswirthschaftlichen Beziehungen, hier noch ein sehr wichtiges Gebiet vorlag, wollte sie anders, wie das gerade in Oesterreich nothwendig war, die neue Ordnung des staatswirthschaftlichen Lebens auf die lebendige und gesicherte Ordnung der volkswirthschaftlichen Entwicklung bauen, das eine zur kräftigen Grundlage des andern machend. Es musste einerseits zur freien Entfaltung der neu aufblühenden gewerblichen Epoche, andererseits zur Hebung des unter dem zu starken Abflusse der disponiblen Capitalien leidenden Staatscredits eine grosse Creditanstalt für die ganze Monarchie errichtet werden, geeignet, die in dem Bestande des industriellen Vermögens schlummernden Capitalien zu lebendigen Factoren der industriellen Entwicklung zu machen. Erst mit der Lösung dieser Aufgabe konnte man ein System für ausgebildet ansehen, das nunmehr alle Gebiete des wirthschaftlichen Lebens, und zwar sowohl der Zukunft als der Gegenwart umfasste, und das durch Klarheit der Auffassung und Grossartigkeit der Mittel die Gewähr des Gelingens in sich tragen musste, und welchem daher die grösste Freiheit der Bewegung gestattet werden konnte. Wir haben natürlich über das Einzelne dieses letzten Theiles des Planes, dessen Umrisse wir in dieser Arbeit zu verzeichnen gesucht haben, nur wenig zu sagen. Es leuchtet ein, dass das neue Creditinstitut im Wesentlichen für Handel und Industrie dasselbe sein soll, was die Hypothekenbank für die Landwirthschaft werden wird. Es ist gleichsam die Hypothekenbank des gewerblichen Capitals. Und es durfte daher in Anlage und Ausführung, in Solidität und Umfang nicht hinter jenem Creditinstitute der Landwirthschaft zurückbleiben. Es war bei der Lage des Credits, wie er in Oesterreich sich gegenwärtig entwickelt, mit einer geringen Zahl von Millionen nicht geholfen.

Wenn man die eben von uns dargelegten Verhältnisse in's Auge fasst, so resumiren sich dieselben in der Thatsache, dass die Summe des disponiblen Capitals viel zu gering ist. Das Geld ist im Verhältnisse zu der Nachfrage in viel zu kleiner Masse vorhanden; der Credit ist viel zu theuer. Wir müssen nun diese Thatsache zunächst für eine ausserordentlich günstige halten. Geld ist nur da theuer, wo man es gebraucht; man gebraucht es aber da, wo man mit diesem Gelde wieder verdient. Es ist für einen Einzelnen sehr wahr, dass der Regel nach die Höhe der Zinsen, die er geben muss, im umgekehrten Verhältnisse zu seiner Reineinnahme und seinem Fortschritt steht. Für ein ganzes Volk dagegen, das in industrieller Beziehung im Aufschwung begriffen ist, ist die Höhe der üblichen Zinsen in der Regel der Beweis, dass die flüssigen Capitalien durch eine Menge von Unternehmern in Anspruch genommen werden, die mehr mit dem Gelde verdienen, als sie für dasselbe bezahlen. Die allgemeine Höhe des Zinsfusses ist daher, wo sonst die Rechtssicherheit nicht

gefährdet ist, ein Beweis des allgemeinen Fortschrittes. Dieser Satz wird schwerlich einer Discussion unterliegen, — man hat ihn nur nicht zu verwechseln mit dem andern, entsprechenden Satze, dass natürlich dieser Fortschritt noch rascher und geordneter von Statten geht, wenn das erforderliche Capital zu geringem Zinse vorhanden ist, wie z. B. in England. Es ist daher im Allgemeinen gut, dass der Zinsfuss hoch steht; aber es folgt nicht bloss daraus, dass man nun auch in einem Lande wie Oesterreich eines grossen Capitals bedürfe, um seinen Bedürfnisse zu entsprechen; es folgt eben so sehr daraus, dass durch dieselben Verhältnisse, welche jenes Capital fordern, dasselbe auch eine grosse Sicherheit gewinnt. Es ist nicht unwichtig, bei der Beurtheilung eines Unternehmens wie das Creditinstitut es sein soll, dies zu bedenken. Und es ist wohl eben so gewiss, dass dies von Allen, welche sich an der Creditanstalt betheiligt haben, auch wirklich wohl bedacht ist, denn es ist bei der Herstellung des erforderlichen Grundcapitals von keiner Schwierigkeit die Rede gewesen.

Die Anstalt wird auch im Stande sein, den einheimischen Credit zugleich zu einem auswärtigen zu machen, und somit das zu erzielen, was dem österreichischen Geld- und Creditmarkte am wesentlichsten fehlt — es wird das Geldwesen Oesterreichs zu einem integrirenden Gliede der grossen Geldwirthschaft der gesammten Welt erheben, so dass künftig Credit und Wechsel hier nicht mehr unter besonderen Verhältnissen und Gesetzen stehen, sondern nur noch den einfachen und grossartigen Bewegungen unterworfen sein werden, welche das Geldwesen der ganzen industriellen Welt diesseits und jenseits des atlantischen Meeres bestimmen. Und erst dann wird der Gedanke seine rechte Erfüllung bekommen, der in dieser Anstalt ihrerseits die Erfüllung eines, die ganze wirthschaftliche Zukunft Oesterreichs umfassenden Planes erkannt hat.

XIX.

Während jene Creditanstalt nun in der angegebenen Weise eine Frage löst, legt sie zugleich die Lösung einer zweiten nahe. Und es wird daher die Betrachtung der letzteren wesentlich zur Erfüllung des ganzen Planes hinzugehören.

Durch eine Reihe der umfassendsten Massregeln ist seit mehreren Jahren der Verkehr zwischen Oesterreich und Deutschland von den Hindernissen befreit, die ihn umgaben. Die neue Gestalt des Zollwesens und die Entwicklung des Eisenbahnnetzes erzeugen eine beständig wachsende Entfaltung der Gegenseitigkeit in allen materiellen Verhältnissen des Südens und des Nordens. Die neue Creditanstalt wird ihrerseits das für den Credit und Wechselverkehr thun, was Handelsfreiheit und Schienenweg für den Waaren- und Personenverkehr gethan haben. Es bleibt jetzt nur noch ein letztes Gebiet der Regelung übrig, und das ist dasjenige des Geldes und der Münze.

Es ist bekannt, dass schon seit längerer Zeit Oesterreich den Gedanken einer Herstellung der vielgewünschten Einheit des deutschen Münzwesens in's Auge gefasst hat. Es war natürlich, dass Oesterreich dabei zunächst von dem Standpunkte ausging, diese Einheit auf Grundlage derjenigen Währung anzustreben, welche in der That die Währung eines Welthandels im vollen Sinne des Wortes ist, und daher in dem Grade mehr zur Anwendung gelangt, in welchem der Handel einzelner Nationen mehr den Charakter eines Welthandels annimmt, die Goldwährung. Es kann indessen hier nicht der Ort sein, die einzelnen Bedenken und Vorthelle abzuwägen, welche Gold- und Silberwährung gegen einander gestellt haben mögen. Das Wesentliche blieb bei jenen Fragen immerhin nicht die Währung als solche, sondern die Herstellung eines möglichst einheitlichen Münzfusses. Und dies ist die Aufgabe, deren Lösung den Schlussstein für die neue Ordnung des Geld- und Creditwesens Oesterreichs zu bilden hat.

Wir erkennen nun gern an, dass in Betracht der gegebenen Verhältnisse die Einführung der Goldwährung, möge sie nun an sich richtiger sein als die der Silberwährung oder nicht, der Herstellung jener Einheit der Münze zwischen Oesterreich und Deutschland überwiegende Schwierigkeiten in den Weg legen würde. Es scheint uns überflüssig, dabei auf die einzelnen Gründe und Gesichtspunkte einzugehen. Gewiss ist, dass durch die Zugrundelegung der Silberwährung, mit Rücksicht auf eine gleichzeitig zu vereinbarende Goldhandelsmünze, das wichtige Ziel jener Einheit am leichtesten und sichersten erreicht werden wird; und man hat daher, so wie dies einmal feststand, keinen Augenblick angestanden, auf dieser Grundlage die Verhandlungen wieder aufzunehmen.

Dass wir aber eine Ordnung des Münzwesens, in der diesseits und jenseits der Gränzen des Kaiserstaates nach einem Münzfusse gerechnet, und gleiche Münzgrößen dem täglichen Verkehre übergeben werden, von ungemainer Bedeutung sein wird, brauchen wir wohl nicht weiter darzulegen. Es wird dadurch jener keineswegs unbedeutende, auf dem ganzen Grosshandel lastende Verlust aufgehoben, der durch die Differenz des Münzfusses auch bei gleichen Coursen schwer auf dem Handel ruht; es werden alle jene kleinen, und doch Millionen betragenden Umsätze der Münze vermieden, die den Personenverkehr so sehr vertheuern, ohne doch irgend Jemanden wesentlich zu nützen; es wird endlich die Einfachheit und Leichtigkeit der Berechnung den Werth aller Papiere heben, da die Nachfrage gerade der kleineren Beträge in dem Grade steigt, in welchem die Preise nach der gewohnten Münze leichter ausgerechnet werden können. Die Verständlichkeit der Werthberechnung ist unter allen Umständen ein mächtiger Factor alles Verkehrs, und je kleiner die Differenz ist, desto grösser wird der Verlust, weil man den letzteren in dem Grade schwerer vermeidet, als der erstere geringer erscheint. Nur die völlige Identität des Münzfusses beseitigt alle Hindernisse, und wenn daher für die Münze geschehen sein wird,

was für die Post, die Telegraphen und anderes bereits geschehen ist, und was wir für Mass und Gewicht sehnlichst herbeiwünschen, so wird der wirkliche Münzverkehr sich in geeigneter Weise an den Waaren- und Creditverkehr Oesterreichs mit den deutschen Ländern zu lebendiger Bewegung zusammenschliessen.

XX.

Nachdem wir nunmehr die einzelnen Seiten der vorliegenden Massregeln dargelegt, können wir nicht schliessen, ohne einen Blick auf das zweite grosse Gebiet zu werfen, das unserem unmittelbaren Gegenstande nicht angehört, aber freilich auf das engste damit zusammenhängt. Das ist die Ordnung des Budgets und das Gleichgewicht zwischen Ausgaben und Einnahmen. Um diesen wesentlichen Theil des österreichischen Finanzwesens im Grossen und Ganzen zu verstehen, muss man sich zuvörderst über gewisse Gesichtspunkte einigen, die für jedes vorurtheilsfreie Urtheil die richtige Grundlage abgeben müssen.

Die ganze Staatsverwaltung seit 1848 hat ein beständiges Deficit aufzuweisen; aber dies Deficit hat nicht etwa erst seit 1848 begonnen. Es ist bekannt, dass schon vor 1848 die Staatsrechnung ein regelmässiges Deficit enthielt, und dass daher die furchtbaren Störungen der neuesten Zeit einem bereits gestörten Haushalt des Staates begegneten. Es hatte daher die Verwaltung es nicht bloss mit einem gegenwärtigen Ausfall, sondern auch mit den Resultaten einer schweren Vergangenheit zu thun. Zu dieser haben nun die Ereignisse zwei Aufgaben hinzugefügt, die jede für sich die ausserordentlichste Anstrengung der Monarchie erfordern, und die eben dadurch, dass sie zusammengekommen sind, alle bisherigen Versuche zur Herstellung des normalen Verhältnisses vergeblich gemacht haben. Die erste dieser Aufgaben war eine innere — die Ausbreitung des neuen Verwaltungssystemes über das ganze Kaiserreich und eine Reihe der wichtigsten und umfassendsten Einrichtungen, für die nach allen Seiten neue und grosse Ausgaben unbedingt erforderlich waren. Der zweite Punkt betraf die äussere Stellung des Reiches, über die wir hier nichts weiter zu sagen haben, als dass noch nie die grossen Entscheidungen in der europäischen Welt ohne grosse Opfer der einzelnen Völker und Staaten gegeben worden sind. Fasst man aber den ausserordentlichen Umfang beider Punkte zusammen, so wird man sich vielleicht eher wundern, dass Oesterreich verhältnissmässig um so geringen Preis so viel erhalten und gewonnen hat, als dass die Opfer die es gebracht, zu gross wären für seine Aufgaben oder für seine Kräfte.

In jedem Falle aber haben jene Erscheinungen zweierlei mit einander gemein, was als wesentlich bei jeder Beurtheilung der Finanzlage gelten muss. Die Lösung beider ausserordentlichen Aufgaben ist nämlich ihrer Natur nach

vorübergehend; die Resultate derselben sind dagegen dauernd, und zwar nicht bloss für Oesterreich. Dauernder durch die neue Organisation seines inneren Lebens hat Oesterreich jedweder eigenen Entwicklung eine mächtige Bahn gebrochen, und dem Zufluss aus andern Ländern eine gesicherte Zukunft geboten; durch die Stellung die es im gegenwärtigen Kriege eingenommen, hat es dem eigenen und deutschen Verkehre die folgenreichste Entwicklung im Orient vorbereitet. Es ist daher keine Frage, dass man das Deficit sehr einseitig beurtheilen würde, wenn man nichts darin fände, als einen Ausfall der Einnahmen gegenüber den Auslagen. Gerade dies Deficit ist im Grunde nur eine grossartige Auslage, welche Oesterreich für die lebensvolle Entwicklung seiner Zukunft macht; es ist ein Anlagecapital, das in einen fruchtbaren Boden gelegt wird, und das seiner Zeit reife Frucht tragen muss. Dies wird für jeden Verständigen das Vertrauen auf eine Zukunft aufrecht erhalten, die zwar nicht leicht zu gewinnen, aber dafür auch eine grossartige sein wird.

Indessen ist doch die Aussicht auf definitive Ordnung der Finanzen und die Natur des Deficits keineswegs bloss auf die Zukunft verwiesen. Man wird hier kein Eingehen auf Einzelheiten erwarten. Allein ein vorurtheilsfreier Blick auf die Lage der Dinge zeigt uns, dass neben den grossen Ausfällen des Budgets eine nicht minder grosse Entwicklung der Steuerkraft hergeht, die unter günstigeren Umständen nicht bloss an und für sich schon bedeutend genug wäre, dem gegenwärtigen Bedürfnisse zu genügen, sondern die ganz offenbar ohne erhebliche Anstrengung noch viel mehr zu leisten im Stande ist, als was bisher gefordert ward. Es ist nicht schwer, die positiven und unabweisbaren Grundlagen dieser Thatsachen zu formuliren. Zuerst hat sich seit 1848 die industrielle und commerzielle Bewegung Oesterreichs in einem ausserordentlichen Grade gehoben; der steigende Umsatz des Geldes und die denselben dennoch begleitenden hohen Zinsen zeigen, dass mit den Capitalien Geschäfte gemacht werden, die sehr gute Erträgnisse abwerfen, weil sie es möglich machen, dass ihr Betriebscapital so hohe Zinsen trägt. Die reinen Erträgnisse aber sind die Grundlagen jeder Steuerkraft; sie mehren die Steuer schon ohne Erhöhung des Steuerfusses, und die Tabellen der Staatseinnahme geben davon den deutlichsten Beweis. So ist es von dieser Seite das bewegliche Capital, das vermittelst seiner Verwendung zur Hebung der Einnahme in immer reichlicherem Masse beiträgt; und wenn man darauf hinweist, dass in letzter Zeit die Zolleinnahmen nicht gestiegen sind, so möchten wir fragen, ob jemals Handel und Industrie im Staate in einer so ernsten inneren und äusseren Lage so wenig unter so vielen auf ihm ruhenden Schwierigkeiten gelitten hat, als die Oesterreichs. Den schweren Forderungen, welche die Verhältnisse stellen, begegnen die Völker der Monarchie mit Verdoppelung ihrer Anstrengungen; die einzige Noth, die hier herrscht, ist die Noth des Arbeitsmittels, des flüssigen Capitals. Ist das ein Zustand der Bedenken einflösst, wenn es sich darum handelt, ob Oesterreich mit seinen dauernden

Steuerkräften dem Dauernden in den gegenwärtigen Anforderungen entsprechen könne?

Andererseits ist eine wesentliche Aenderung in der Grundlage des österreichischen Steuersystems vor sich gegangen, die zwar ihrer Natur nach nicht plötzlich in entscheidender Weise eingreifen kann, die aber ganz unausbleiblich mit jedem Jahre in höherem Grade wichtig wirkt. Dies ist die Herbeiziehung der ungarischen Länder zu einem ihren wirthschaftlichen Verhältnissen entsprechenden, dem Steuersysteme der übrigen Monarchie adäquaten Steuerbeitrage. Gerade die Steuerverhältnisse Ungarns sind es, die es vor dem Jahre 1848 der Monarchie unmöglich machten, zu einem zufriedenstellenden Haushalte zu gelangen. Es war voraussichtlich ein solcher Zustand auf die Dauer nicht zu erhalten. Die neueren Ereignisse haben nur erledigt, was in anderer Weise zwar leichter, aber doch nicht weniger gewiss beseitigt worden wäre. Das ungeheure Gebiet der östlichen Kronländer ist jetzt in dasselbe Verhältniss getreten, in welchem die übrigen Länder der Krone stehen, dass nämlich der Fortschritt ihrer wirthschaftlichen Entwicklung zu einer Vermehrung ihrer Beiträge zu den Staatslasten werden wird. Und wenn das nach einem harten und unglückseligen Kriege nicht in wenigen Jahren schon im vollen Masse der Fall ist, so wird jeder verständige Beobachter unbedenklich zugestehen, dass sich mit jedem Jahre die Steuerkraft bessern wird, da sich jetzt die Hypothekenbank von der einen, und die Creditanstalt von der anderen Seite die mächtigen Hände reichen.

Allein diese heilsame organische Entwicklung müsste fast unüberwindlichen Schwierigkeiten begegnen, wenn nicht mit der äussersten Anstrengung der Steuerkraft zugleich die äusserste Beschränkung gerade in denjenigen Gebieten der Ausgaben angestrebt werden würde, in denen die grössten Summen abfliessen. Wir halten aber die Ueberzeugung fest, dass man dies nicht umsonst zu erwarten braucht; denn in der That verschliessen wir in keiner Weise die Augen vor der Thatsache, dass auch die gedeihlichste Entwicklung der Volkswirthschaft und des auf dieselbe angewiesenen Staatshaushaltes ernststen Gefahren entgegengeht, wo die ruhige Harmonie der Elemente gestört wird. Das Vertrauen, dieser wesentliche Factor alles Wohlergehens der Staaten, stellt je nach den gegebenen Verhältnissen ganz bestimmte Forderungen; die Forderungen, welche dasselbe an die Gegenwart stellt, sind, wie wir es durchaus nicht verhehlen wollen, nicht füglich abzuweisen. Die Staatsverwaltung aber, welche die Grundlagen zu der umfassenden neuen Ordnung der Dinge gelegt hat, auf welcher die Entfaltung des Geld- und Creditwesens für Oesterreichs nächste Zukunft beruhen soll, wird dieselben jenes letzten und wesentlichsten Schlusssteines in der definitiven Ordnung des Staatshaushaltes nicht entbehren lassen.

Dies sind nun, in ihren grossen und allgemeinen Umrissen, die Grundlagen, auf denen die nächsten Dinge beruhen werden, welche so tief in die materielle Entwicklung Oesterreichs hineinzugreifen bestimmt sind. Wir dürfen nunmehr das Ganze unbedenklich dem Urtheile jedes vorurtheilsfreien Mannes übergeben; die Gewähr für die Wahrheit und den Erfolg des Einzelnen wird mit uns jeder Verständige im Ganzen suchen. Es wird daher zum Schlusse wohl gestattet sein, den Blick über ein Gebiet zu werfen, dessen Gränzen nicht mehr bloss die Oesterreichs sind.

Es ist keinem Zweifel unterworfen, dass die grosse Bewegung des europäischen Lebens, die bisher nach dem Westen gegangen ist, sich jetzt auch dem Orient zuwendet. Mag man sich nun diese Gestalt der Bewegung denken wie man will, immer wird sich dabei das grosse Gesamtergebnis ergeben, dass die Völker und Länder der Mitte Europas durch die unabänderlichen Gewalten ihrer Lage und ihrer Vertheilung eine Gesammtheit von Interessen darbieten werden, die dies mächtige Gebiet nach Aussen in seinen wichtigsten Beziehungen als ein Ganzes erscheinen lassen. Und je mehr sich jene Bewegung entwickelt, desto weniger werden diese Völker diese Einheit von sich abweisen können. Die materiellen Interessen werden die Träger der lebendigen Ideen sein, diese werden jenen ihre Energie und ihr letztes Ziel geben, und so werden die Elemente der wirthschaftlichen und der geistigen Welt zusammenwirken, um das zu verwirklichen, was die geographischen Elemente vorgezeichnet haben. Wenn das aber geschehen wird, werden eben dadurch jene Interessen auch unwiderstehlich werden; wenn ihre Wichtigkeit die Nothwendigkeit ihrer Bestrebungen ergibt, so wird ihre Vereinigung die Gewissheit ihres Erfolges sichern. Und von diesem Gesichtspunkte aus möchten wir am letzten Orte einen Blick auf das bisher dargestellte werfen.

In unserer heutigen Zeit besteht eine Handelsverbindung nicht mehr bloss aus den Communicationswegen, auf denen Waaren und Menschen gehen. Sollen dieselben wirkliche Erfolge erzielen, so müssen sie wahre Verbindungen der Mittelglieder sein; es ist eine solche Entwicklung nur da möglich, wo alle Glieder in der Kette, welche den Osten und Westen verbinden soll, mit dem Ganzen in Harmonie stehen. Nun sind gerade in diesem Gebiete seit einigen Jahren von Seiten Oesterreichs die gewaltigsten Schritte gethan. Die Prohibitionen sind an den Gränzen gefallen; die Eisenbahnen durchziehen das Innere; Ordnung und Ruhe ist hergestellt; die Donau ist geöffnet und gesichert; dem Mittelmeere sind neue Communicationsmittel geboten. Die Völker Oesterreichs haben dem Rufe, den die Gegenwart an sie macht, auf allen Punkten entsprochen; sie sind jetzt, was manche vor zehn Jahren für unmöglich gehalten hätten, Mitwerber auf allen Märkten diesseits und jenseits der atlantischen See. Die Verschmelzung der Lebensthätigkeit der beiden Gruppen in der Mitte Europas schreitet unaufhaltsam vorwärts; nur ein Hinderniss hat dem bis jetzt entgegen-

gestanden, und dies Hinderniss war das Geld- und Creditsystem Oesterreichs, verbunden mit seinem Münzwesen.

Und hier liegt nun das letzte Gebiet derjenigen Massregeln, deren Einheit wir bisher darzustellen versucht. Es ist nicht genug, sie nur von ihrem rein österreichischen Standpunkte aus aufzufassen; sie haben für das Urtheil jedes Verständigen eine Tragweite, die alle Gebiete des mittleren Europas umfasst. Es kann die Entwicklung des letzteren gegen den Orient nur durch Oesterreich ihren Weg nehmen; von diesem ersten Grundsatz aller künftigen Dinge gibt es keine Abweichung. Es kann aber auch jene Bewegung nur dann ihren rechten Umfang gewinnen, wenn das ganze materielle Leben beider Gruppen dieselben Grundlagen gewinnt und dieselben Voraussetzungen erfüllt. Und wenn daher in diesem Augenblicke Oesterreich mit gewaltiger Anstrengung sein Geld- und Creditwesen ordnet, wenn es an seinem Gewerbe- und Münzwesen arbeitet und die Aufnahme der überschüssigen Arbeitskräfte Deutschlands vorbereitet, so darf es unbedingt dabei voraussetzen, dass man die Bedeutung dieser Bestrebungen zunächst auch für Deutschland sich vergegenwärtige. Es ist künftig nicht mehr möglich, den für die Zukunft des mittleren Europas entscheidenden Satz nicht anzuerkennen, dass Deutschland selbst das allergrösste Interesse an der Ordnung des wirthschaftlichen Lebens Oesterreichs schon jetzt hat und immer mehr haben wird, dass demnach auch die Herstellung des Geld- und Creditwesens Oesterreichs von der höchsten Bedeutung für Deutschlands Wohlfahrt ist. Und dies nun ist das letzte, was wir über diesen Gegenstand mehr anzudeuten als darzulegen hatten. Wir schliessen hier; denn was ferner noch dem Einsichtigen hinzuzufügen unnöthig ist, das ist noch unnöthiger hinzuzufügen für die, welche für ihren guten Willen der Einsicht, oder gar für die, welche für ihre Einsicht des guten Willens entbehren.

Anhang.

Uebereinkommen

zwischen dem k. k. Finanzministerium und der Direction der privilegierten österreichischen Nationalbank.

Da die Forderung der privilegierten österreichischen Nationalbank an den Staat aus dem Titel der Einlösung des Wienerwährungs-Papiergeldes durch die systemmässige monatliche Tilgungsquote berichtet, die weitere Forderung aus der Einlösung der Reichsschatzscheine aber durch die an die privilegierte österreichische Nationalbank überwiesenen Zuflüsse aus dem Ertragnisse des Nationalanlehens gedeckt wird, so handelt es sich nur mehr noch um die Summe von 155 Millionen Gulden, von welchen 55 Millionen als Rest aus der in dem Uebereinkommen vom 23. Februar 1852 bezifferten Schuld von 71,500.000 fl. und 100,000.000 aus den seither geleisteten Interim-Vorschüssen von 80 und 20 Millionen herrühren.

Um nun auch bezüglich des oben erwähnten Betrages von 155 Millionen die Rückzahlung einzuleiten und gehörig zu sichern, werden in Folge der mit der Allerhöchsten Entschliessung vom 12. October 1855 erhaltenen Ermächtigung der privilegierten österreichischen Nationalbank die in dem beiliegenden Verzeichnisse aufgeführten Staatsgüter im Gesamtwerthe von 156,485.060 fl. unter nachfolgenden Bestimmungen überantwortet:

1. Die sämtlichen hier erwähnten Staatsgüter bilden eine wahre, nach allgemeinen privatrechtlichen Normen bestellte Hypothek zur Sicherstellung der obigen Forderung von 155 Millionen, und der privilegierten österreichischen Nationalbank wird hiermit die Ermächtigung ertheilt, zur förmlichen Erwerbung des Hypothekarrechtes vorliegendes Uebereinkommen auf diese Güter in die öffentlichen Bücher eintragen zu lassen, wobei ihr die Zusicherung gegeben wird, dass diese Einverleibung für sie ganz kostenfrei geschehen soll.

2. Die privilegierte österreichische Nationalbank wird die ihr überantworteten Güter selbst verwalten und die reinen Ertragnisse in ihren Cassen einfliessen lassen, und das Aerar hat in so lange und in so weit, als die Forderung von 155 Millionen nicht vollständig befriedigt ist, auf die Ertragnisse der Güter keinen Anspruch.

3. Die Verwaltung der Güter kann der privilegierten österreichischen Nationalbank vor Befriedigung der mehrerwähnten Forderung nicht entzogen werden. Doch steht es dem Aerar frei, die Verwaltung des einen oder andern Gutes in so weit wieder an sich zu ziehen, als der Werth der in der Verwaltung der privil. österr. Nationalbank bleibenden Güter den noch aushaftenden Betrag von der Forderung von 155 Millionen übersteigt, oder als der privil. österr. Nationalbank der Werth jenes Gutes, dessen Verwaltung ihr abgenommen werden soll, im Baren ersetzt, oder durch eine andere, vollkommen sicherstellende Hypothek gedeckt wird.

4. In jenen Fällen, in welchen nach §. 3 das Aerar berechtigt ist, die Verwaltung eines Gutes an sich zu ziehen, ist die privil. österr. Nationalbank verpflichtet, die Löschung des auf dem betreffenden Gute haftenden Hypothekarrechts zu bewilligen.

5. Die privil. österr. Nationalbank wird die Verwaltung der ihr überantworteten Güter so bald als nur immer möglich und zwar auf Grund eines bei der Uebergabe zu errichtenden Inventars übernehmen. In so lange aber die Uebernahme nicht geschehen kann, wird die Verwaltung durch die bisher bestehenden landesfürstlichen Beamten und Diener besorgt und das reine Einkommen an die privil. österr. Nationalbank abgeführt werden.

6. Das Finanzministerium, so wie alle Behörden werden der privil. österr. Nationalbank in der Verwaltung der Güter jede nur immer mögliche Unterstützung angedeihen lassen, und es werden insbesondere alle Staatsbeamten und Diener, welche die privil. österr. Nationalbank zum Behufe der Güterverwaltung in ihre Dienste zu nehmen wünscht, ihr zur Verfügung gestellt. Solchen Beamten und Dienern wird die Zeit, welche sie im Dienste der privil. österr. Nationalbank bei der Güterverwaltung zugebracht haben, so gerechnet, als wenn sie während dieser Zeit im Dienste des Staates verwendet worden wären. Die privil. österr. Nationalbank wird aber solchen Beamten und Dienern, auch wenn sie dienstunfähig werden, so wie ihren Angehörigen die normalmässig gebührenden Genüsse gewähren, wogegen solche Genüsse von dem reinen Erträgnisse in Abzug gebracht werden dürfen.

7. Die privil. österr. Nationalbank ist in ihrer Verwaltung nur an jene Rücksichten gebunden, welche ihr die Pflicht eines Verwalters von fremdem Gute auferlegt; sie wird über die Erträgnisse der Güter alljährlich Rechnung legen und insbesondere alle wie immer gearteten Meliorationen des *fundus instructus* und alle Gebäude, welche sie aufführen lässt, gehörig inventiren.

8. Die privil. österr. Nationalbank ist nicht nur berechtigt, die ihr überwiesenen Güter als Hypothek für ihre Zwecke zu bestellen, sondern auch zu veräußern. Die Veräußerung soll baldthunlichst begonnen und so schnell als möglich fortgesetzt werden.

9. Die privil. österr. Nationalbank wird die Verwaltung und die Veräußerung der ihr überantworteten Güter unter der Oberleitung des Bankgouverneurs durch die von der Direction gewählten Organe besorgen und zu diesem Ende eine, von ihrem bisherigen Geschäftskreise abgesonderte Abtheilung bilden, welche nach einer besonderen Instruction vorzugehen und deren Gestion der statutenmässigen Ueberwachung zu unterliegen haben wird.

10. Jeder Betrag, welcher aus der Veräußerung der überantworteten Güter und aus ihrem reinen Erträgnisse einfließt, wird als Abschlagszahlung auf die oben bezifferte Forderung von 155 Millionen berechnet. Dasselbe gilt in dem Falle, wo der privil. österr. Nationalbank der Werthbetrag eines der Verwaltung derselben abgenommenen Gutes im Sinne des §. 3 bar ersetzt wird.

11. Sollte das Erträgniss und der Erlös für die veräußerten, so wie der Werthersatz für die der Verwaltung der privil. österr. Nationalbank abgenommenen Güter den Betrag von 155 Millionen nicht vollständig decken, so wird das Aerar den abgängigen Betrag binnen drei Monaten nach Veräußerung des letzten Gutes an die privil. österr. Nationalbank bar erfolgen lassen.

12. Ist die Forderung der privil. österr. Nationalbank vollständig getilgt, so werden die etwa noch in der Verwaltung der privil. österr. Nationalbank befindlichen Güter dem Aerar zur freien Verfügung zurückgestellt und die Hypothekar-Einverleibung von diesen Gütern gelöscht. Die Zurückstellung erfolgt auf Grundlage des bei der Uebernahme der Verwaltung errichteten und während der Dauer der Verwaltung ergänzten Inventars.

13. Durch gegenwärtiges Uebereinkommen werden die Bestimmungen der beiden, am 23. Februar 1852 und 23. Februar 1854 abgeschlossenen Uebereinkommen bezüglich der Rückzahlung, Verzinsung und Sicherstellung der darin bezeichneten Forderungen der privil. österr. Nationalbank aufgehoben, und es werden jene 30 Millionen Obligationen, welche der privil. österr. Nationalbank zur Deckung des im Eingange erwähnten Interim-Vorschusses übergeben worden sind, zurückgestellt werden.

14. Die Wirksamkeit des vorstehenden Uebereinkommens beginnt mit dem 1. November 1855.

Urkunde dessen wurde dieses Uebereinkommen sowohl von Seite des k. k. Finanzministeriums, als auch von Seite der Direction der privil. österr. Nationalbank unterzeichnet und mit den beiderseitigen amtlichen Siegeln versehen.

Wien, am 18. October 1855.

Freiherr v. Bruck m. p.,

k. k. Finanzminister.

Joseph Pipitz m. p.,

Bankgouverneur.

Georg Freiherr v. Sina m. p.,

Bankgouverneurs-Stellvertreter.

Z. C. Popp Ritter v. Böhmstetten m. p.,

Bankdirector.

Finanzministerial-Erlass

vom 21. October 1855, Zahl 18,274 F. M., wirksam für alle Kronländer,

die der privilegirten österreichischen Nationalbank in ihrer Eigenschaft als Hypothekenbank eingeräumten Begünstigungen betreffend.

Da die privil. österr. Nationalbank auf Grund der, mit Allerhöchster Entschliessung vom 12. October 1855 ertheilten Genehmigung Sr. k. k. Apostolischen Majestät zur Unterstützung des Realbesitzes eine Hypothekenbank zu errichten sich bereit erklärte und zu diesem Zwecke ihre Fonds um 35 Millionen Gulden in klingender Silbermünze vermehrt, so wurden ihr mit der erwähnten Allerhöchsten Entschliessung bezüglich jener Geschäfte, welche sie in ihrer Abtheilung als Hypothekenbank führt, nebst den, in den Statuten vom 1. Juli 1841 und in der Allerhöchsten Entschliessung vom 13. Juli 1844 (Regierungs-Circulare vom 14. October 1844) ausgesprochenen Vorrechten, nachfolgende Begünstigungen eingeräumt:

1. Die privil. österr. Nationalbank ist in allen oben gedachten Geschäften von jeder, die Höhe des Zinsfusses beschränkenden gesetzlichen Verfügung nicht nur für jetzt, sondern auch für die Zukunft losgezählt.

2. Der privil. österr. Nationalbank werden zum Behufe der Geltendmachung ihrer Forderungen gegen die Darlehensnehmer und gegen dritte Besitzer des ihr verpfändeten Gutes alle Erleichterungen gewährt, welche der galizisch-ständischen Creditanstalt gegenüber ihren Schuldnern und dem Besitzer eines ihr verpfändeten Gutes mit dem Allerhöchsten Patente vom 3. November 1841 zugestanden wurden und nicht durch die eigenthümlichen Verhältnisse jener Anstalt bedingt sind.

3. Die privilegirte österreichische Nationalbank ist berechtigt, Pfandbriefe bis zum fünffachen Betrage des für die Geschäfte der Hypothekenbank bestimmten Fonds

mit einer, wenigstens 12 Monate laufenden Verfallszeit zu emittiren. Eine kürzere Verfallszeit ist an die Zustimmung des Finanzministeriums gebunden.

4. Die Pfandbriefe der österreichischen Nationalbank können zur fruchtbringenden Anlegung von Capitalien der Gemeinden, Körperschaften, Stiftungen, unter öffentlicher Aufsicht stehender Anstalten, dann der Pupillar- und Depositengelder verwendet werden, da für die pünktliche Verzinsung und Rückzahlung des im Pfandbriefe ausgedrückten Capitals das gesammte bewegliche und unbewegliche Vermögen der privilegirten österreichischen Nationalbank und namentlich die zu Gunsten dieser Anstalt bestehenden Hypotheken haften.

5. Die Pfandbriefe der privilegirten österreichischen Nationalbank dürfen an der Börse veräußert oder verpfändet, und deren Cours in dem Börsenblatte notirt werden.

6. Werden Pfandbriefe der privilegirten österreichischen Nationalbank von dem Eigenthümer an einen Andern abgetreten, oder verpfändet; so sind sie von der Entrichtung der in dem Allerhöchsten Patente vom 9. Februar 1850 festgesetzten Gebühren befreit.

7. Die privilegirte österreichische Nationalbank ist berechtigt, ihre Pfandbriefe unter Beobachtung der statutenmässigen Bestimmungen und nach Zulänglichkeit des dafür festzustellenden Barfondes zu escomptiren oder Vorschüsse darauf zu erfolgen; sie darf dieselben auch vor ihrer Verfallszeit einlösen.

8. Die erwähnten Begünstigungen reichen auch über die Dauer des der privilegirten österreichischen Nationalbank mit dem Allerhöchsten Patente vom 1. Juli 1841 verliehenen Privilegiums, in sofern dieselben zur völligen Abwicklung ihrer Hypothekengeschäfte nothwendig sind.

Diese, der privilegirten österreichischen Nationalbank allergnädigst gewährten Begünstigungen werden mit dem Beisatze zur öffentlichen Kenntniss gebracht, dass der Zeitpunkt, in welchem die Hypothekenbank ihre Wirksamkeit beginnt, und die näheren Bestimmungen über die Art ihrer Wirksamkeit nachträglich werden kundgemacht werden.

Freiherr v. Bruck m. p.

Obigem Erlasse des h. Finanzministeriums vom 21. October 1855 zufolge wird von der Direction der privil. österr. Nationalbank die Aufforderung zur Theilnahme an der neuen Actien-Emission in der nachstehenden Weise bekannt gemacht:

Kundmachung.

Nachdem Se. k. k. Apostolische Majestät laut h. Finanzministerial-Erlasses vom 21. Oct. 1855, Zahl 18,274/F.M. mit der Allerh. Entschliessung vom 12. Oct. 1855 die Errichtung einer, mit der privil. österr. Nationalbank zu vereinigenden Hypothekenbank und hiernach die Vermehrung des Bankschatzes um 35 Millionen Gulden in klingender Silbermünze allergnädigst zu genehmigen geruht haben; so sieht sich die unterzeichnete Direction veranlasst, 50,000 Stück Actien, jede für den Betrag von Siebenhundert Gulden in klingender Silbermünze unter nachfolgenden Bestimmungen hinauszugeben:

1. Je zwei der bestehenden Hunderttausend Stück Bankactien haben gegen Einzahlung von 700 fl. in klingender Münze den Anspruch, eine neue Bankactie zu erlangen. Der Besitzer von nur Einer Bankactie hat das Recht gegen Einzahlung von 350 fl. in klingender Münze auf eine halbe neue Bankactie. Die Vereinigung der auf eine halbe Actie lautenden Interimsscheine in ganze Actien wird möglichst erleichtert werden.

2. Die neu hinauszugebenden Bankactien erhalten gleiche Form und gleiche Rechte mit den früheren.

3. Die Anmeldung zum Bezuge einer neuen ganzen oder halben Actie muss gleichzeitig mit der Einzahlung der ersten Rate stattfinden.

Diese Anmeldung und Einzahlung wird in Wien am 5. November 1855 eröffnet und mit 1. December 1855, als dem Präclusiv-Termine, geschlossen. Spätere Anmeldungen werden nicht mehr angenommen. Vom 5. November 1855 angefangen, können mehrere Raten und selbst die volle Einzahlung zu jeder Zeit geleistet werden.

4. Die Versäumniss der Einzahlung was immer für einer Rate zu den im §. 6 festgesetzten Terminen hat den Verlust des Anspruches auf eine neue ganze und beziehungsweise halbe Actie, und den Verlust aller hierauf geleisteten früheren Einzahlungen zur Folge.

5. Die Einzahlungen sind entweder in klingender Silbermünze, oder in nicht über ein Jahr fälligen Coupons von in klingender Silbermünze verzinslichen Staatsschuldverschreibungen zu leisten *).

6. Im Ganzen werden 10 Einzahlungsraten, jede zu 70 fl. für eine ganze und zu 35 fl. für eine halbe Actie festgesetzt, und die bezeichneten Tage haben für jede Rate als Präclusiv-Termin zu gelten, an welchem daher spätestens die Einzahlung geschehen muss, nämlich:

Für die 1. Rate der 1. December 1855, mit deren Einzahlung die Anmeldung verbunden ist.

"	"	2.	"	"	31. Jänner	1856.
"	"	3.	"	"	29. Februar	"
"	"	4.	"	"	31. März	"
"	"	5.	"	"	31. Mai	"
"	"	6.	"	"	15. Juli	"
"	"	7.	"	"	15. September	"
"	"	8.	"	"	31. October	"
"	"	9.	"	"	30. November	"
"	"	10.	"	"	31. December	"

7. Die Anmeldung sowohl, als auch die Einzahlungen auf diese neuen Actien haben ausschliesslich bei der Actien-Einlagscasse in Wien zu geschehen. Bei der ersten Einzahlung und Ueberreichung der Actien wird eine Empfangsbestätigung ausgefertigt, für welche nach einer bestimmten Frist Interimsscheine erfolgt werden.

8. Die geschehene Anmeldung um eine neue ganze oder halbe Actie wird auf der zu diesem Zwecke vorgewiesenen Actie durch Aufdrückung eines Stempels bestätigt, welcher die Worte enthält:

„Actien-Emission 1855 vorgemerkt!“

9. Bei dieser Anmeldung ist der betreffende Dividenden-Couponsbogen nicht beizulegen.

10. Jede Partei, welche eine oder mehrere Bankactien bei der Bankactien-Einlagscasse vorweist, um eine Bankactie neuer Emission anzusprechen, muss mit derselben zugleich eine, von ihr unterschriebene Consignation überreichen, in welcher die Couponsnummern der vorgewiesenen Actien in arithmetischer Ordnung aufgeführt sind. Wenn Interimsscheine bei der obgenannten Casse zur Amtshandlung kommen, muss

*) Um den Theilnehmern an der neuen Emission die Einzahlung zu erleichtern, hat das hohe Finanzministerium gestattet, dass die Nationalbank die in klingender Silbermünze einzuzahlenden Beträge beischeffe; wogegen die Parteien, welche die Einzahlungen in Bankvaluta leisten wollen, der Nationalbank die Vergütung in Bankvaluta, nach dem Course der Wechsel auf Augsburg, wie solcher an dem der Einzahlung vorhergegangenen Börsentage notirt wurde, mit Hinzurechnung eines halben Percentes zu leisten haben werden.

ebenfalls von den Parteien immer eine unterfertigte Consignation beigebracht werden, in welcher die Nummern der Interimsscheine in arithmetischer Ordnung aufgeführt sind. Die Blanquetten dieser Consignationen werden bei der Actien-Einlagscasse unentgeltlich erfolgt.

11. Für jeden eingezahlten Betrag werden vom Tage der geleisteten Einzahlung bis zum 31. December 1856 vierpercentige Zinsen in klingender Silbermünze vergütet. Wer aber die Einzahlung vor dem 1. Jänner 1856 vollständig leistet, erhält die Zinsen nur bis zum 31. December 1855 und nimmt dagegen gleich den Besitzern der Actien früherer Emission an dem Bank-Ertragnisse des Jahres 1856 Theil.

12. Vom 1. Jänner 1857 werden keine Zinsen mehr vergütet, sondern es treten von diesem Tage nach geleisteter voller Einzahlung alle Actien neuer Emission in ganz gleiche Rechte mit den Bankactien der früheren Emission.

Wien, am 24. October 1855.

Pipitz,
Bankgouverneur.

Sina,
Bankgouverneurs-Stellvertreter.

Popp Ritter v. Böhmstetten,
Bankdirector.

Statuten

der k. k. privilegierten österreichischen
Creditanstalt für Handel und Gewerbe.

(Nach dem authentischen Text.)

I. Titel. Allgemeine Bestimmungen.

§. 1. Die k. k. privilegierte österreichische Creditanstalt für Handel und Gewerbe ist ein auf Actien gegründeter Privatverein zum Betriebe der in diesen Statuten bezeichneten Geschäfte.

Dieselbe steht unter dem Schutze und unter der Oberraufsicht der Staatsverwaltung.

Die Firma lautend: „K. K. privilegierte österreichische Creditanstalt für Handel und Gewerbe“ wird bei dem k. k. Handelsgerichte in Wien protokolliert.

§. 2. Die Gesellschaft hat ihren Sitz in Wien. Sie errichtet nach Erforderniss mit Genehmigung der Staatsverwaltung Filiale in der ganzen Monarchie.

Die Filiale werden für einen oder mehrere der in diesen Statuten bezeichneten Geschäftszweige errichtet; es stehen ihnen dieselben Rechte und Pflichten wie der Anstalt selbst zu.

§. 3. Die Dauer der Gesellschaft ist auf 90 Jahre, von dem Tage der Allerhöchsten Genehmigung dieser Statuten an gerechnet, festgesetzt.

II. Titel. Von den Geschäften der Anstalt.

§. 4. Die Gesellschaft ist zu nachfolgenden Geschäften befugt:

- a) verzinsliche Vorschüsse zu geben auf österreichische Staatspapiere und Grundentlastungs-Obligationen, auf Actien und Obligationen inländischer Unternehmungen, auf Obligationen aus Creditsoperationen einzelner Kronländer, Bezirke oder Gemeinden, dann auch auf Rohproducte und Waaren;

- b) österreichische Staatsanleihen, Creditsoperationen einzelner Kronländer, Bezirke oder Gemeinden zu übernehmen, oder sich daran zu betheiligen, und an Dritte zu überlassen;
- c) mit Beobachtung der gesetzlichen Vorschriften industrielle oder sonst das öffentliche Wohl fördernde Unternehmungen aller Art innerhalb der österreichischen Monarchie zu errichten, zu diesem Ende die Umgestaltung schon bestehender Gesellschaften in Actiengesellschaften zu bewirken, und für alle derlei Unternehmungen und Gesellschaften Actien und Obligationen auszugeben;
- d) alle Arten von österreichischen Staatspapieren, von inländischen Industrie-Effecten, dann Privatschuldverschreibungen zu kaufen und zu verkaufen, zu verpfänden, und gegen andere Werthgegenstände zu vertauschen;
- e) Effecten und Werthpapiere jeder Art in ihren Depositencassen aufzunehmen und aufzubewahren;
- f) die Eincaassirung und Auszahlung von Interessen-Coupons und von Dividenden, sowie die Einbringung von anderen Forderungen für Rechnung Dritter zu besorgen;
- g) Geldbeträge in laufende Rechnung zu übernehmen, und Bankgeschäfte zu betreiben.

§. 5. Die Creditanstalt ist berechtigt, eigene verzinsliche Schuldverschreibungen auszugeben.

Der Gesamtbetrag der ausgegebenen Schuldverschreibungen muss stets durch den Werth der in den Cassen der Gesellschaft befindlichen, ihr eigenthümlichen Staatspapiere und Privateffecten vollkommen bedeckt sein.

Die Schuldverschreibungen der Creditanstalt dürfen nicht mit kürzerer Verfallszeit als auf ein Jahr ausgegeben werden.

§. 6. Ausgeschlossen von dem Wirkungskreise der Creditanstalt sind alle in den vorhergehenden §§. 4 und 5 nicht ausdrücklich bezeichneten Geschäfte, insbesondere Käufe und Verkäufe auf Lieferung unbedeckt oder gegen Prämie.

§. 7. Die Creditanstalt darf die zur Bildung ihres Fonds ausgegebenen Actien weder ankaufen, noch gegen andere Werthpapiere eintauschen.

§. 8. Die Creditanstalt führt ihre Rechnungen, empfängt und zahlt in der gesetzlichen österreichischen Landeswährung.

III. Titel. Von dem Gesellschaftsfonde und den Rechtsverhältnissen der Actionäre.

§. 9. Das Grundcapital der Anstalt wird aus Einhundert Millionen Gulden bestehen.

§. 10. Dieses Grundcapital wird durch 500,000 Actien gebildet.

Jede Actie lautet auf Zweihundert Gulden und ist mit Coupons und mit einem Talon versehen.

Die Ausgabe von Actien unter dem vollen Nennwerthe findet nicht Statt.

§. 11. Von diesen 500,000 Actien werden vorerst nur 300,000 Actien ausgegeben.

Ueber die Ausgabe der weiteren 200,000 Actien, welche nach Massgabe des Geschäftsbetriebes der Creditanstalt stattzufinden hat, entscheidet der Verwaltungsrath, welcher den Begründern der Creditanstalt das Vorrecht zur Uebernahme eines Drittheils der hinauszugebenden Actien einräumen und die anderen zwei Drittheile den Besitzern der Actien vorbehalten muss.

§. 12. Zur Erwerbung von Actien der Creditanstalt sind sowohl Inländer wie auch Ausländer, Private wie auch Corporationen und Gesellschaften berechtigt.

§. 13. Die Actien werden mit fortlaufenden Nummern bezeichnet, von zwei Verwaltungsräthen oder von einem Verwaltungsrathe und einem dazu vom Verwaltungsrathe besonders bevollmächtigten Beamten unterzeichnet, und mit dem Stempel der Gesellschaft versehen.

Sie werden auf den Ueberbringer lautend ausgestellt. Es steht jedoch jedem Besitzer frei, gegen Vergütung der durch das Reglement bezeichneten Gebühren, Actien auf seinen Namen umschreiben zu lassen.

Die auf bestimmte Namen lautenden Actien können in gesetzlicher Weise übertragen werden. Eine Haftung der Gesellschaft für die Echtheit des Indossements oder der sonstigen Uebertragungsurkunde hat jedoch nicht Statt.

§. 14. Jeder Actionär kann seine Actien bei der Casse der Gesellschaft hinterlegen, und dagegen einen auf seinen Namen lautenden Empfangschein erheben.

Die Form dieses Empfangscheines und die Gebühr, welche für die Hinterlegung zu entrichten sein wird, bestimmt der Verwaltungsrath.

§. 15. Die Umschreibung einer Actie in mehrere Theilactien oder mehrerer Actien in Eine findet niemals Statt.

In Verlust gerathene Actien oder Coupons und Talons müssen auf gesetzliche Weise amortisirt werden.

§. 16. Die Ausfertigung der Actien findet erst nach erfolgter vollständiger Einzahlung des Nominalbetrages Statt. Bis dahin werden nur Interimsscheine ausgefolgt, auf welchen die geleisteten Einzahlungen ersichtlich zu machen sind.

Nach erfolgter Einzahlung von 30 Percent des Nennwerthes, das ist von 60 fl. auf jede Actie, dürfen die Interimsscheine an der k. k. öffentlichen Börse zu Wien notirt werden, und eignen sich dieselben zu Börsengeschäften.

§. 17. Die Einzahlung der ersten 30 Percent des Nennwerthes der Actien erfolgt in drei gleichen Monatsraten, deren jede 10 Percent des Nennwerthes oder Zwanzig Gulden auf jede Actie beträgt. Die erste Rate wird am 15. Jänner 1856 fällig.

Die weiteren 70 Percent sind im Laufe des Jahres 1856 und der ersten Hälfte des Jahres 1857 einzuzahlen.

Die diesfälligen Raten und Einzahlungstermine bestimmt der Verwaltungsrath.

§. 18. Die Uebertragung eines Interimsscheines, auf welchen eine Einzahlung zur Verfallszeit nicht geleistet wurde, ist ungiltig.

§. 19. Für jede nicht am Verfallstage geleistete Einzahlung sind der Gesellschaft Verzugszinsen von 5 Percent, vom Verfallstage an, zu vergüten. Die Nummern der Interimsscheine, auf welche die Einzahlung am Verfallstage nicht erfolgt ist, werden in der „Wiener Zeitung“ und in anderen vom Verwaltungsrathe dafür zu bestimmenden Blättern veröffentlicht. Vierzehn Tage nach dieser Veröffentlichung ist die Gesellschaft berechtigt, diese Interimsscheine für Rechnung und auf Gefahr des im Ausstande gebliebenen Actionärs, ohne irgend weitere Förmlichkeiten, an der k. k. Börse zu Wien durch einen beeideten Sensal verkaufen zu lassen, und zwar auf Einmal oder in Abtheilungen an einem oder an mehreren Tagen.

Dieses Verfahren hindert die Gesellschaft nicht an weiteren gerichtlichen Schritten gegen den im Ausstande gebliebenen Actionär.

§. 20. An der Stelle solcher erloschener Actienberechtigungen werden neue Interimsscheine oder Actien ausgegeben. Der nach Abzug der Kosten verbleibende Erlös der verkauften Effecten dient dazu, die Gesellschaft für den ausständigen Betrag bezahlt zu machen. Ergibt sich dabei ein Abgang, so bleibt der frühere Actionär der Gesellschaft dafür in Haftung. Ergibt sich jedoch ein Ueberschuss, so wird dieser dem Betheiligten zurückerstattet.

§. 21. Jeder Actionär ist nach Massgabe der Actienzahl, die er besitzt, Miteigentümer an dem ganzen Gesellschaftsvermögen, und nimmt in demselben Verhältnisse Antheil am Gewinne und Verluste der Gesellschaft.

§. 22. Das gesammte Vermögen der Gesellschaft mit Einschluss des Reservefondes haftet für alle Verbindlichkeiten der Creditanstalt gegen dritte Personen. Kein Actionär ist über den Nominalbetrag seiner Actien haftungspflichtig.

IV. Titel. Organisation der Gesellschaft.

§. 23. Die zur Führung der Geschäfte der Gesellschaft berufenen Organe sind:

- A. die Generalversammlung,
- B. der Verwaltungsrath,
- C. die Direction.

A. Generalversammlung.

§. 24. An der Generalversammlung haben alle Actionäre Antheil, welche wenigstens zwanzig Actien der Gesellschaft besitzen.

Besitzer von 20 Actien sind zu einer Stimme,

„ „ 50 „ „ „ zwei Stimmen,

„ „ 100 „ „ „ drei „

„ „ 200 „ „ „ vier „

„ „ 400 „ „ „ fünf „ u. s. f. für jede weiteren

200 Actien zu einer Stimme mehr berechtigt. Jedoch kann kein Actionär, ohne Unterschied, ob im eigenen oder Vollmachtnamen, und kein Bevollmächtigter eines oder mehrerer Actionäre mehr als 10 Stimmen ausüben.

Die Actien, rücksichtlich welcher das Stimmrecht bei der Generalversammlung ausgeübt wird, müssen vier Wochen vor dem für das Zusammentreten der Versammlung festgesetzten Tage bei der Gesellschaft in Wien oder bei denjenigen Cassen im Auslande, welche der Verwaltungsrath hiezu bezeichnen wird, hinterlegt werden.

§. 25. Die Generalversammlung findet regelmässig jedes Jahr im Monate März oder April Statt.

Die Einberufung von ausserordentlichen Generalversammlungen erfolgt, wenn dieselbe entweder vom Verwaltungsrathe mit einer Mehrheit von zwei Drittheilen der Stimmen beschlossen, oder von wenigstens sechzig stimmberechtigten Actionären in einer schriftlichen Eingabe an den Verwaltungsrath in Antrag gebracht wird.

Die Einberufung geschieht durch den Verwaltungsrath mittelst einer Veröffentlichung in der „Wiener Zeitung“ und in den durch den Verwaltungsrath dazu bestimmten öffentlichen Blättern des Auslandes, welche mindestens 42 Tage vor dem zur Abhaltung der Versammlung anberaumten Tage zu geschehen hat, und in welcher der Zweck der Einberufung so wie die Gegenstände der Verhandlung bekannt zu geben sind.

§. 26. Das Stimmrecht in der Generalversammlung kann vom Actionär nur persönlich oder durch Bevollmächtigung eines anderen stimmberechtigten Actionärs ausgeübt werden.

Ausnahmsweise können jedoch Minderjährige durch ihren Vormund, Frauen durch ihren Gatten oder einen eigens gewählten Bevollmächtigten, Handelsgesellschaften durch einen ihrer Firmaführer, Gesellschaften überhaupt durch ein dazu bevollmächtigtes Mitglied, Körperschaften, Institute u. dgl. durch einen ihrer Vorstände vertreten werden.

§. 27. In der Generalversammlung führt der Präsident des Verwaltungsrathes, oder in dessen Verhinderung einer der Vicepräsidenten oder ein durch den Verwaltungsrath hiezu bezeichnetes Mitglied desselben den Vorsitz.

Der Vorsitzende bestimmt die Ordnung der zu verhandelnden Gegenstände, leitet die Verhandlung und veranlasst die Abstimmung.

Zu Scrutatoren werden jene Actionäre ernannt, welche die meisten Stimmen zu führen berechtigt sind; im Weigerungsfalle die zunächst Berechtigten.

Der Vorsitzende und die Scrutatoren ernennen den Secretär.

§. 28. Zur Fassung eines giltigen Beschlusses in der Generalversammlung müssen wenigstens 60 Mitglieder bei derselben gegenwärtig und die Gegenwärtigen wenigstens 100 Stimmen abzugeben berechtigt sein.

In Ermanglung dieser Zahl findet eine neue Einberufung der Generalversammlung Statt. In diesem Falle braucht jedoch die öffentliche Kundmachung nur 10 Tage, und die Hinterlegung der Actien nur 5 Tage vor dem neu anberaumten Tage zu erfolgen. Die Giltigkeit der von einer solchen zum zweiten Male einberufenen Versammlung gefassten Beschlüsse ist an eine bestimmte Anzahl von Mitgliedern und von Stimmen nicht gebunden.

§. 29. In der Generalversammlung wird nur über jene Gegenstände verhandelt, welche in dem vom Verwaltungsrathe bekannt gemachten Programme bezeichnet sind.

Jedem stimmberechtigten Mitgliede steht zwar das Recht zu, selbstständige Anträge zu stellen; jedoch wird über dieselben nicht sofort berathen und entschieden, sondern es hat die Versammlung, wenn ein solcher Antrag von wenigstens 20 Mitgliedern unterstützt wird, vorerst nur zu entscheiden, wann derselbe in Verhandlung zu nehmen sei.

§. 30. Die Generalversammlung wählt die Mitglieder des Verwaltungsrathes, zu welchem Behufe ihr das Verzeichniss der wahlfähigen Actionäre vorgelegt wird.

Sie vernimmt den Bericht des Verwaltungsrathes über die Angelegenheiten der Gesellschaft.

Sie erwählt aus ihrer Mitte einen Revisionsausschuss, welcher nach dem nächstfolgenden Bilanzabschlusse die demselben durch den Verwaltungsrath zu übergebenden Rechnungen zu prüfen und darüber der nächstjährigen regelmässigen Generalversammlung Bericht zu erstatten hat.

Sie beschliesst sohin über die vom Revisionsausschusse geprüften Rechnungen, und bestimmt die Höhe der auf jede Actie zu vertheilenden Dividende.

Sie ertheilt dem Verwaltungsrathe in allen Fällen, welche in den Statuten nicht vorgesehen sind, die nöthige Ermächtigung.

§. 31. Die Beschlüsse der Generalversammlung werden in der Regel nach absoluter Stimmenmehrheit gefasst. Bei gleichen Stimmen entscheidet jene des Vorsitzenden.

Anträge auf Veränderung der Statuten, auf Verlängerung der Dauer der Gesellschaft, oder über deren Auflösung vor der festgesetzten Zeit, oder auf Erweiterung ihres Geschäftsbetriebes, dürfen von der Generalversammlung nur mit einer Stimmenmehrheit von drei Viertheilen der Abstimmenden entschieden werden; zur Ausführung derselben ist die Allerhöchste Genehmigung erforderlich.

§. 32. Alle Wahlen geschehen durch schriftliche Abstimmung mittelst Stimmzetteln.

Wird bei einer Wahl in Folge der ersten Abstimmung die absolute Stimmenmehrheit nicht erreicht, so erfolgt das Scrutin zwischen den Mitgliedern, welche bei der ersten Abstimmung die meisten Stimmen erhielten, und zwar wird in solchem Falle die doppelte Anzahl der noch zu wählenden Mitglieder in die engere Wahl gebracht.

Bei gleicher Zahl der Stimmen entscheidet die Höhe des Actienbesitzes; bei Gleichheit des letzteren das Loos.

§. 33. Die statutenmässigen Beschlüsse der Generalversammlung sind für alle Actionäre bindend. Eine Einsprache oder Berufung dagegen findet nicht Statt.

§. 34. Ueber die Verhandlungen der Generalversammlung wird ein Protokoll geführt, dem das Verzeichniss der anwesenden Mitglieder beigefügt wird. Das Protokoll wird vom Vorsitzenden und von dem die meisten Stimmen besitzenden Mitgliede der Versammlung unterzeichnet, und bedarf der Mitfertigung des l. f. Commissärs. Es werden in dasselbe nur die Resultate der Verhandlung aufgenommen.

B. Verwaltungsrath.

§. 35. Der Verwaltungsrath besteht aus 21 Mitgliedern. Dieselben werden von der Generalversammlung aus den stimmfähigen Actionären gewählt.

Ihre Wahl unterliegt der Bestätigung der Staatsverwaltung.

§. 36. Zu Verwaltungsräthen können sowohl inländische oder in Oesterreich wohnende, als ausländische oder im Auslande wohnende Actionäre gewählt werden. Der Verwaltungsrath muss jedoch immer bis zu wenigstens zwei Drittheilen aus Actionären bestehen, die in Wien ihren Wohnsitz haben.

Jedes Mitglied des Verwaltungsrathes hat binnen 8 Tagen nach seiner Ernennung fünfzig Actien bei der Gesellschaft für die Dauer seiner Function zu hinterlegen. Erst wenn dieses geschehen ist, kann es seine Function antreten.

§. 37. Das Amt eines Mitgliedes des Verwaltungsrathes dauert in der Regel sieben Jahre.

§. 38. Jedes Jahr treten drei Mitglieder nach der Reihenfolge ihrer Amtsdauer aus. Bis die Reihe im Austritte sich gebildet hat, entscheidet darüber das Loos. Die zum Austritte Bestimmten können jedoch wieder gewählt werden.

§. 39. Ausnahmsweise wird für die Dauer der ersten sieben Geschäftsjahre der Verwaltungsrath von und aus den Personen gewählt werden, welche das Grundcapital von Sechzig Millionen Gulden einzeichnen und übernehmen werden.

§. 40. Erledigt sich die Stelle eines Mitgliedes des Verwaltungsrathes, ehe dieses die Reihe zum Austritte trifft, so ernennt der Verwaltungsrath einstweilen einen stimmfähigen Actionär zum provisorischen Mitgliede desselben.

Die diesfällige definitive Ersatzwahl erfolgt in der nächstfolgenden Generalversammlung.

Das auf diese Weise im Wege der Ersatzwahl in den Verwaltungsrath berufene Mitglied tritt, rücksichtlich der Dauer seiner Function, an die Stelle jenes Mitgliedes, an dessen Stelle es gewählt wurde.

§. 41. Der Verwaltungsrath wählt aus seiner Mitte mit absoluter Stimmenmehrheit einen Präsidenten und zwei Vicepräsidenten auf die Dauer eines Jahres, welche nach Ablauf ihrer Amtszeit wieder wählbar sind. Er ernennt im Falle ihrer Verhinderung eines seiner Mitglieder, welches den zeitweiligen Vorsitz zu führen hat.

Der Präsident und die Vicepräsidenten müssen ihren Wohnsitz in Wien haben.

§. 42. Dem Verwaltungsrathe steht die Oberleitung aller Geschäfte der Gesellschaft und die Ueberwachung der Direction zu. Er bestimmt zu diesem Zwecke die innere Geschäftsordnung.

Er vertritt die Gesellschaft als deren Bevollmächtigter mit allen jenen Befugnissen, zu welchen nach §. 1008 des a. b. G.B. eine besondere, auf die Gattung des Geschäftes lautende Vollmacht nothwendig ist.

Er ist ausserdem berechtigt, zum Zwecke jener im §. 4 bezeichneten Geschäfte, welche solches erfordern, Gesellschaftsverträge zu errichten.

Ueberhaupt entscheidet er in allen Fällen, welche nicht ausdrücklich der Generalversammlung vorbehalten, oder zufolge dieser Statuten oder nach der Geschäftsordnung der Entscheidung der Direction überlassen sind.

§. 43. Der Verwaltungsrath ist verpflichtet, die strenge Beachtung der Statuten und die Geschäftsführung der Direction und der Beamten zu überwachen. Er muss jährlich wenigstens zweimal unter Zuziehung eines Directionsmitgliedes aussergewöhnliche Cassenrevisionen durch eines oder mehrere seiner Mitglieder vornehmen lassen.

§. 44. Der Verwaltungsrath versammelt sich regelmässig zweimal in jedem Monate auf Einladung des Präsidenten oder dessen Stellvertreters.

Aussergewöhnliche Sitzungen können von dem Präsidenten, so oft er es nöthig erachtet, und müssen jedesmal auf Antrag von sechs Mitgliedern des Verwaltungsrathes angeordnet werden.

§. 45. Der Verwaltungsrath wird bestimmen, über welche Gegenstände und in welcher Art die Meinung der auswärtigen Mitglieder vor der Beschlussfassung einzuholen ist.

§. 46. Zur giltigen Beschlussfassung des Verwaltungsrathes ist ausser dem Vorsitzenden die Anwesenheit von wenigstens sechs Mitgliedern desselben nöthig.

Kein Mitglied des Verwaltungsrathes kann mehr als eine Stimme führen.

§. 47. Der Verwaltungsrath fasst seine Beschlüsse in der Regel mit absoluter Stimmenmehrheit; bei gleichen Stimmen wird jene Meinung zum Beschlusse erhoben, welcher der Vorsitzende beigetreten ist.

§. 48. Ueber die Verhandlungen des Verwaltungsrathes sind Sitzungsprotokolle zu führen.

Diese Protokolle sind von dem Vorsitzenden und allen Stimmführern zu unterzeichnen.

Die in Folge der Beschlüsse nöthigen Ausfertigungen des Verwaltungsrathes sind von dem Vorsitzenden und einem Mitgliede zu unterzeichnen.

§. 49. Der Verwaltungsrath kann einen Theil seiner Vollmachten durch eine specielle Ermächtigung einem oder mehreren seiner Mitglieder, für einen besonderen Zweck auf eine beschränkte Zeit übertragen.

§. 50. Die Mitglieder des Verwaltungsrathes erhalten Anwesenheitsmarken, deren Werth durch die Generalversammlung bestimmt werden wird.

Ueberdies geniessen sie den im §. 56 bestimmten Gewinnantheil.

§. 51. Den Mitgliedern des Verwaltungsrathes erwächst aus ihrer Amtsführung keine persönliche Haftung hinsichtlich der Verbindlichkeiten der Gesellschaft.

Jedoch sind bei Beschlüssen und Handlungen, welche die Grenzen der Vollmacht des Verwaltungsrathes überschreiten, der Gesellschaft jene Mitglieder verantwortlich, welche sie veranlasst, unternommen, oder bei denselben mitgewirkt haben.

C. Direction.

§. 52. Die Direction besteht aus drei Directoren, aus welchen der Verwaltungsrath den Hauptdirector wählt.

Zu Directoren können sowohl Inländer wie auch Ausländer ernannt werden.

Die Ernennung derselben erfolgt durch den Verwaltungsrath; dieselbe bedarf jedoch der Genehmigung der Staatsverwaltung.

Der Verwaltungsrath bestimmt deren Pflichten, Befugnisse und Bezüge, und kann auch die Entlassung derselben verfügen.

Die Directoren wohnen den Sitzungen des Verwaltungsrathes mit berathender Stimme bei.

Sie allein sind mit der Ausführung der Beschlüsse des Verwaltungsrathes betraut.

Sie stehen allen Beamten und Dienern der Gesellschaft vor und beantragen bei dem Verwaltungsrathe deren Ernennung und Absetzung, sowie deren Bezüge.

§. 53. Im Falle der Verhinderung oder Abwesenheit eines Directors wird dessen Amt durch einen vom Verwaltungsrathe zu bestimmenden Stellvertreter versehen.

§. 54. Die Gesellschaftsfirma wird gemeinschaftlich von einem Verwaltungsrathe und von einem Director geführt.

Für einzelne Geschäftszweige kann durch Beschluss des Verwaltungsrathes die Firmazeichnung auch an einen oder mehrere Beamte der Gesellschaft übertragen werden, in welchem Falle die ertheilte Procura gehörig zu protokolliren ist.

V. Titel. Von der Geschäftsführung.

§. 55. Das Geschäftsjahr der Creditanstalt beginnt am 1. Jänner und endet am 31. December.

Das erste Geschäftsjahr wird jedoch den Zeitraum zwischen dem Tage, an welchem dieses Statut die Allerhöchste Genehmigung erhält, und dem 31. December 1856 begreifen.

Am Ende eines jeden Geschäftsjahres wird durch die Direction ein allgemeines Inventar der Activa und Passiva der Gesellschaft aufgestellt und die Bilanz gezogen. Es ist jedoch auch am Ende eines jeden Semesters eine vorläufige Uebersicht des Standes der Gesellschaft durch die Direction aufzustellen.

Der Verwaltungsrath regelt die Rechnungen, legt sie dem durch die Generalversammlung ernannten Revisionsausschusse vor, und unterzieht sie den Beschlüssen der Generalversammlung, welche die Rechnungen genehmiget oder verwirft, und die Dividende bestimmt.

§. 56. Der Gewinn der Anstalt besteht aus den Reinerträgen nach Abzug aller Unkosten.

Aus dem Gewinne werden vor Allem fünf Percent auf das einbezahlte Grundcapital an die Actionäre vertheilt.

Nach Abzug des obigen Betrages werden von dem übrigen Gewinne wenigstens 5 und höchstens 20 Percent in den Reservefond einbezogen.

Der dann noch verbleibende Gewinn wird vertheilt, wie folgt:

10 Percent erhalten die Mitglieder des Verwaltungsrathes. Ueber die Art der Vertheilung derselben unter seine einzelnen Mitglieder entscheidet über Antrag des Präsidenten der Verwaltungsrath.

10 Percent werden dazu verwendet, den Directoren und verdienstlichsten Beamten einen Mitgenuss an den Resultaten zu gewähren, zu welchen sie mitgewirkt haben, dann zu Remunerationen und Unterstützungen an die übrigen Beamten und an die Diener der Anstalt.

80 Percent werden an die Actionäre als Dividende vertheilt.

Die Auszahlung der Dividende findet jährlich am 1. Juli Statt. Jedoch darf der Verwaltungsrath, nachdem er von den Resultaten des abgelaufenen Jahres hinreichende Kenntniss erlangt hat, den Actionären an jedem 1. Jänner eine Abschlagszahlung verabfolgen lassen.

§. 57. Dividenden, welche nicht binnen fünf Jahren nach dem Tage, an welchem sie zahlbar waren, erhoben werden, sind der Gesellschaft verfallen.

§. 58. Die Creditanstalt gründet einen Reservefond, welcher durch die im §. 56 bezeichneten Zuflüsse allmählich bis zur Höhe von 20 Percent des Nominalbetrages der emittirten Actien anwachsen kann.

Der Reservefond bleibt ein Eigenthum der Anstalt und sämmtlicher Actionäre und wird zu den statutenmässigen Geschäften verwendet, ohne dass eine Zinsenvergütung dafür stattfindet.

§. 59. Hat der Reservefond die im §. 58 bezeichnete Höhe erreicht, so hören die im §. 56 ihm zugewiesenen Bezüge auf.

Wenn in irgend einem Jahre die Reinerträge der Anstalt nicht hinreichen sollten, um 5percentige Zinsen auf das einbezahlte Actiencapital daraus zu vergüten, so wird das an dem Betrage dieser 5 Percent Fehlende aus dem Reservefonde ergänzt, in so ferne dessen Bestand dazu hinreicht.

Sinkt der Reservefond unter die im §. 58 bestimmte Höhe herab, so beginnen die im §. 56 ihm zugewiesenen Bezüge von Neuem.

§. 60. Streitigkeiten aus dem Gesellschaftsverbände zwischen der Gesellschaft und einzelnen Actionären, oder zwischen der Gesellschaft und dem Verwaltungsrathe, oder zwischen einzelnen Mitgliedern desselben, sind durch ein Schiedsgericht in Wien zu entscheiden. Zu diesem Ende wählt in solchem Falle jeder Theil zwei Schiedsrichter, die einen fünften als Obmann benennen. Jeder Theil ist verpflichtet, seinen Gegner von der von ihm getroffenen Wahl mittelst gerichtlichen oder Notariatsactes verständigen zu lassen.

Erfolgt von Seite des Gegners binnen 14 Tagen nach erhaltener Verständigung keine Anzeige der von ihm gewählten Schiedsrichter, so haben die vom klagenden

Theile gewählten zwei Schiedsrichter sofort einen Obmann zu wählen und zum schiedsrichterlichen Spruche zu schreiten.

Falls sich die gewählten Schiedsrichter über die Person des Obmannes nicht vereinigen können, entscheidet hierüber das Loos.

Gegen die Entscheidung des Schiedsgerichtes findet keine Berufung Statt.

VI. Titel. Besondere Vorrechte der Creditanstalt.

§. 61. Die Gesellschaft führt den kaiserlichen Adler mit der Umschrift: „K. K. privilegierte österreichische Creditanstalt für Handel und Gewerbe“ und untersteht als Geklagte in allen Streitsachen, in welchen nicht die Competenz eines besonderen Real- oder Causal-Gerichtsstandes begründet ist, dem k. k. Handelsgerichte in Wien.

§. 62. Die Amortisirung von in Verlust gerathenen Actien, Interimsscheinen, Obligationen und sonstigen Urkunden der Creditanstalt oder ihrer Filiale muss ebenfalls bei dem k. k. Handelsgerichte in Wien angesucht werden. Dasselbe verfährt hiebei nach den für die Amortisirung öffentlicher Staatspapiere bestehenden Vorschriften.

§. 63. Die Verfälschung, sowie die Nachahmung der von der Creditanstalt ausgestellten Urkunden von was immer für einer Art wird mit den gegen die Verfälschung oder Nachahmung öffentlicher Urkunden festgesetzten Strafen geahndet.

§. 64. Alle Urkunden, welche von der Creditanstalt in den §§. 4 und 5 aufgeführten Geschäften ausgestellt werden, mit Ausnahme der Actien, Wechsel und verzinslichen Schuldverschreibungen, dann der Verträge über unbewegliches Vermögen, geniessen die Freiheit von den im Allerhöchsten Patente vom 9. Februar 1850 vorgeschriebenen Gebühren.

§. 65. Alle gerichtlichen Verständigungen, insbesondere alle Verbote auf die bei der Anstalt für Rechnung Dritter erliegenden Gelder, oder Effecten, oder sonstigen gerichtlichen Aufträge, müssen der Creditanstalt zu Handen der Direction durch das k. k. Handelsgericht in Wien zugestellt werden, widrigenfalls sie dieselben nicht anzunehmen verpflichtet ist.

Die Creditanstalt kann in solchem Falle die von dem Verbote getroffenen Gelder oder Effecten bei dem k. k. Handelsgerichte in Wien erlegen oder während der Dauer des Verbotes zurückbehalten. In soferne während dieser Zeit von der Creditanstalt eine Zahlung des mit Verbot belegten Betrages zu leisten wäre, ist dieselbe zur Vergütung von Zinsen nicht verbunden.

§. 66. Die österreichische Creditanstalt ist berechtigt, sich aus denjenigen Geldern, Effecten oder sonstigen Werthgegenständen, welche ihr von dem Schuldner oder für denselben zu ihrer Sicherheit übergeben worden sind, oder in deren Inhabung sie durch ein ihr statutenmässig zustehendes Geschäft gekommen ist, vor allen anderen Gläubigern zahlhaft zu machen, ohne hiezu die gerichtliche Hülfe ansuchen zu müssen.

Nur bei jenen Effecten, die von dem börsemässigen Verkehr ausgeschlossen sind, hat sie die Versteigerung bei dem k. k. Handelsgerichte in Wien anzusuchen. Dieselbe muss der Creditanstalt gegen Vorlegung eines Ausweises über den ziffermässigen Betrag ihrer Forderung sofort bewilligt, und bei einem einzigen anzuberaumenden Termine vorgenommen werden.

Börsemässige Effecten lässt die Creditanstalt in solchem Falle durch einen beeideten Börsesensal an der k. k. Börse zu Wien verkaufen.

§. 67. Die Gesellschaft kann in der Geltendmachung ihrer Ansprüche auf die im §. 66 erwähnten Gegenstände weder durch den Tod des Schuldners oder des Eigenthümers, noch durch die Eröffnung des Concurses über das Vermögen eines derselben gehindert werden. Sie ist bloss verpflichtet, den nach Befriedigung ihrer Forderung erübrigten Betrag an die Verlassenschafts- oder Concursmasse zu erfolgen.

§. 68. Selbst früher erworbene Rechte dritter Personen auf die von dem Schuldner oder für denselben der Creditanstalt zu ihrer Sicherstellung übergebenen Gegenstände

gehen den Ansprüchen derselben nur dann vor, wenn jene früheren Rechte ihr schon bei der Uebergabe bekannt, oder doch für sie unzweifelhaft erkennbar gewesen sind.

VII. Titel. Auflösung der Gesellschaft.

§. 69. Die Anstalt hat sich aufzulösen bei Ablauf der im §. 3 festgesetzten Dauer von 90 Jahren, wenn nicht eine Verlängerung derselben in der in dem letztvorhergehenden Jahre abzuhaltenden Generalversammlung beschlossen und von der hohen Staatsverwaltung bewilligt wird.

§. 70. Die Gesellschaft kann sich vor Ablauf der im §. 3 festgesetzten Dauer auflösen, wenn:

I. der Antrag zur Auflösung von dem Verwaltungsrathe oder von einer Anzahl Actionäre, welche den Besitz von wenigstens der Hälfte der Actien ausweisen müssen, gestellt wird, oder:

II. wenn laut einer endgiltig festgestellten Bilanz der Reservefond und die Hälfte des Grundcapitals verloren sein sollten.

In der in beiden Fällen einzuberufenden Generalversammlung muss wenigstens ein Drittheil der Actien vertreten sein und die Auflösung durch eine Mehrheit von zwei Drittheilen der Stimmen beschlossen werden.

§. 71. Im Falle der Auflösung der Gesellschaft werden von der Generalversammlung fünf, nicht zum Verwaltungsrathe gehörige stimmfähige Actionäre und vier Mitglieder des Verwaltungsrathes zu Liquidatoren gewählt.

Diese haben die Liquidation unverzüglich zu beginnen und durchzuführen, und der nächsten Generalversammlung über den Abschluss der Geschäfte und über die weiteren Modalitäten der Auflösung Bericht zu erstatten.

Mit der Ernennung der Liquidatoren hört die Wirksamkeit des Verwaltungsrathes auf.

§. 72. Bei der Auflösung ist das gesammte Eigenthum der Anstalt in bares Geld umzusetzen, sämmtliche fremde Barschaft hinauszuzahlen, alle Kosten und Rechnungen zu begleichen, endlich der erübrigte Betrag unter die Gesellschaftsglieder, nach dem Verhältnisse der Actien, gleichmässig zu vertheilen.

Sollten bei der Auflösung Streitigkeiten sich ergeben, so sind dieselben auf die im §. 60 vorgeschriebene Weise schiedsrichterlich zu entscheiden.

VIII. Titel. Obergerichtsverwaltung der Staatsverwaltung.

§. 73. Die Staatsverwaltung übt die fortwährende Aufsicht über die genaue Beobachtung der Statuten und über die Einhaltung der dem Geschäftsbetriebe der Creditanstalt gezogenen Grenzen, durch den von ihr ernannten landesfürstlichen Commissär.

§. 74. Der landesfürstliche Commissär ist berechtigt, in die Geschäftsgebarung der Anstalt, in die bezüglichen Rechnungen und anderweiten Urkunden Einsicht zu nehmen, und allen Versammlungen, so weit er es für nothwendig erachtet, beizuwohnen; er ist insbesondere verpflichtet, bei der Generalversammlung anwesend zu sein.

§. 75. Dem landesfürstlichen Commissär steht die Befugniss zu, gegen jeden Beschluss des Verwaltungsrathes oder der Generalversammlung, durch welchen er das Interesse des Staates oder die Statuten verletzt oder überschritten erachtet, Einsprache zu thun.

Ueber die Ausführung eines solchen Beschlusses ist die höhere Entscheidung einzuholen, und es bleibt erstere aufgeschoben, bis diese Entscheidung erfolgt.

§. 76. In allen Gegenständen, bei welchen die Mitwirkung der Staatsverwaltung oder die Allerhöchste Genehmigung erforderlich ist, hat die Creditanstalt dessfalls unmittelbar bei dem k. k. Finanzministerium einzuschreiten.

der Forderung, dass die Anwartschaft auf den Nachlass nicht durch die Abtretung der Forderung an einen Dritten aufgehoben werden kann.

VII. Titel. Abtretung der Forderung

§ 40. Die Abtretung der Forderung ist ein Rechtsgeschäft, durch das der Forderungsinhaber die Forderung an einen Dritten abtritt. Die Abtretung ist nur dann wirksam, wenn der Forderungsinhaber die Forderung an den Dritten abtritt, und der Dritte die Forderung an den Forderungsinhaber abtritt.

§ 41. Die Abtretung der Forderung ist nur dann wirksam, wenn der Forderungsinhaber die Forderung an den Dritten abtritt, und der Dritte die Forderung an den Forderungsinhaber abtritt.

§ 42. Die Abtretung der Forderung ist nur dann wirksam, wenn der Forderungsinhaber die Forderung an den Dritten abtritt, und der Dritte die Forderung an den Forderungsinhaber abtritt.

§ 43. Die Abtretung der Forderung ist nur dann wirksam, wenn der Forderungsinhaber die Forderung an den Dritten abtritt, und der Dritte die Forderung an den Forderungsinhaber abtritt.

§ 44. Die Abtretung der Forderung ist nur dann wirksam, wenn der Forderungsinhaber die Forderung an den Dritten abtritt, und der Dritte die Forderung an den Forderungsinhaber abtritt.

§ 45. Die Abtretung der Forderung ist nur dann wirksam, wenn der Forderungsinhaber die Forderung an den Dritten abtritt, und der Dritte die Forderung an den Forderungsinhaber abtritt.

§ 46. Die Abtretung der Forderung ist nur dann wirksam, wenn der Forderungsinhaber die Forderung an den Dritten abtritt, und der Dritte die Forderung an den Forderungsinhaber abtritt.

§ 47. Die Abtretung der Forderung ist nur dann wirksam, wenn der Forderungsinhaber die Forderung an den Dritten abtritt, und der Dritte die Forderung an den Forderungsinhaber abtritt.

§ 48. Die Abtretung der Forderung ist nur dann wirksam, wenn der Forderungsinhaber die Forderung an den Dritten abtritt, und der Dritte die Forderung an den Forderungsinhaber abtritt.

§ 49. Die Abtretung der Forderung ist nur dann wirksam, wenn der Forderungsinhaber die Forderung an den Dritten abtritt, und der Dritte die Forderung an den Forderungsinhaber abtritt.

VIII. Titel. Obligation der Forderung

§ 50. Die Obligation der Forderung ist ein Rechtsgeschäft, durch das der Forderungsinhaber die Forderung an einen Dritten abtritt. Die Obligation ist nur dann wirksam, wenn der Forderungsinhaber die Forderung an den Dritten abtritt, und der Dritte die Forderung an den Forderungsinhaber abtritt.

§ 51. Die Obligation der Forderung ist nur dann wirksam, wenn der Forderungsinhaber die Forderung an den Dritten abtritt, und der Dritte die Forderung an den Forderungsinhaber abtritt.

§ 52. Die Obligation der Forderung ist nur dann wirksam, wenn der Forderungsinhaber die Forderung an den Dritten abtritt, und der Dritte die Forderung an den Forderungsinhaber abtritt.

§ 53. Die Obligation der Forderung ist nur dann wirksam, wenn der Forderungsinhaber die Forderung an den Dritten abtritt, und der Dritte die Forderung an den Forderungsinhaber abtritt.

§ 54. Die Obligation der Forderung ist nur dann wirksam, wenn der Forderungsinhaber die Forderung an den Dritten abtritt, und der Dritte die Forderung an den Forderungsinhaber abtritt.

§ 55. Die Obligation der Forderung ist nur dann wirksam, wenn der Forderungsinhaber die Forderung an den Dritten abtritt, und der Dritte die Forderung an den Forderungsinhaber abtritt.

Die neue Gestaltung der Geld- u. Credit Verhältnisse in Oesterreich

Wien 1855

4 Merc. 33 m

urn:nbn:de:bvb:12-bsb10227272-1